

Dokumentation

DER UNTERGANG DER SOZIALDEMOKRATIE 1933

Vorbemerkung

Das Gebiet der Zeitgeschichte wird von der politischen Gegenwart durch keine feststehende Zäsur getrennt; und der zeitliche Abstand zu dem jeweiligen Gegenstand der Forschung gibt nicht einmal einen brauchbaren Maßstab für den Grad seiner Gegenwartsnähe ab. Schon die Entscheidung, ob ein Forschungsgegenstand mit den Methoden der zeitgeschichtlichen Disziplin behandelt werden kann, belastet das Verantwortungsbewußtsein des Forschers. Daß die unwissenschaftliche Frage nach der politischen Opportunität einer Untersuchung für ihn keine Rolle spielen darf, braucht nicht betont zu werden. Für seine Entscheidung gibt es nur eine einzige vertretbare Grundlage: die Qualität des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials.

Die detaillierte Untersuchung der Haltung, die von den anti- und nichtnationalsozialistischen Parteien während der wenigen Monate zwischen dem 30. Januar 1933 und der endgültigen Liquidierung des bisherigen Parteiensystems eingenommen wurde, ist eine Forschungsaufgabe, die – aus unschwer zu erklärenden Gründen – Schritt für Schritt auf Schwierigkeiten stößt. Das ist um so bedauerlicher, als die Entschlüsse der tatsächlichen und potentiellen Gegenkräfte, ihre Einschätzung der Lage, ihre Verwirrung und ihre Ratlosigkeit von nicht geringerer Bedeutung für den Prozeß der Konsolidierung der totalitären Macht gewesen sind als das zielbewußte, rücksichtslose Vorgehen der Nationalsozialisten. Die vorliegenden Dokumente, die einen Einblick in die Vorgänge innerhalb der SPD im Stadium ihrer Selbstzersetzung und in die Anfänge der illegalen sozialdemokratischen Tätigkeit gewähren, tragen zwar nur zur Klärung einer Teilfrage bei; sie machen es jedoch zusammen mit den übrigen herangezogenen Quellen möglich, auf neuer Basis zu einem zeitgeschichtlichen Gesamturteil über die 1933 von der stärksten demokratischen Partei der Weimarer Zeit praktizierte Politik zu gelangen.

Die folgende Dokumentation ist eine notwendige Voraussetzung für die im nächsten Heft dieser Zeitschrift unter dem gleichen Titel zur Veröffentlichung kommende Abhandlung des Herausgebers¹; die Abhandlung eine genau so wenig zu entbehrende Einführung in die Probleme der Dokumentation. Da der Dokumententeil für sich allein manches enthält, was trotz des wissenschaftlichen Apparats zu Mißdeutungen und voreiligen Schlußfolgerungen führen könnte, sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die beiden, nur aus technischen Gründen nicht gleichzeitig publizierten Teile erst zusammengenommen ein Ganzes ergeben.

¹ In den Anmerkungen zu den Dokumenten zitiert als: Textteil, jeweils unter Angabe des Abschnitts (I–VII).

Die Durchführung des Gesamtvorhabens wäre ohne die großzügige Liberalität, mit der meine Studien vor allem aus dem Kreis der unmittelbar Beteiligten gefördert worden sind, nicht denkbar gewesen². Die Dokumente 1 und 5 befinden sich im Privatbesitz der Verfasser und wurden von ihnen direkt zur Verfügung gestellt. Der Abdruck der Dokumente 2 und 4 erfolgt mit Genehmigung des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden; sie sind den Hans-Vogel-Akten des Parteiarchivs entnommen, einem viele Pakete umfassenden, leider noch ungeordneten Dokumentenbestand, der, wie die eingehenden Teile zeigen, eine Fülle von wertvollem Material zur Geschichte der Sozialdemokratie in Emigration und Illegalität enthält³. Das Dokument 3 entstammt der Sammlung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, dessen Deutsche Abteilung von einem ehemaligen sozialdemokratischen Illegalen geleitet wird. Der sachlichen Anteilnahme der Beteiligten ist jedoch nicht nur der Zugang zu den neuen, in der Dokumentation erschlossenen Quellen zu verdanken, sondern auf ihren Informationen fußen auch wesentliche Ergebnisse der Abhandlung. Da die – zumeist mündlichen – Aussagen sich vielfach decken oder ineinandergreifen, konnten sie in beträchtlichem Ausmaß ohne quellenkritische Bedenken verarbeitet werden. Auf diese Weise war es in einigen Fällen möglich, Vorgänge zu klären, zu denen keine schriftlichen Quellen vorliegen, während in anderen die auftauchenden Forschungsprobleme wenigstens umrissen werden konnten.

Der gemeinsame Ertrag von Dokumentation und Abhandlung gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß künftige Paralleluntersuchungen für andere politische Gruppen auf ähnlich günstige Voraussetzungen treffen mögen⁴. Erst die Ergebnisse solcher Spezialstudien können die Grundlagen für eine befriedigende Analyse der Vorgänge des Jahres 1933 schaffen, die über den bisherigen Stand der Forschung hinaus in wissenschaftliches Neuland vorstößt.

Erich Matthias

² Besonders wertvoll war mir die Unterstützung der Herren Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Werner Blumenberg (Leiter der deutschen Abteilung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam), Prof. Dr. Georg Eckert, Willi Eichler, Josef Felder, Fritz Heine, Dr. Paul Hertz, Wilhelm Keil, Erich Ollenhauer, Rudolf Rothe (Parteiarchivar der SPD) und Friedrich Stampfer.

³ Eine ganze Reihe von Kisten, die m. W. in Schweden verschollen sind, gehört noch zu dem gleichen Bestand. Die im Parteiarchiv der SPD befindlichen Teile sind dort leider erst nach Abschluß meiner Studie „Sozialdemokratie und Nation, Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Emigrationssozialdemokratie in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938“, mit einem Anhang: Die sozialdemokratische Emigration nach 1938, Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München, Stuttgart 1952, eingetroffen. Sie geben einen intimen Einblick in die Fraktionskämpfe der Emigration, enthalten Quellen zu den Verbindungen zwischen Emigration und Illegalität und besonders reiche Unterlagen für die Tätigkeit des Parteivorstandes und die Politik der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ während des zweiten Weltkrieges.

⁴ Eine kurze Dokumentation über die Haltung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz hoffe ich demnächst in den „Vierteljahrsheften“ vorlegen zu können.

Dokument 1

SITZUNG DER REICHSTAGSFRAKTION DER SPD AM 10. JUNI 1933

[BERLIN¹]Anwesend 73 Abgeordnete².

Noch in Schutzhaft oder in Konzentrationslagern: Reuter, Seger, Faust, Marum, Meier, Ulrich, Graßmann, Puchta, Schirmer, Kuhn, Fleißner, Hartsch, Eggerstedt, Pohle.

Neu in die Fraktion eingetreten: Drake³.

Löbe eröffnet um 10.15⁴ Uhr mit einem herzlichen Nachruf auf Toni Pfülf⁵, die durch Freitod am Donnerstag, den 8. Juni 1933 aus unseren Reihen ausgeschieden ist. Löbe ermahnt dringend, solche Vorgänge nicht ansteckend wirken zu lassen. Es gehe einfach nicht, jetzt unsere Genossen im Stich zu lassen. Wir müßten auch die harten Tage mit ihnen tragen. Die Fraktion hört Löbes Worten mit tiefer Bewegung stehend zu.

Genosse Westphal⁶ erstattet nun Bericht über die Entwicklung eines Konflikts in der Partei, der am Freitag und Samstag vor der Fraktionssitzung seinen Niederschlag in zwei sensationellen Artikeln der „Frankfurter Zeitung“⁷ gefunden hatte und der außerdem auch schon ein Echo in der Nazipresse ausgelöst hat.

Die Entwicklung nach der Schilderung Westphals: „Die Parteileitung hatte in den kritischen Märztagen, noch in der Hoffnung, daß Bayern sich werde halten können, ein provisorisches Büro nach München⁸ verlegt. Die meisten Mitglieder des Parteivorstandes befanden sich in der Nacht der nationalen Erhebung⁹ in Mün-

¹ Private stenographische Niederschrift, die der Abg. Josef Felder während der Sitzung angefertigt und gleich in den nächsten Tagen übertragen hat. Manuskript der Übertragung im Privatbesitz von Herrn Felder, der freundlicherweise dem Herausgeber eine Abschrift zur Verfügung stellte. Felder, gelernter Buchdrucker, von 1924 bis 1933 Schriftleiter an der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg, ist aus der sozialistischen Jugendbewegung hervorgegangen. Dem Reichstage gehörte er seit den Novemberwahlen von 1932 (VII. Wahlperiode) an und war, 1900 in Augsburg geboren, eines der jüngsten Mitglieder seiner Fraktion.

² Nominelle Stärke der Fraktion: 120 Mitglieder.

³ Am 30. 5. 33 eingetreten an Stelle von Schreck, Bielefeld, der am 17. 5. sein Mandat niedergelegt hatte.

⁴ Wie die „Frankfurter Zeitung“ am 11. 5. 33 (Privattelegramm aus Berlin vom 10. 5.) berichtete, dauerte die Sitzung ungefähr sechs Stunden.

⁵ Zur Persönlichkeit Toni Pfülf's und zu den Motiven ihres Freitods siehe den Gedächtnisartikel von Rudolf Breitscheid in „Internationale Information“, 17. 6. 1933, S. 290 f.

⁶ Gehörte dem Reichstag nicht an, sprach als Berichterstatter des Parteivorstandes, dessen Mitglieder generell Zutritt zu den Fraktionssitzungen hatten. Die „Frankfurter Zeitung“ erwähnt in ihrem oben zitierten Bericht ausdrücklich die Teilnahme der in Berlin anwesenden Vorstandsmitglieder.

⁷ „Frankfurter Zeitung“, 9. 6. („Politik aus dem Exil“) und 10. 6. 33 („Die Führung der SPD“).

⁸ Nach Auskunft von Erich Ollenhauer wurde nur versucht, die Voraussetzungen für einen improvisierten Bürobetrieb zu schaffen; das Ausweichbüro sei über das Stadium der Planung nicht hinausgelangt.

⁹ Gemeint ist die Nacht vom 9. zum 10. 3. 1933. Über die Vorgänge am 9. März in München, die Berufung Ritter von Epps zum Reichskommissar und den Sturz der Regierung Held vgl. Karl Schwend, „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur“, München 1954, S. 532 ff.

chen¹⁰ und reisten dann sofort nach Berlin zurück. Nicht mehr zurückgekehrt sind damals die Genossen Dittmann und Crispian¹¹, die sich ins Ausland begaben und auf die weiteren Entscheidungen der Partei und der Fraktion bisher keinerlei Einfluß mehr ausübten. Nach den letzten Sitzungstagen des Reichstags (21./23. März) sind aus Berlin und Deutschland abgereist die Genossen Hilferding und (wegen schwerer Erkrankung) Breitscheid¹². Es folgte dann die Reichskonferenz der Partei¹³, die zwei

¹⁰ Gustav Noske („Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“, Offenbach 1947, S. 315 f.), der zufällig auf der Durchreise in München weilte, berichtet über die Anwesenheit von Wels, Hilferding und Frau Juchacz; der zweite Vorsitzende Hans Vogel sei bereits am Morgen des 9. wieder nach Berlin zurückgefahren. Am Abend hätten die namhaftesten Führer der Münchener Sozialdemokratie in einem Lokal (nach Auskunft von Josef Felder handelt es sich um das Münchener Künstlerhaus, wo noch bis spät in den Mai hinein regelmäßig Sitzungen der Spitzenfunktionäre stattfanden) getagt und unter Beteiligung Hilferdings ein Protesttelegramm an Hindenburg konzipiert, in dem gegen die Ausräumung des Gebäudes der „Münchener Post“, der Zentrale der bayrischen Sozialdemokratie, Verwahrung eingelegt wurde.

¹¹ Dittmann und Crispian standen als ehemalige Mitglieder der USPD-Führung im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Mordhetze. Dittmann wurde nach dem Januarstreik von 1918 zu Festungshaft verurteilt und gehörte im November/Dezember 1918 dem Rat der Volksbeauftragten an, von nationalsozialistischer Seite wurde er als „Schuldiger“ an der Marinemeuterei 1917 diffamiert. Crispian galt seit dem Leipziger Parteitag der USPD (30. 11. bis 6. 12. 1919) als Inbegriff der Vaterlandslosigkeit. Mit seiner politisch naiven und ungeschickten Äußerung: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt, mein Vaterland ist die Menschheit, die Welt“, die Friedrich Stampfer („Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“, 5. Aufl., Hamburg 1953, S. 211) zutreffend als schwärmerisches Bekenntnis zum Kosmopolitismus interpretiert, wurde während der ganzen Zeit der Republik ein entsetzlicher polemischer Unfug getrieben. Dabei ist es fraglich, ob sie überhaupt in dieser lapidaren Form gefallen ist; das gedruckte Protokoll, S. 219, enthält eine stark abweichende Version. Die Möglichkeit einer nachträglichen Redigierung ist allerdings nicht auszuschließen. Dittmann und Crispian haben sich beide als überzeugte Demokraten der Unterwerfung unter das Diktat der Moskauer 21 Punkte widersetzt und sind 1922 mit dem Rest der Unabhängigen in die SPD zurückgekehrt. Vgl. Eugen Prager, „Geschichte der USPD“, Berlin 1921, S. 213 ff.; Erich Matthias, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945“, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte der „Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung“, Tübingen 1954, S. 45 ff. Dittmann hat umfangreiche Memoiren hinterlassen, die besonders für die Zeit des ersten Weltkrieges und die erste Nachkriegszeit bis zum Auseinanderbrechen der USPD hervorragenden Quellenwert besitzen. Ihre Veröffentlichung wäre dringend erwünscht.

¹² Breitscheid, ebenfalls ehemaliger Unabhängiger, außenpolitischer Experte der sozialdemokratischen Fraktion und seit Hermann Müllers Tod ihr Wortführer, und Hilferding haben, als krank entschuldigt, an der Abstimmung am 23. 3. nicht mehr teilgenommen. Auch Hilferding, der als Chefredakteur der „Freiheit“ bestimmenden Einfluß auf die Revolutionspolitik der USPD ausgeübt hatte und in der Weimarer Zeit zweimal Reichsfinanzminister gewesen war, gehörte zu den am meisten Bedrohten. Er wurde Ende März 1933 durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Eggerstedt über die dänische Grenze gebracht und hielt sich bis 1938 in der Schweiz auf. Am 11. Februar 1941 wurde er zusammen mit Breitscheid von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert. Über seine politische Entwicklung und sein tragisches Ende vgl. Alexander Stein, „Rudolf Hilferding und die deutsche Arbeiterbewegung“, herausgegeben von der SPD, Hamburg o. J. (1946).

¹³ Am 26. April in Berlin. Zum Verlauf der Reichskonferenz siehe „Internationale Information“, 6. 5. 33, S. 195–200.

notgedrungen im Auslande weilende Genossen, den Reichstagsabgeordneten Sollmann, Köln, und den Landtagsabgeordneten Böchel, Chemnitz, in den Parteivorstand neu wählte¹⁴. Die beiden genannten Genossen werden zunächst noch nicht nach Deutschland zurückkehren. Der Parteivorstand rechnete nach dem Schlag, der gegen die freien Gewerkschaften unmittelbar nach dem 1. Mai geführt wurde, unbedingt mit einer rasch folgenden, umfassenden Aktion gegen die Partei. Es wurde deshalb (im Berliner Tiergarten)¹⁵ eine Sitzung abgehalten, in der die Frage zur Beantwortung stand: Sollen wir den Herrschaften die Sache so leicht machen? Nach Anhörung der Funktionäre wurde einmütig beschlossen, die (sich sträubenden) Genossen Wels, Stampfer, Crummenerl (letzteren besonders in seiner Eigenschaft als Parteikassierer) dringend zu ersuchen, aus Berlin abzureisen und sich zunächst so nahe an der Grenze aufzuhalten, daß der Übertritt jederzeit rasch erfolgen kann. Stampfer und Crummenerl gingen hierauf über die Grenze, Wels hielt sich noch in Deutschland auf, bis zur Beschlagnahme des Parteivermögens durch den Generalstaatsanwalt¹⁶. Gen. Vogel vom Parteivorstand folgte nunmehr Wels nach Saarbrücken. Nachgesandt wurde dann noch der Genosse Ollenhauer, da angenommen wurde, daß im Auslande viel Arbeit für die Partei zu leisten sei¹⁷. In Paris waren

¹⁴ Für den Überfall auf Sollmann – einen der prominentesten Führer des rechten Parteiflügels, der als Vorkämpfer gegen den rheinischen Separatismus und als Innenminister im Kabinett Stresemann in weiten Kreisen bekannt geworden war – am 9. 3. 33 und seine Mißhandlung durch SA- und SS-Leute siehe Max Klinger (Pseud. für Curt Geyer), „Volk in Ketten“, Karlsbad o. J. (1934), S. 34 f. Böchel war einer der Führer des linken Flügels und Chefredakteur des Chemnitzer Parteiorgans. Auch er wurde im Zuge der Verfolgungswelle im März so grausam mißhandelt, daß er ins Hospital gebracht werden mußte. Vgl. „Internationale Information“, 1. 4. 33, S. 153.

¹⁵ Hier muß ein Mißverständnis vorliegen. Gemeint ist die Sitzung des Parteivorstandes vom 4. Mai, die, wie sich Stampfer deutlich erinnert und auch Ollenhauer bestätigt, im „Vorwärts“-Haus, dem Sitz des Parteivorstandes, „unter dem Bild August Bebel's“ stattfand.

¹⁶ Am 10. Mai. Nach Auskunft von Friedrich Stampfer gelang es Wels und Crummenerl, beschränkte Barmittel im Betrage von etwa 1,2 Millionen Reichsmark ins Ausland zu verbringen. Dieser Fond, der zum Teil in amerikanischen Wertpapieren angelegt worden sei, sei ausschließlich für die politische Arbeit bestimmt gewesen und streng von den Hilfsfonds für die Emigrantenunterstützung abgegrenzt worden. Der Parteivorstand mußte nach dem 2. Mai jeden Tag auf die Beschlagnahme gefaßt sein. Nach Ollenhauer sind alle wichtigen Dokumente und Barmittel vorausschauend aus dem Büro des Parteivorstandes entfernt worden. Edinger (a. a. O., S. 355) nimmt an, daß der Fond der Auslandsvertretung, den er auf 1–2 Millionen beziffert, bereits nach dem Reichstagsbrand ins Ausland transferiert worden sei, um nach der Unterdrückung der Parteipresse einen Grundstock für die Propagandarbeit von außen zu schaffen. Nach Auskunft von Heine ging die Transferierung des Fonds in Etappen vor sich und erstreckte sich auf Monate. Diese Version darf als die richtige angesprochen werden. Stampfer, der selbst unbeteiligt war, erinnert sich, auf welch abenteuerliche Weise Wels und Crummenerl ihre „Devisenschiebungen“ vorgenommen haben; das würde eher auf Mai als auf März deuten.

¹⁷ Vogel und Ollenhauer sind jedoch schon vor dem 10. Mai – zumindest vorübergehend – für einige Tage ins Ausland gereist. Ollenhauer befand sich nach seinen eigenen Angaben am 10., dem Tag der Beschlagnahme, zusammen mit Vogel und Crummenerl in Prag, um die Errichtung der Auslandsvertretung vorzubereiten; die Gruppe habe die Reise von Saarbrücken aus am 8. angetreten. Saarbrücken sei von vornherein nur als erster Treffpunkt gedacht gewesen. Stampfer hat in Saarbrücken nur an einer einzigen Vorstandssitzung teilgenommen, in der er und Vogel sich bereit erklärten, zum 16. 5. nach Berlin zurückzugehen und die Auffassung der in Saarbrücken weilenden Vorstandsmitglieder in der Fraktion zur

nämlich in der Zwischenzeit gleich drei Emigrantenzeitungen entstanden, die eine ganz verschiedenartige Politik trieben¹⁸. Die Genossen der Internationale fühlten sich durch das Durcheinander sehr beunruhigt, sie wünschten dringend die Schaffung irgendeiner maßgebenden Instanz unter den Emigranten.

Die Auffassung der im Auslande weilenden Parteivorstandsmitglieder war die, daß in Deutschland nun für die Partei alles aus sei und daß deshalb der Weg der Illegalität beschritten werden müsse. Diese Auffassung führte zu der Entsendung der Genossen Stampfer und Vogel in die Sitzung der Reichstagsfraktion vom 16. Mai 1933 und zu dem Vorschlag, der Sitzung des Reichstags am 17. Mai fernzubleiben, unter gleichzeitiger Abgabe einer scharfen Erklärung¹⁹. Vogel und Stampfer reisten nach dem gegenteiligen Entscheid der Reichstagsfraktion wieder ins Ausland ab²⁰. Vorher waren noch der Genosse Hertz, der Sekretär der Reichstagsfraktion, sowie die Genossin Juchacz abgereist. Gen. Aufhäuser befand sich ebenfalls nicht mehr in Deutschland. Von den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstands, vor allem Löbe und Dr. Rinner²¹, wurde zunächst die Herstellung einer laufenden

Geltung zu bringen. Nach der definitiven Verlegung des Vorstandes nach Prag verblieben als Vertreter der SPD zunächst noch in Saarbrücken: Sollmann und Marie Juchacz, beide Vorstandsmitglieder und Reichstagsabgeordnete, und der Reichstagsabgeordnete Kirschmann.

¹⁸ Folgende Emigrantenblätter mit dem Erscheinungsort Paris konnten bereits für Mai 1933 festgestellt werden:

„Freiheit! La Délivrance. Kampforgan gegen die Nazidiktatur“, Paris, monatlich, ab Mai 1933, zweisprachig, mit deutschen und französischen Artikeln; wird als Organ des Verbandes auslandsdeutscher Republikaner – mit Ortsgruppen in Amsterdam, Sonderburg, New York, Chicago, Saint-Louis, Miami, Mexiko, Buenos-Aires, Paris – bezeichnet und steht in seiner Tendenz den im „Reichsbanner“ vereinigten jüngeren republikanischen und sozialistischen Kräften nahe;

„Freiheit! Libre Europe. Für Fortschritt und Menschenrecht. Contre la tyrannie naziste“, Paris, monatlich, ab Mai 1933, zweisprachig, mit deutschen und französischen Texten; die 4. Nummer von Mitte August 1933 konnte eingesehen werden, sie enthält einen großen Artikel des sudetendeutschen Sozialdemokraten Josef Hofbauer; Grundtendenz nach den Beiträgen dieser Nummer sozialdemokratisch-international.

„die aktion. Organ zur Verteidigung der deutschen Flüchtlinge und zum Kampfe gegen den Hitlerfaschismus“, Paris, Wochenblatt, ab 4. 5. 1933; die eingesehenen Nummern aus der Zeit von Mai bis August 1933 enthalten hauptsächlich Beiträge demokratisch-pazifistischer und kommunistischer bzw. den Kommunisten nahestehender Autoren, u. a. Alfred Kantorowicz, Rudolf Leonhard, Oskar Maria Graf, Georg Bernhard, Hellmut von Gerlach.

„Der Funke. Organ des linken Flügels der KPD (Marxisten-Internationalisten)“, Paris-Wien-Prag, Redaktion: Paris, Erscheinungsweise zuerst unregelmäßig (Nr. 1 Mai 1933, Nr. 2 Mai-Juni, Nr. 3 Juni).

„Der Gegenangriff. Antifaschistische Zeitschrift“, Prag-Zürich-Paris, Redaktion zunächst in Prag, ab Oktober 1933 Pariser Ausgabe in Münzenbergs „Editions du Carrefour“, zuerst vierzehntägig; kommunistisch, von Münzenberg inspiriert.

¹⁹ Nach Stampfer („Internationale Information“, 29. 5. 33, S. 246) ist die Fraktion zweimal, am 16. und 17. 5., zusammengetreten. Für den Verlauf siehe Textteil, V.

²⁰ Sie kehrten nicht nach Saarbrücken zurück, sondern wurden – nach Auskunft von Fritz Heine – von Heine und einem anderen Funktionär namens Schönfeld, die in Reichstagsnähe mit dem Wagen warteten, über die tschechoslowakische Grenze nach Prag gebracht.

²¹ Rinner blieb nach dem Verbot der Partei zunächst noch in Berlin, emigrierte dann ebenfalls (wahrscheinlich Anfang 1934) nach Prag und redigierte dort von Mai 1934 ab die als „Grüne Berichte“ bekannten „Deutschland-Berichte“ der SOPADE (SOzialdemokratische Partei DEutschlands, so nannte sich der Prager Vorstand).

Verbindung mit den Abgereisten versucht. Das gelang zunächst nicht; dann aber wurde aus Saarbrücken so oft nach Berlin telefoniert, daß Beamte des Telegrafenamtes in Berlin ersuchten, man solle doch vorsichtiger sein!

Es wurden nun zwei Sitzungen des Parteivorstandes im Ausland arrangiert: eine in Prag und eine in Saarbrücken. Aus Deutschland reisten dazu ab die Genossen Westphal, Rinner, Künstler, Litke. Bei den Besprechungen über die weitere Taktik der Partei zeigte sich dann die gegensätzliche Auffassung mit aller Schärfe²². Die Genossen draußen vertreten mit zunehmender Heftigkeit folgende Meinung:

Eine Parteiarbeit ist in Deutschland nicht mehr möglich. Versammlungen sind ausgeschlossen, es fehlt die Presse, und außerdem wird der Druck auf die Gewerkschafter nicht aufhören. Irgendeine Wirkungsmöglichkeit in den Parlamenten ist ausgeschlossen. Es entsteht die absolute Gefahr, daß die Partei jeden Kredit bei den Arbeitermassen verliert und außerdem in einen immer schlechteren Ruf bei den Genossen im Ausland kommt. Wenn die Dinge so weitertreiben, dann werden vor allem die Kommunisten mit ihrer illegalen Arbeit die Führung im Abwehrkampf gegen den Faschismus bekommen. Herr Münzenberg²³ sitzt mit einem großen Stab von Mitarbeitern in Paris und entfaltet eine außerordentlich rege und mit ausreichenden Geldmitteln gestützte Propaganda. Die Grenzländer werden mit kommunistischen Erzeugnissen geradezu überschwemmt. Es erweise sich bei der Prüfung der Gesamtlage als unumgänglich notwendig, den Sitz des Parteivorstandes der SPD offiziell ins Ausland zu verlegen, also der Öffentlichkeit davon Mitteilung zu machen, daß der Parteivorstand nach Prag übersiedelt ist²⁴.

Stampfer wird eine Zeitung herausgeben²⁵, und außerdem soll eine Proklamation der deutschen SPD in Prag verfaßt und dann überall verbreitet werden²⁶. Diese Proklamation werde dem dortigen Faschismus den Kampf bis aufs Messer ansagen. (Zurufe: Von Prag aus!) Die Genossen draußen seien sich allerdings darüber im klaren, daß in dem Augenblick, in dem das geschehe, in Deutschland zunächst jede organisatorische Betätigung aufhöre und auch den Parteifunktionären jede Existenz-

²² Ollenhauer erinnert sich deutlich an diese Einrenkungsversuche, die in die zweite Maihälfte – nach dem 17. – zu verlegen sind. Daten und Reihenfolge der Sitzungen nicht festzustellen. Wahrscheinlich fand jedoch die erste sehr bald nach dem 17. in Saarbrücken statt. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Auslandsvertretung in Prag, wohin Vogel und Stampfer gleich nach der Fraktionssitzung abgereist waren, muß nach Ollenhauer um den 20. Mai herum erfolgt sein.

²³ Nach Auskunft von Frau Sonja Schulz, geb. Zörgiebel, der früheren Frau des langjährigen Sekretärs Münzenbergs, Hans Schulz, flüchtete Münzenberg sofort nach dem Reichstagsbrand von Frankfurt/M. aus, wo er sich zur Wahlagitation befand, in die Schweiz. Hans und Sonja Schulz folgten ihm acht Tage später, unmittelbar nach der Wahl. Schon im März habe Münzenberg die erste Emigrationsnummer seiner „Arbeiterillustrierten“ in der Schweiz herausgebracht; wegen der Schwierigkeiten, die ihm die Schweizer Polizei machte, sei er jedoch schon sehr bald – Ende März oder Anfang April – nach Paris gegangen. Für Münzenbergs Tätigkeit in Paris vgl. Arthur Koestler, „Die Geheimschrift“, Wien, München und Basel 1955, S. 201 f., 212 ff., 331 ff. Koestlers Ausführungen bedürfen jedoch in manchen Teilen kritischer Nachprüfung. Für Münzenbergs „Gegenangriff“ s. o. Anm. 18.

²⁴ Das geschah durch ein von Wels unterzeichnetes Rundschreiben an die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien vom 2. 6. 1933. Vgl. „Internationale Information“, 10. 6. 33, S. 280 f.

²⁵ „Neuer Vorwärts“, erschien ab 18. 6. 33 als Wochenzeitung.

²⁶ „Zerbrecht die Ketten. Aufruf der SPD an das deutsche Volk“; zuerst veröffentlicht in der ersten Nummer des „Neuen Vorwärts“.

möglichkeit genommen werde. Alle Funktionäre der Partei seien deshalb von ihren Pflichten zu entbinden. Den Mandatsträgern müsse es freigestellt werden, ob sie noch in die Parlamente gehen oder ihre Mandate niederlegen wollen.

Die Genossen, die noch in Deutschland weilen, vertreten nun auf den Konferenzen eine ganz andere Auffassung. Sie sehen die Dinge völlig anders, obwohl auch sie davon überzeugt sind, daß wir künftig keine leichtere Wirkungsmöglichkeit haben werden als bisher. Der Faschismus wird bestrebt sein, sich nach den bisher angewandten Methoden alles unterzuordnen, und er wird vor allem jede oppositionelle Regung zu unterdrücken versuchen. Die Frage ist aber, ob ihm das wirklich in Deutschland restlos gelingt. Man kann darauf nur antworten: je länger der Faschismus dazu braucht, desto schwieriger wird es für ihn sein! (Zustimmung). Auf jeden Fall aber steht fest: diese ungeheure Bewegung wird nie von kleinen Gruppen unserer Partei vom Ausland her erschüttert werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Proklamation bedeutet nichts anderes als einen Lufthieb, der dann zu einem wirklichen Hieb gegen unsere kleinen Funktionäre wird.

Von draußen aus kann dieses Regiment also nicht beseitigt werden. Wenigstens so lange nicht, als nicht die Voraussetzungen durch eine Selbstersetzung im Faschistenkörper in großem Ausmaße geschaffen sind. (Erneute Zustimmung.) Ein Recht zur Ablehnung der Vorschläge des Parteivorstandes von draußen besteht aber wohl nur dann, wenn die im Lande verbliebenen Funktionäre, vor allem aber die Mandatsträger, alle noch vorhandenen legalen Wirkungsmöglichkeiten im Sinne der Schaffung eines illegalen Apparates – der noch nicht in ausreichendem Maße da ist und funktioniert – ausnützen. Die Arbeit im Inland ist viel wichtiger wie die im Auslande, wenigstens bis zur Stunde. Das Verfahren, das in Prag vorgeschlagen wurde, ist also taktisch für absolut falsch zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Es würde der Regierung nur die Möglichkeit geben, die Walze gegen die Marxisten neu abrollen zu lassen, und zwar mit großem Erfolg. Der Parteivorstand der SPD muß wenigstens vorläufig noch in Deutschland bleiben. (Zurufe: Nicht nur vorläufig, immer!) Bis jetzt sind wir in unserem Berliner Büro ungeschoren, obwohl seit Monaten keine Miete mehr bezahlt wird. Auch die Telefonrechnungen haben wir nicht bezahlt und auf die Mahnung des Amtes erklärt, wir hätten kein Geld, denn es sei ja beschlagnahmt. Darauf hat der Pfleger des beschlagnahmten Parteigeldes die Rechnungen bezahlt und uns mitgeteilt, das nächste Mal sollten wir uns selbst darum kümmern. (Heiterkeit.)

Der Kommissär bei der Arbeiterbank – Müller²⁷ – hat sogar ein Rundschreiben an die Parteikassiere gerichtet, das die Aufforderung enthielt, ruhig weiter zu kassieren. Diesem Frieden darf natürlich nicht getraut werden. Den Genossen draußen ist zu sagen: wer von euch nicht unbedingt draußen sein muß, soll zurückkehren! (Lebhafte Zustimmung.) Wer aber draußen bleibt, kann nicht entscheidender Vorstand der Partei sein, sondern hat in aller Ruhe eine Hilfsstellung für die Partei zu beziehen und dabei möglichst den Mund zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen büßen, was draußen verfrüht gemacht wird. Wir haben die Genossen draußen aufgefordert, zu den Obleuten nach Berlin und zu den hier gebliebenen Vorstandsmitgliedern eine Delegation zu entsenden, um ihre Meinung eingehend begründen zu können. Das haben die Genossen draußen leider abgelehnt, obwohl die technische Möglichkeit gegeben gewesen wäre. (Bewegung.) Sie haben dafür den Obleuten ein Exposé übersandt und sich im übrigen auf den Standpunkt gestellt, daß sie draußen die Mehrheit des Parteivorstandes seien und sich einfach durch-

²⁷ Ein nationalsozialistischer Berliner Papierhändler (nach Auskunft eines ehemaligen Angestellten im „Vorwärts“-Haus, der sich an diesen Kommissär erinnert).

setzen werden²⁸ (Rufe: Unerhört!) Ja, es ist sogar das Wort vom Geld gefallen, das ja sie besäßen! (Große Empörung.) Um nochmals eine Einigung zu versuchen, haben wir nun eine Delegation nach Prag gesandt, die wahrscheinlich im Laufe des Samstagabend noch zurückkehren und dann uns im hiesigen Vorstand Bericht erstatten wird.

Inzwischen hat gestern nach ausgedehnten Beratungen die preußische Landtagsfraktion den Standpunkt vertreten, daß der Parteivorstand unbedingt in Deutschland bleiben muß²⁹. Die Reichstagsfraktion hat nun ebenfalls ihre Meinung zu sagen und entsprechende Beschlüsse zu fassen. (Lebhafter Beifall folgte diesem Berichte Westphals, den Genosse Löbe sofort ergänzte.)

Löbe führte aus, daß er persönlich leider in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gezogen worden sei durch den Artikel Stampfers in der Prager sozialistischen Presse³⁰, den er nur auszugsweise zu Gesicht bekommen hatte, als er schon zu einer Vernehmung ins preußische Innenministerium gebeten worden sei. Der Ministerialrat Fischer habe ihm dort den Artikel vorgelesen (Zuruf: Ein skandalöser Artikel! Widerspruch) und ihn gefragt, wie sich die Fraktion zu der Behauptung Stampfers stelle, daß ihre Entscheidung im Reichstag nur unter dem Druck der Regierung erfolgt sei. Er habe darauf dem Ministerialrat unumwunden die drohenden Äußerungen Fricks im Ältestenrat erzählt und hinzugefügt, daß es menschlich wohl mehr als verständlich sei, wenn ein derartiger Vorgang bei den einzelnen Fraktionsmitgliedern erheblich auf die persönliche Entscheidung einwirke. Rein sachlich aber habe die Fraktion ja schon vor der Ältestenratssitzung ausgesprochen, daß sie eine Friedenspolitik der Regierung unterstützen werde, und zwar aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus.

Das bedeute kein Vertrauensvotum für Hitler, denn der Kanzler habe ja in seiner Erwiderung auf den Genossen Wels gesagt, er benötige die Sozialdemokratie zur Errettung Deutschlands nicht³¹. Soweit also die rein sachliche Entscheidung in Frage komme, billige er (Löbe) den Artikel Stampfers (der nun in der Fraktion verlesen wurde) nicht. Löbe (wörtlich): „Genossen, in welche Lage wäret ihr gekommen, wenn ich mich bei dieser Vernehmung, die gerichtlichen Charakter hatte, anders verhalten hätte? (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe Stampfer gegen persönliche Angriffe des Ministerialrates verteidigt. Leider ist dann über die Unterredung ein Pressebericht vom WTB verbreitet worden, der so aussah, als hätte ich freiwillig dem Innenminister Erklärungen abgegeben³². Das, was für die anderen unangenehm war,

²⁸ Das ist nach Stampfer eine polemische Entstellung. Ollenhauer hat mir erklärt, die Prager Vorstandsmitglieder seien zu dem Schluß gekommen, daß bei dem unentwegten Festhalten der Berliner Vorstandsmitglieder an ihrer illusionären Stillhaltetaktilik alle Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion fehlten. Anfang Juni, in den Pfingsttagen, kam es jedoch in Oberschreiberhau nochmals zu einer Besprechung zwischen Westphal und Ollenhauer unter Beteiligung Fritz Heines, dem ich diese Auskunft verdanke. Ziel dieser Besprechung sei es gewesen, eine illegale Konferenz der Bezirkssekretäre und Vorstandsmitglieder in Grenznähe zu arrangieren, wobei die Prager Vorstandsmitglieder versuchen wollten, die Bezirkssekretäre für ihre Auffassung zu gewinnen.

²⁹ Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 10. 6. 33.

³⁰ Nach Stampfer im „Sozialdemokrat“; auch „Internationale Information“, 29. 5. 33, S. 246 f.

³¹ In der Reichstagsitzung vom 23. 3. 33; Sten. Berichte, Bd. 475, S. 34 ff.

³² Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 7. 6. 33. In dem WTB-Bericht heißt es, Löbe habe „dem preußischen Innenministerium erklärt, daß er als Verhandlungsleiter der Fraktionssitzung der SPD diese Veröffentlichung Stampfers nicht billige und erkläre, daß die Entschliebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ohne Zwang aus sachlichen Erwägungen erfolgt sei“.

wurde im Pressebericht natürlich weggelassen. Stampfer, den ich doch seit vielen Jahren als vornehmen und aufrichtigen Charakter auch bei politischem Meinungsstreit kennengelernt habe, war natürlich jetzt sehr gereizt. Er wollte doch vor dem Auslande nicht als ein Parteifunktionär dastehen, der im Verdacht steht, die Unwahrheit gesagt zu haben. So bin ich nun in der Antwort Stampfers³³ sehr schlecht weggekommen, während ich gleichzeitig auch im Inlande infolge des verstümmelten Presseberichtes Backpfeifen bekommen habe.

In Saarbrücken soll sogar der Ausschluß Löbes aus der Partei gefordert worden sein³⁴. (Heiterkeit.) Allerdings gibt es draußen auch andere Meinungen. So ist mir gerade von Saarbrücken aus die Mitarbeit an einem dort neu erscheinenden Blatte (betitelt: „Die deutsche Freiheit“)³⁵ angeboten worden. Aber wie es auch sei. Ich fürchte, Genossen, die Dinge entwickeln sich zwangsläufig weiter in der Richtung der Verschärfung des Konflikts. Kommt die Proklamation, dann geht es nicht mehr mit einer Vernehmung von mir ab, sondern dann werden unsere kleinen Leute vor die Alternative gestellt: Lehnt ihr das ab, oder . . . ? (Lebhafte Zustimmung.) Ich halte die Vorschläge von Prag für eine große, taktische Ungeschicklichkeit: leitet man eine solche Aktion, wie sie die von draußen planen, wirklich mit Paukenschlägen ein? Damit gleich darauf die deutsche Regierung so und so viele Nazi-spitzel mit Mitgliedsbüchern der SPD versieht und nach Prag setzt! Muß man wirklich vor aller Welt sagen, der Parteivorstand der SPD sitzt jetzt in Prag, Gasse Nr. soundso³⁶, damit unsere Genossen bei jedem Schritt bewacht werden und in dem Augenblick zu fassen sind, in dem sie eventuell zu illegaler Tätigkeit die Grenze überschreiten? (Lebhafte Zustimmung.) Sind wir im Laufe des letzten Jahrzehnts so sehr an legale Betriebsformen gewöhnt worden, daß wir selbst den Beginn einer illegalen Arbeit mit einem legalen Akt einleiten? (Große Heiterkeit und lebhaftige Zustimmung.) Aber auch zu der prinzipiellen Seite will ich sagen: die Geschichte hat bewiesen, daß die Emigrationspolitik selten von entscheidender Wirkung gegen ein absolutistisches oder faschistisches Regime war. Ich verweise auf das Schicksal von Martow und Abramowitsch von der russischen Sozialdemokratie. Und was konnte Turati in Paris tun, was tut Modigliani, während Mussolini ruhig weiterregiert? Was taten die ungarischen Emigranten? Alle konnten sie nur klagend von Parteitag zu Parteitag ziehen bei ihren ausländischen Bruderparteien, während z. B. die in Ungarn zurückgebliebenen Sozialisten wenigstens die Rückkehrmöglichkeit für die Emigranten vorbereiteten. Sollen wir nun auch das Schicksal dieser klagenden Parteitagsgäste teilen? Wir als deutsche Sozialdemokraten? Ich sage nein! Wir dienen im Innern unserer Sache mehr! (Lebhafter Beifall.) Wo wir in den bedrohten Bezirken auch nur mit fünf Mann zusammenkommen, leisten wir Aufbauarbeit für die Partei. Ich werfe den Genossen draußen nichts vor, aber auch ich empfinde, daß ihnen das Gefühl dafür verlorengegangen ist, was bei uns möglich ist und was nicht!“ (Erneute Zustimmung.)

„So kann es denn sein, daß es zu einer schmerzlichen Trennung mit alten Freunden kommt. Ich hoffe immer noch, daß das verhindert werden kann. Wenn aber

³³ „Internationale Information“, 10. 6. 33, S. 283. Stampfer vermutet in diesem Artikel, daß Göring Löbe zu sich zitiert und ihm die Erklärung abgepreßt habe. „Auch ein Mann wie Paul Löbe kann, solange er im Deutschland Hitlers lebt, nicht die Wahrheit sagen. Um so mehr betrachte ich es als meine Pflicht, sie auszusprechen.“

³⁴ Das hält Stampfer, der allerdings nach dem 17. 5. nicht nach Saarbrücken zurückgekehrt ist, für ein Gerücht; auch nach Ollenhauer unwahrscheinlich.

³⁵ Die „Deutsche Freiheit“ erschien ab 20. 6. 33.

³⁶ In dem oben, Anm. 24, zitierten Rundschreiben wird die volle Adresse der Sopade angegeben.

keine Einigung erfolgt, dann ist ein schwerer Konflikt wohl unvermeidlich. Wenn eine neue Parteiführung notwendig wird, dann bin ich selbst wohl nicht geeignet, denn ich bin zu demokratisch und zu pazifistisch. Ich war in den letzten Tagen geneigt, von meinen Ämtern zurückzutreten, bin aber zu der Auffassung gekommen, daß das der Sache nichts nützen wird. Es müssen alle noch vorhandenen Kräfte zusammenwirken, für die Partei, für den Sozialismus“.³⁷ (Starker Beifall.)

*

Die Debatte

begann mit einer Frage des Abg. Schmidt-Köpenick (Landarb.)³⁸, ob der Genosse Hilferding an der Abfassung der Resolution mitgewirkt habe, die der Antifaschistische Kongreß am 18. und 19. Mai 1933³⁹ in Paris beschlossen hat.

Genosse Löbe antwortet sofort, daß der Gen. Hilferding erst in Paris eintraf, als der genannte Kongreß zu Ende ging und daß er auch an der Resolution nicht mitgewirkt habe. Dagegen sei es dem Gen. Hilferding gelungen, den Internationalen Gewerkschaftsbund wenigstens zunächst vom Warenboykott gegenüber Deutschland abzuhalten, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß sonst Hitler eine billige Ausrede habe, wenn er das Arbeitslosenproblem nicht zu lösen vermöge.

Lipinski-Leipzig erklärt, er habe nach der Beschlagnahme des Parteivermögens die Meinung gehabt, nun könne man nach solch diffamierenden Vorgängen nicht mehr in die Parlamente gehen (am 17. Mai war L. in Schutzhaft). Er habe in seinem Bezirk die Kassierung einstellen lassen. Jetzt erfolge sie wieder, aber in anderen Formen. Auch bringe die Partei wöchentlich ein Mitteilungsblatt heraus. Bezüglich der weiteren Taktik der Partei stelle er sich vollkommen auf den Standpunkt der im Inlande verbliebenen Genossen. Wir müssen den Parteikörper von innen am Leben erhalten und aufmerksam den weiteren Entwicklungsprozeß bei den Nazis verfolgen. Kennzeichnend für die Situation ist eine Äußerung des bürgerlichen Oberbürgermeisters von Leipzig⁴⁰, der einem Genossen⁴¹ gesagt hat, es werde bestimmt der Tag kommen, wo man die Sozialdemokratie zur Aufräumung eines Schutthaufens benötige. Der Weg, der jetzt wirtschafts- und finanzpolitisch beschritten worden sei, führe zum Chaos. Das sei in den großen Kommunen am besten spürbar.

Gerlach-Düsseldorf spricht mit allem Nachdruck für eine eigene Politik im Gegensatz zu den Bemühungen von draußen. Er bezweifelt stark die Richtigkeit der Behauptung, daß die Grenzländer mit kommunistischem Material geradezu überschwemmt würden. Er habe trotz persönlichem Bemühen noch nichts davon erhalten können. Der Eindruck im Auslande über unsere Haltung sei nicht einheitlich. Er

³⁷ In Paul Löbes Erinnerungen, „Der Weg war lang“, 2. Aufl., Berlin 1954, wird der Vorstandskonflikt ganz übergangen.

³⁸ Seit 1909 Vorsitzender des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes“.

³⁹ Am 18. 5. 1933 tagte in Paris das Bureau der SAI; am 19. und 20. 5. fand eine gemeinsame Sitzung des IGB-Vorstandes und des Bureaus der SAI statt, an der Hilferding als Wirtschaftssachverständiger der SAI teilnahm; auch die gemeinsame Abrüstungskommission der SAI und des IGB trat in diesen Tagen zusammen, wieder unter Teilnahme Hilferdings, der als Vertreter für Breitscheid verzeichnet wird. Vgl. „Internationale Information“, 27. 5. 1933, S. 237–241; hier auch der Text der Resolutionen.

⁴⁰ Dr. Goerdeler.

⁴¹ Alfred Ziehm, damals Mitglied des Hauptbetriebsrats der Städtischen Werke, Leipzig (nach Auskunft von Rudolf Rothe, dem Ziehm über das Gespräch mit Goerdeler berichtet hat).

wisse, daß sogar Friedrich Adler zugegeben habe, die Haltung unserer Reichstagsfraktion am 17. Mai sei richtig gewesen⁴². Bestimmte Zersetzungerscheinungen seien bei den Nazis wohl fast überall bemerkbar. Er wisse, daß es bei der Standarte 39 in Düsseldorf besonders stark gäre.

Schnabrich-Kassel verweist darauf, daß bei der Amtseinführung des Prinzen von Hessen durch Göring nur mehr ein Drittel der Leute zugegen waren, die sonst die Statisten für Nazifeste bildeten. Infolge Anordnung der Stadtverwaltung, die ganze Stadt zu schmücken und ferner wegen der großen Ausgaben für Essen usw. sei selbst unter der SA eine große Erregung entstanden, die sich in mehreren stürmisch verlaufenen Versammlungen entladen habe. Etwa 400 SA-Leute wurden dabei herausgeschmissen, und die SS mußte die Versammlungen abriegeln. Unsere sozialdemokratischen Genossen am Orte und im Bezirk halten durch. Sie werden nie die Politik der Genossen von draußen billigen. Wir haben bereits 5000 Abonnenten für das Wochenblatt, das wir herausgeben. Die Vorschläge der Genossen in Prag sind nicht nur abzulehnen, sondern wir haben uns möglichst rasch eine neue Leitung zu geben und zu handeln.

Schmidt-Köpenick erklärt, er habe den Genossen Stampfer immer sehr geschätzt. Wenn er sich aber schon in der letzten Fraktionssitzung über ihn gewundert habe, so müsse er heute sagen, Stampfer hat den Verstand verloren. Wir dürfen seinen Ratschlägen unter keinen Umständen folgen. Er spreche es ganz deutlich aus: die Emigrantpolitik ist eine Politik der Feigheit. (Widerspruch, Mahnung Löbes.)

Dr. Schumacher-Stuttgart meint, es sei zu den grundsätzlichen Bemerkungen Löbes über die Emigrantpolitik doch darauf hinzuweisen, daß es auch Beispiele in der Geschichte gäbe, die vom Erfolg der Emigrantpolitik sprechen. Er brauche da nur an Lenin zu erinnern. (Zurufe: Nie ohne den Krieg und den deutschen Generalstab!) Im übrigen möchte er vermieden wissen, daß Kompetenzansprüche für die Führung nun moralisch zu untermauern versucht werden. Das gelte für beide Teile. Es werden für die innere Führung die verschiedensten Motive genannt. Dabei darf aber denn doch nicht vergessen werden, daß eigentlich die Partei – denn das ging aus dem Bericht von Westphal doch klar hervor – die drei Genossen vom Vorstand – nämlich Wels, Stampfer und Crummenerl – hinausgesandt hat. Ich habe den Eindruck, die Partei ist förmlich atomisiert. Eine Reihe von Funktionären schließen sich förmlich hermetisch gegen die Außenwelt ab. Aber auch bei den Mitgliedern nimmt man das wahr; es muß unbedingt noch mal der Versuch eines Ausgleichs mit den Genossen von draußen gemacht werden. Es muß doch möglich sein, umgehend den ganzen Vorstand zu einer Sitzung zusammentreten zu lassen. Die Berichte haben alle einen sehr persönlich gefärbten Standpunkt herausgekehrt. Prinzipiell bin ich der Auffassung, daß wir mit der Organisation der illegalen Arbeit schon viel zuviel Zeit verloren haben. Wir dürfen nicht übersehen, daß der Faschierungsprozeß, der beim Bürgertum seinen Höhepunkt bereits überschritten hat, beim Arbeiter erst beginnt. Man höre nur auf die Gespräche, die in Arbeiterkreisen geführt werden. Das herrschende System wird gerade dann, wenn es in größere Schwierigkeiten gerät, nur einen Ausweg haben: den Kampf gegen uns, und zwar mit größter Schärfe. Für uns gibt es aber keine Möglichkeit der Versöhnung mit dem Faschismus.

⁴² Das ist völlig ausgeschlossen. Adler, der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, hat sich unzweideutig gegen die Stillhaltetaktik gewandt und spricht in der „Internationalen Information“, 10. 6. 33, S. 277, von „der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 17. Mai, die so schmachvoll endete“. Das Büro der SAI nahm bereits bei seiner Tagung in Paris am 18. 5. eine Entschliebung an, in der die Haltung der Reichstagsfraktion verurteilt wurde. Vgl. „Internationale Information“, 27. 5. 33, S. 237.

Baade-Charlottenburg wendet sich scharf gegen die Haltung Stampfers und verurteilt den im Prager sozialdemokratischen Organ erschienenen Artikel. Der Trennungsstrich müsse ganz klar und eindeutig zwischen uns und den anderen gezogen werden. Es könne nicht sein, daß man nur eine vorläufige neue Leitung wähle. Jetzt heiße es: mit frischen Kräften an die Front. Alle Funktionäre im Inland hätten die Pflicht, unermüdlich und mutig für die Partei zu wirken.

Stelling-Köpenick wünscht, daß alles versucht wird, um zu einer Einigung mit den Genossen in Prag zu gelangen. Erweist sich das jedoch als unmöglich, dann dürfe die Partei auch nicht davor zurückschrecken, in einer öffentlichen Erklärung die Politik von draußen als unvereinbar mit der Partei abzulehnen.

Genosse Löbe verweist darauf, daß die Delegation, die nochmals nach Prag gesandt worden sei, gemeldet habe, daß sie die Grenze soeben wieder überschritten habe und gegen Abend in Berlin eintreffen werde. Man werde dann ja hören, was erreicht worden sei und müsse dann dementsprechend im Vorstand die weiteren Schritte beschließen.

Raloff-Hannover wendet sich gegen die Ausführungen des Gen. Schumacher. Die illegale Arbeit sei nicht so einfach, wie sich das viele Genossen vorstellen würden. Er habe Beispiele dafür von der dänischen Grenze, wo in den letzten Tagen Versuche unternommen wurden, Material herüberzubringen. Die Genossen sind abgefangen und verhaftet worden. Interessant sei dabei, daß im Hamburger und schleswig-holsteinischen Gebiet ausgerechnet ein ehemaliges führendes Mitglied der „Antifa“⁴³ Hamburg die Überwachungsmaßnahmen leite. Wie die Ankündigungen der Genossen von draußen auf die Nazis bereits gewirkt hätten, das sei aus einer Notiz des Hamburger Anzeigers zu entnehmen, der die Regierung aufforderte, nunmehr der SPD restlos den Garaus zu machen. Die Partei hat keine Veranlassung, diesem faschistischen System Wasser auf die Mühlen zu tragen. Die Emigrantpolitik birgt immer eine gewisse Gefahr in sich. Wir müssen sie ablehnen.

Dill-Nürnberg findet die Art, wie die Genossen draußen taktisch vorgehen, für unbegreiflich. Er habe sich – so sehr er menschlich und kameradschaftlich sich mit manchem der Genossen verbunden fühle – in den letzten Tagen oft an den Kopf gegriffen und gefragt: ist das wirklich die Führung, die seit vielen Jahren richtungsweisend in unserer Politik gewesen ist? Ist ihr Blick so eng, so begrenzt gewesen? Es sei doch wirklich nicht schwer, sich vom sicheren Hort aus als heldenhaften Kämpfer gegen den Faschismus aufzuspielen. Er bekenne ganz offen, daß die Äußerungen im Ältestenrat ihn bei der Entscheidung vor der letzten Reichstagsitzung beeinflusst hätten. Er sei kein Held und hätte sich immer vor dem Sterben gedrückt. Aber er mute auch dem kleinen Manne, dem einfachen Arbeiter, nie mehr zu, als er sich selber zumuten könne. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sei manches innerlich in ihm zerbrochen, als er die Parolen der Genossen in Prag vernahm. Man arbeite da ja mit einem taktischen Ungeschick ohne Beispiel. Er müsse schon sagen, die draußen hätten von einer illegalen Arbeit keine Ahnung. Wir müßten diese Politik unter allen Umständen ablehnen.

Dietrich-Erfurt erklärt, die ganzen Vorgänge unterstreichen nur die Auffassung, die bei den uns treu gebliebenen Arbeitern vorherrsche, nämlich, daß der Neuaufbau der Partei nur mit einem völlig neuen Gefüge vor sich gehen könne. Es sei einfach eine Illusion, wenn die Genossen, die in erster Linie für die Politik und die Haltung

⁴³ „Antifaschistische Aktion“. Nachdem Severing den „Roten Frontkämpferbund“ 1929 für ganz Preußen verboten hatte, schuf die KPD, obgleich der RFB illegal weiterbestand, für das Auftreten nach außen eine ganze Anzahl neuer Organisationen, die dann in der „Antifa“ zusammengeschlossen wurden. Vgl. Flechtheim, „Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik“, Offenbach 1948, S. 155 u. 178.

der Partei verantwortlich waren, glauben, sie besäßen noch das gleiche Vertrauen, das sie einst besessen haben. Man solle nur hinhören, was die Arbeiter wirklich sagen. Nein, mit dem Vertrauen sei es zunächst vorbei, nur die sozialistische Überzeugung halte noch Anhänger zusammen. Das Vertrauen müsse neu erobert werden. Ohne einen großen personellen Wandel sei das undenkbar. Auch über grundsätzliche Fragen müsse man sich klar werden.

Künstler-Berlin unterstützt diese Ausführungen von Dietrich und wendet sich vor allem gegen die in vielen Fällen nicht gerechtfertigte Abreise von führenden Genossen ins Ausland. Diese Flucht hätte bei den Arbeitern eine Empörung ausgelöst, die nicht mehr zu überbrücken sei. Dazu komme die Politik der letzten Jahre, die die Note 5 verdiene. Trotzdem sehe das, was jetzt von außen gemacht werde, genau so aus, wie die Regie, nach der die Personalpolitik in der Partei gemacht und die Parteitage geführt worden seien. Er wolle, um nur ein Beispiel zu nennen, darauf verweisen, daß Gen. Hertz seinerzeit geradezu mit der Brechstange zum Fraktionssekretär gemacht worden sei⁴⁴. Aber so ginge das jetzt alles nicht mehr, weil man sich das einfach nicht mehr gefallen lassen werde.

Saupe-Leipzig tritt für das Verbleiben des Parteivorstandes in Deutschland ein, fordert aber, daß man sich dann in der Partei und in der Fraktion auch über grundsätzliche Fragen unterhalte und zu einer Art neuem Aktionsprogramm gelange. Man müsse sich doch mit den Arbeitern auseinandersetzen können über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge.

Krätzig-Petershagen äußert sich in ähnlichem Sinne.

Heinig-Berlin knüpft an die Darlegungen von Dietrich an und meint, auch er sei der Überzeugung, daß der allgemeine Umschmelzungsprozeß an der Partei nicht vorübergehen werde, ohne beträchtliche Veränderungen hervorzurufen. Wir müßten ganz nüchtern denken und uns auch von Hoffnungen auf einen allzu raschen Zusammenbruch des Systems frei halten. Die Situation sei so, daß gegenwärtig darüber entschieden werde, ob wir überhaupt zu einem Rechtsstaat zurückkehren oder ob das unmöglich erscheint. Soviel er orientiert sei, bemühe man sich gegenwärtig in Preußen mit aller Energie, die bolschewistischen Elemente aus der SA zu entfernen. Es wird mit Hochdruck rausgeschmissen. Es zeige sich bereits ein ähnliches inneres Kontrollsystem, wie es Italien aufweise. Die SA wird überwacht von der SS und die SS von der neugeschaffenen Feldgendarmarie. Die Zersetzungerscheinungen in den einzelnen Orten dürfen aber nicht überschätzt werden. Viel wichtiger ist, was allgemein außenpolitisch und was in engstem Zusammenhange damit innenpolitisch vorgeht. Und da steht absolut fest: die Rohstoffpreise ziehen dauernd an! Diese Tatsache wird spätestens im Herbst die Regierung vor das eminent wichtige und gefährliche Problem der Löhne und Gehälter stellen, denn die Privatwirtschaft, vor allem aber die Exportindustrie, die durch den rapid schrumpfenden Außenhandel ja jetzt schon schwer leidet, wird den Ausgleich auf dem Gebiet der Löhne suchen. Dann werden sich erst bedeutende Schwierigkeiten vor der Regierung auftürmen und sich für eine klug arbeitende Opposition Möglichkeiten zeigen. Wir dürfen deshalb durch ein Vorprellen von draußen die Entwicklung nicht stören. Eine Entwicklung, die nach den privatkapitalistischen Gesetzen verlaufen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

⁴⁴ Diese Äußerung Künstlers, des Groß-Berliner SPD-Vorsitzenden, ist als Ausdruck der latenten Spannungen zwischen Teilen der Organisation und der Fraktion zu interpretieren. Für Dr. Hertz selbst war die Behauptung, daß seine Berufung zum Fraktionssekretär auf Widerstand gestoßen sein soll, völlig neu. Sie läßt sich auch m. E. nicht ernstlich erhärten.

Dr. Hoegner-München wendet sich scharf gegen einen Artikel in der „Freiheit“ (Prag), der genaue Details aus der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 16. Mai enthält und erklärt, daß das nur ein Mitglied der Fraktion geschrieben haben könne. (Löbe erwidert, es sei festgestellt, daß der betreffende Artikel von keinem Mitglied der Fraktion stamme.) Hoegner fordert ebenfalls die Ziehung eines klaren Trennungsstriches zu der Politik der Prager Genossen. Er berichtet dann noch über eine von ihm geführte Unterredung mit dem Reichsjustizminister Dr. Gürtner, der zugesagt habe, sich für die baldige Beendigung der Periode der Verhaftung von Abgeordneten einzusetzen. Eine Klage vor dem Staatsgerichtshof wegen Verletzung der Immunität sei aus allgemeinen und aus rechtlichen Gründen nicht durchführbar. Es bleibe nur die Möglichkeit einer Ministeranklage wegen Verletzung der Amtspflichten, aber dazu sei eine Reichstagsmehrheit notwendig. Dem Wunsch nach rechtlicher Verfolgung der Angelegenheit, den der Genosse Seger aus dem Gefängnis an die Fraktion gerichtet habe, könne also nicht Rechnung getragen werden⁴⁵.

Damit war die Debatte beendet. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Die Fraktion beschließt einmütig: Der Sitz des Parteivorstandes ist Deutschland. Sollte sich mit den im Auslande weilenden Mitgliedern des Parteivorstandes eine Einigung nicht erzielen lassen, so haben die verantwortlichen Instanzen der Partei und der Fraktion rasch zusammenzutreten und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen⁴⁶. Die Fraktion selbst soll am 1. Juli⁴⁷ wieder zusammentreten.

(Josef Felder)

Dokument 2¹

Kopenhagen, am 8. 6. 1933

Herrn

Otto Wels

Lieber Genosse Wels!

Da mir der Genosse Hans Hansen² erklärte, daß Briefe, die von hier nach Prag gehen, unter keinen Umständen in Deutschland geöffnet werden können, möchte ich nachstehend einen etwas ausführlicheren Bericht erstatten.

Der Genosse Hans Hansen gab mir heute Kenntnis von dem Rundschreiben, in welchem Ihr mitteilt, daß der Parteivorstand bis auf weiteres in Prag bleibt und

⁴⁵ Laut „Frankfurter Zeitung“, 11. 6. 33, faßte die Fraktion den Beschluß, bei der Regierung wegen der Freilassung der in Schutzhaft befindlichen Parteimitglieder vorstellig zu werden.

⁴⁶ Vgl. „Frankfurter Zeitung“, a. a. O.

⁴⁷ Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, a. a. O., „im Laufe des Monats Juli“.

¹ Original im Besitz des Parteiarchivs der SPD, Bonn; veröffentlicht mit Genehmigung Erich Ollenbauers. Die Namen der im Brief genannten sozialdemokratischen Emigranten in Dänemark wurden auf Wunsch des Briefschreibers, Richard Hansen, unterdrückt und durch die Anfangsbuchstaben ersetzt; wo Verwechslungsmöglichkeiten entstehen, ist der Herkunftsort in Klammern hinzugefügt. Der frühere Kieler Parteisekretär Hansen war von 1933 bis 1940 Vertreter des Prager SPD-Vorstandes in Kopenhagen. Otto Buchwitz (50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin [-Ost] 1949, S. 154 ff.) gibt in seinen auch sonst vielfach unzuverlässigen Memoiren ein tendenziöses, teils ins Verleumderische ableitendes Bild der sozialdemokratischen Emigration in Kopenhagen und der Tätigkeit Hansens.

² Mitglied des Parteivorstandes der dänischen Sozialdemokratie; identisch mit Hans Hedtoft, dem verstorbenen dänischen Ministerpräsidenten.

daß von dort aus der Vorwärts als Wochenzeitung erscheinen soll. Über die Art, wie der Vorwärts in Deutschland verbreitet werden soll, werdet Ihr ja Näheres mitteilen.

Hier oben in Dänemark befinden sich bis jetzt nur wenige deutsche Flüchtlinge, die sich, soweit sie in Kopenhagen sind, fast täglich beim Parteivorstand treffen. Darunter befinden sich der Genosse R., Braunschweig, P. aus Kiel, Lehrer P. aus Stralsund und der Genosse Anton P., ehemaliger Landarbeitersekretär in Schleswig-Holstein. Außerdem halten sich noch einige jüngere Genossen außerhalb Kopenhagens auf. Die Art, wie von hier aus die Arbeit gedacht ist, habe ich selbstverständlich bis heute nur mit dem dänischen Parteivorstand besprochen. Der Genosse R. hat außerdem einige Aufzeichnungen aus seinen Erfahrungen gemacht und einige kurze Stimmungsbilder geschrieben. Leider wird nicht nur von den Parteigenossen in Deutschland, sondern auch von den im Auslande befindlichen und auch von den ausländischen Genossen manches, was in der letzten Zeit in der deutschen SPD passiert ist, nicht verstanden. Unter anderem, weil führende Genossen, wie z. B. Löbe, in bezug auf die Haltung der Genossen im deutschen Reichstag eine so merkwürdige Ansicht vertreten. Mir wurde hier von vielen Parteifreunden erklärt, es sei doch merkwürdig, daß ausgerechnet Paul Löbe, der doch früher zum radikalen Flügel gehörte, jetzt solche Erklärung zu dem Artikel des Genossen Stampfer verbreiten läßt³. Es wird nicht verstanden, warum unsere Leute solche Erklärung abgeben, wenn nicht einmal die Regierung derartige Dementis losläßt. Außerdem wurde mir heute morgen nach meiner Rückkehr von Nordschleswig mitgeteilt, daß der Genosse R. aus Hannover Pfingsten hier in Kopenhagen war und sich bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Genossen R. (Braunschweig) und auch gegenüber dem Genossen Hans Hansen in sehr befremdlicher Weise geäußert hat, durch die das Zusammenarbeiten nicht erleichtert wird. Die Ursache hierzu war folgende: Der Genosse R. (Braunschweig) hatte für den hiesigen Sozialdemokraten⁴ einen Artikel über die SA-Revolution in Hannover geschrieben und diesen mit R. gezeichnet. R. (Hannover) hat bei der hiesigen Redaktion sowie bei R. (Braunschweig) und Hans Hansen erklärt, sie sollten solche Sachen unterlassen. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben; sie verbäten sich überhaupt, daß vom Auslande irgendwie in die innerdeutschen Angelegenheiten eingegriffen würde. Ende dieser Woche solle eine Sitzung der Reichstagsfraktion stattfinden, in welcher dem Gen. Wels ein Ultimatum gestellt werden würde, sofort nach Deutschland zurückzukehren. Sonst würde die Fraktion den Parteivorstand absetzen⁵. Ich hätte dieses natürlich nicht berichtet, wenn es sich hier um die Äußerung irgendeines beliebigen Genossen handelte. Da der Genosse R. (Hannover) aber nicht nur bei uns, sondern auch bei einigen dänischen Genossen bekannt ist, hat diese Äußerung hier sehr verstimmend gewirkt. Nicht ganz mit Unrecht fragte mich danach Hans Hansen, was denn nun eigentlich richtig sei, ob wir nun, wie der Genosse Krummenerl⁶ uns mitteilte, von hier aus arbeiten sollen, oder ob die angeblich in Deutschland gewünschte Passivität angewandt werden solle. Ich habe dem Genossen Andersen⁷ sowie dem Genossen Hans Hansen erklärt, daß bis zu einer eventuellen anderen Entscheidung durch den Genossen Wels es bei den Vereinbarungen bleiben wird und ich nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die einzige Stelle, die Anweisungen erteilen kann, unter Führung des Gen. Wels steht. Vielleicht ist es gut, wenn dies gelegentlich auch einmal in einem Rund-

³ Vgl. Dokument 1.

⁴ „Socialdemokraten“, Parteiorgan der dänischen Sozialdemokratie.

⁵ Vgl. den Verlauf der Fraktionssitzung vom 10. 6., Dokument 1.

⁶ Richtig: Crummenerl.

⁷ Alsing Andersen, Mitglied des Parteivortandes der dänischen Sozialdemokratie.

schreiben an die Organisationen der Internationale bekannt gemacht wird, denn sonst werden wir bald ein halbes Dutzend Parteileitungen haben. Nun zu der Arbeit selbst. Das beiliegende Flugblatt ist am Sonntag durch dänische Jugendgenossen an deutsche Ausflügler verteilt worden. Bei meiner Fahrt nach Nordschleswig habe ich weiter die Möglichkeit des Hinüberschaffens von Material nach Deutschland mit den in Frage kommenden Genossen besprochen und festgelegt. Leider ist eine von uns in Aussicht genommene Art nicht mehr durchführbar, da unsere drei in Kiel stationierten Segelboote von der SA gestohlen worden sind. Hier Ersatz zu schaffen, wird nicht ganz leicht sein, da wir wohl bis zur deutschen Hoheitsgrenze von hier aus mit Fischerbooten arbeiten können. Wegen der hohen Zölle laufen sie nämlich nicht mehr in die Häfen ein, und die deutschen Fischer sind in jeder Beziehung unzuverlässig. Der Genosse W. in Kiel bemüht sich, unsere Boote durch Gerichtsbeschluß wieder frei zu bekommen. Sollte das mißglücken, wäre eventuell zu erwägen, ein seetüchtiges Boot mit Motor zu erwerben, um zugleich auf diesem Boot unseren vorhandenen K.-W.-Sender⁸ einrichten zu können. Allerdings würde die Beschaffung eines solchen Bootes mindestens 2500–3000 Mark kosten. Vorläufig werden wir andere Ausgangsmöglichkeiten ausnutzen. In Deutschland selbst werden dann neben der Materialverschickung an die großen Orte auch per Post Zustellungen erfolgen in der Form, daß diese Postsendungen hier von mir vollständig fertig gemacht über die Grenze gebracht und dort in den verschiedenen größeren Ortschaften zur Post gegeben werden. Zur Durchführung dieser Arbeit ist nur ein kleiner Apparat in Schleswig-Holstein und Hamburg notwendig. Es werden neben den Portoauslagen natürlich auch einige Fahrtkosten entstehen.

Zum Schluß hätte ich noch eine Bitte. Ich habe festgestellt, daß auch Bundesvorstandsmitglieder des Reichsbanners im Auslande arbeiten und sich auch hier mit der Parteileitung in Dänemark und Schweden in Verbindung gesetzt haben. Der hiesige Parteivorstand hätte nun gerne gewußt, ob diese Arbeiten des Reichsbanners im Einverständnis und nach Rücksprache mit dem Parteivorstand in Deutschland erfolgen. Ich bitte auch um Mitteilung, ob einer Bewegung, die scheinbar von einigen früheren Jungsozialisten in Deutschland ausgeht, die genügende Beachtung geschenkt wird, da auch hier aus dem Munde eines Anhängers dieser Gruppe den Genossen P. (Kiel) und R. (Braunschweig) erklärt wurde, daß die ganze Arbeit vom Auslande Unsinn sei; daß sie gar nichts gebrauchten, weder Zeitungen noch Flugschriften usw. Ihre neue Organisation stehe schon fix und fertig da⁹. Hauptsache sei, daß erst einmal Otto Wels beseitigt würde. P. und R. haben mir voller Empörung diese und noch ähnliche Äußerungen mitgeteilt. Vielleicht braucht man diese Dinge ja nicht tragisch zu nehmen. Es ist aber gut, wenn wir wissen, was für Gruppen und Richtungen unter Umständen versuchen, in der Partei Fuß zu fassen. Den Namen des in Frage kommenden Genossen will ich vorläufig nicht mitteilen, damit der ganze Bericht nicht etwa den Anschein einer Angeberei erweckt. Ich halte es aber im Interesse des Abwehrkampfes gegen den Faschismus für notwendig, volle Klarheit über die verschiedenen Strömungen in unseren eigenen Reihen zu schaffen.

Mit Parteigruß

Richard Hansen

⁸ Zur Beschaffung von KW-Sendern durch den Parteivorstand der SPD vgl. Textteil, I; es handelt sich offenbar um einen Sender aus diesem Bestand.

⁹ Vielleicht Vertreter der Gruppe „Neu Beginnen“; vgl. Textteil, VI. Dieser Annahme wird jedoch von Fritz Heine widersprochen, nach dessen Auffassung es sich um eine andere jungsozialistische Gruppe handelt.

Dokument 3

Der Berliner Jugendkonflikt vom April 1933 und die Anfänge der illegalen Arbeit¹

... Diese Serie der Anpassungsversuche wurde empfindlich durch das Verhalten der Berliner Jugendorganisation gestört. Die Berliner SAJ² hatte seit Jahren in Opposition zur politischen Grundlinie der Partei gestanden. Ursprünglich ein wesentlicher Bestandteil der Seydewitz-Opposition, war sie bei der Abspaltung der späteren SAP³ unter dem Einfluß der Gruppierung „Neu Beginnen“⁴ zum überwiegenden Teil in der Sozialdemokratie geblieben. Die leitenden Funktionäre der Jugend hatten es verstanden, eine fruchtbare Jugendarbeit aufzubauen und die Organisationen besonders politisch zu befestigen⁵.

„Die Berliner Jugendorganisation traf im Juli 1932 die ersten Vorbereitungen für den Fall des Verbots. Durch ein Netz besonders ausgewählter Funktionäre entstand bereits vor dem 30. Januar 1933 ein System von „Fünfergruppen“, das bis zum Juli 1933 die fast vollständige Weiterführung der Jugendarbeit ermöglichte. . . . Es liegt auf der Hand, daß nach dem 30. Januar die Jugendleitung ihr Hauptaugenmerk auf die Sicherung der Zukunft der Organisation richtete. Darum wurden in allen Bezirken mehr die Regeln der Konspiration gedrillt, als die Belange der „normalen Jugendarbeit“ beachtet. Im März wurde schließlich der alte Gruppenbetrieb in offiziellen Jugendheimen gänzlich eingestellt. Das Jugendsekretariat war nur noch eine Attrappe, alles wertvolle Material war sichergestellt, die der Jugend gehörenden Gelder in der Höhe von 13000 Mark waren unter

¹ Auszüge aus dem Manuskript eines unbekanntenen Verfassers: „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung. Eine Materialsammlung“, 62 Schreibmaschinenseiten, Durchschlag im Besitz des „Internationalen Instituts für Sozialgeschichte“, Amsterdam. Die verarbeiteten Quellen und Publikationen lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß das Manuskript 1934 entstanden ist. Der Verfasser bemüht sich um einen unpolemischen Ton. Es ist daher nicht möglich, ihn eindeutig einer bestimmten Gruppe der Emigrationssozialdemokratie zuzurechnen, obgleich vermutet werden darf, daß er sich der Gruppe „Neu Beginnen“ verbunden fühlte. Auf jeden Fall ist er im Kreise derer zu suchen, die dem Prager Parteivorstand stark kritisch gegenüberstanden. — Der erste Auszug ist dem Kapitel „Der Anpassungsversuch der Sozialdemokratie“ entnommen (S. 9 bis 11 des Manuskripts), der zweite — „Der Beginn der illegalen Arbeit“ — bildet ein selbständiges Kapitel (S. 15 bis 17 des Manuskripts).

² Sozialistische Arbeiter-Jugend. — Nach Heine war das Bild differenzierter. Es habe sich keineswegs um die ganze Berliner SAJ gehandelt.

³ Sozialistische Arbeiter-Partei. Die SAP splitterte sich im Herbst 1931 unter Führung von Seydewitz, Dr. Rosenfeld und Dr. Eckstein von der SPD ab. Vgl.: Ludwig Bergsträsser, „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“, 7. Aufl., München 1952, S. 241 f.; Sigmund Neumann, „Die deutschen Parteien“, Berlin 1932, S. 34 f.

⁴ Für die Gruppe „Neu Beginnen“ s. Textteil, VI.

⁵ Das folgende lange Zitat ist anscheinend einem Memorandum entnommen, das im Kreis der führenden Vertreter der Berliner Jugendorganisation entstanden sein muß. Darauf läßt nicht nur die eingehende Kenntnis der Vorgänge, die der Verfasser besitzt, schließen, sondern es ist auch auffällig, daß alle übrigen Beteiligten namentlich genannt werden, während die Namen der Berliner SAJ-Führer fehlen. Die Möglichkeit, daß der letzte Berliner SAJ-Vorsitzende, Erich Schmidt, selbst der Verfasser des Memorandums sein könnte, ist nicht auszuschließen. — Die durch . . . gekennzeichneten Auslassungen sind aus dem Manuskript übernommen.

Decknamen auf einer Staatsbank deponiert. Diese Maßnahmen führten zu einem Zusammenstoß mit der Reichsleitung der Jugend. Erich Ollenhauer verlangte die volle Wiederaufnahme der alten Arbeit, die Einstellung der illegalen „Mätzchen“ und die Wiederherstellung des alten Betriebes im Jugendsekretariat. Der Vorsitzende der Berliner Jugend⁶ erklärte seine Bereitschaft zu Zugeständnissen außer in der Frage des Aufbaues der illegalen Organisation. Ollenhauer drohte daraufhin mit organisatorischen Maßnahmen...⁷ In der Sitzung der Jugendleitung am 3. April, an der vom Hauptvorstand der Jugend Ollenhauer, Weber und Liszt^{7a} und von der Partei⁸ Wendt und Lösche teilnahmen, kam es zu heftigen Zusammenstößen... Genosse Ollenhauer wurde (im Verlaufe dieser Sitzung) gefragt, was denn die SAJ in den Bezirken des Reiches tue, in denen sie bereits verboten sei? Ollenhauer erklärte: Im Verbotsfall ist eine Weiterführung der sozialistischen Jugendarbeit unmöglich, Beschlüsse sind noch nicht gefaßt, aber es wird etwa der folgende Weg beschritten: Die jüngeren Mitglieder werden in völlig legalen Jugendgruppen zusammengefaßt. Es soll der Versuch gemacht werden, auf diesem Wege [bis]⁹ etwa zu 20000 14–17jährige zu erfassen und sie indirekt sozialistisch zu beeinflussen¹⁰. Die älteren Mitglieder der SAJ können im Verbotsfall nicht weiter zusammengehalten werden. Diese Genossen müßten in die Partei, die ja sicher länger legal bleibe als die Jugend.“

Demgegenüber bezweifelten die Jugendgenossen Fähigkeit und Möglichkeit der Partei, unter den gegebenen Umständen die älteren Jugendgenossen zu erfassen und der Bewegung zu erhalten. Sie erklärten den Gedanken, gerade die jüngeren Mitglieder getarnt zusammenhalten zu können, für illusionär. Sie erklärten schließlich, daß das Verlangen Ollenhauers, sie sollten sich nach seinen Anregungen unter allen Umständen richten, einem Verbot der Fortsetzung der politischen Jugendarbeit nach einem faschistischen Verbot der legalen Organisation gleichkomme. „Verlangt die Partei eine Anerkennung eines derartigen Beschlusses von uns, der unsere tatsächliche Auflösung bedeutet, dann bedeutet das Selbstaufgabe. Einem solchen Verlangen würden wir nicht nachkommen, denn uns steht höher als Parteidisziplin das Schicksal des Sozialismus.“

Wendt erklärte für die Partei: In den Ausführungen der Jugendgenossen kommt Angstmeierei und Romantik zum Ausdruck... Die Weiterführung der SAJ-Arbeit im Falle des Verbots wird die Partei keinesfalls dulden... Wer sich den Beschlüssen der Partei in dieser Frage nicht füge, werde ausgeschlossen... Am 5. April ver-

⁶ Erich Schmidt.

⁷ Nach Ollenhauers Auskunft ging es der Parteileitung nicht darum, ernsthafte Ansätze junger Menschen zu illegaler Arbeit durch organisatorische Maßnahmen zu ersticken, sondern um die Verhinderung einer die Parteieinheit gefährdenden „Sonderorganisation“, eines „illegalen Nebenapparates“ in der Partei. Von der Verbindung der Berliner SAJ-Führer zur Gruppe „Neu Beginnen“ war, wie auch Stampfer bestätigt, der Parteileitung zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu Ohren gekommen.

^{7a} Richtig: List.

⁸ D. h. vom Berliner Bezirksvorstand.

⁹ Vom Herausgeber eingefügt.

¹⁰ Nach Ollenhauers Erinnerung fand im März eine Sitzung des Reichsausschusses der SAJ statt, in der dieser Plan erörtert wurde. Die Überführung der Arbeiterjugend in eine „Wanderorganisation ohne politischen Hintergrund“ sollte unabhängig von der eigentlichen illegalen Arbeit geschehen. Man habe die Jugendlichen nicht dem nationalsozialistischen Einfluß ausliefern und auch möglichst viele der von der SAJ geschaffenen Einrichtungen retten wollen. In diesem Zusammenhang war auch die Schaffung einer neutralen Jugendzeitschrift vorgesehen, von der sogar noch eine Nummer erschienen sei.

langte Wendt im Namen der Partei die Gelder, die von der Jugend sichergestellt worden waren, zurück. Er erklärte dem Vorsitzenden der Jugend: „Wenn du die Gelder nicht herausgibst, werden wir dich aus der Partei ausschließen und den Ausschlußgrund der Öffentlichkeit unterbreiten. Du bist nicht nur Vorsitzender der Jugend, sondern gleichzeitig Angestellter der Partei.“ Am gleichen Tage setzte der Bezirksvorstand den Jugendsekretär und Jugendvorsitzenden ab und legte einen Termin für die Ablieferung der Gelder an die Partei fest. Von Künstler wurde dem Jugendvorsitzenden einen Tag vor Ablauf dieses Termins bedeutet, daß das Schreiben für den Staatsanwalt bereits vorliege, also Strafanzeige erhoben würde im Falle der Nichtablieferung der Gelder¹¹.“

In einer gemeinsamen Sitzung vom Bezirksausschuß der SAJ, Vertretern der Partei (Litke¹², Lösche, Wendt, Mathilde Wurm) und des Hauptvorstandes der Jugend (Ollenhauer, Liszt,¹³ Weber, Ohlig) erklärten sich die Vertreter der Jugend zur Herausgabe der vor dem Zugriff der Nationalsozialisten sichergestellten Gelder bereit, lehnten aber jedes Zugeständnis in der Frage des Aufbaues einer illegalen Organisation entschieden ab. Von 115 vorhandenen Jugendgruppen erklärten sich mit dieser Haltung 100 einverstanden. Am 11. April erfolgte dann der Ausschluß des Jugendvorsitzenden aus der Sozialdemokratie durch den Bezirksvorstand der Partei mit Zustimmung des Parteivorstandes in außerordentlichem Verfahren¹⁴.

Dieser Konflikt zwischen Berliner Jugendorganisation und Partei zeigt nicht nur die Energie, mit der die Parteiführung versuchte, alles zu unterbinden, was auch nur um ein Weniges von der Linie, durch Zugeständnisse die legale Existenz der Partei zu erlangen, abwich, sondern auch das erste Auftreten von zum Widerstand gegen den Faschismus unter allen Umständen entschlossenen Kräften innerhalb der Parteiorganisationen.

Der Beginn der illegalen Arbeit

Jener Konflikt, der am Anfang April 1933 zwischen der Berliner SAJ und den Parteiinstanzen ausgetragen wurde, war nur zu einem Teil die Fortsetzung alter Richtungskämpfe in der Partei, er war vor allem der Ausdruck für einen der frühesten Versuche deutscher Sozialdemokraten, mit den neuen Bedingungen angemessenen Methoden den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland auch nach seiner Machtergreifung fortzusetzen. Die führenden Funktionäre der Berliner SAJ hatten bereits seit längerer Zeit, erheblich vor der faschistischen Machtergreifung, in engen Beziehungen zu einer Organisation gestanden, die sich darum bemühte, über die Schranken, die der Konkurrenzkampf zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterorganisationen gesetzt hatte, hinweg zu einer Kooperation fortgeschrittener Arbeiterfunktionäre im Interesse der gesamten Bewegung zu kommen.

¹¹ Die Persönlichkeit des Reichstagsabgeordneten und langjährigen 1. Vorsitzenden des Groß-Berliner Bezirksverbandes der SPD, Franz Künstler, läßt es ausgeschlossen erscheinen, daß er im Ernst an eine Anzeige gedacht hat. Bei dem Verhältnis zwischen den „erfahrenen“ Alten in der SPD zu den Angehörigen der jungen Generation, die sich erst in langjährigen Bemühungen in der Parteihierarchie empordienen mußten, um einigermaßen für voll genommen zu werden, ist Künstlers Drohung eher als pädagogische Maßnahme zu verstehen. Der Gedankengang der „Alten“ ist bei der in der SPD herrschenden Atmosphäre etwa der folgende gewesen: Wenn wir den unbedachten und voreiligen jungen Leuten das Geld wegnehmen, können sie keine parteischädigenden Dummheiten anstellen. Vgl. auch Dokument 5.

¹² Carl Litke, 2. Vorsitzender des Großberliner Bezirksvorstandes, Reichstagsabgeordneter.

¹³ S. o. Anm. 7a.

¹⁴ Nach Edinger, a. a. O., S. 354, der aber auf die Berliner Vorgänge nicht eingeht, sind damals mehrere Ausschlüsse erfolgt.

Trotz vieler theoretischer Schwächen, trotz irriger Einschätzungen der zu erwartenden politischen Entwicklung in Deutschland – diese Organisation teilte die damals weitverbreitete Ansicht, zunächst, daß in Deutschland ein Faschismus gar nicht möglich sei, dann, nachdem dies durch die Wirklichkeit widerlegt war, daß es kein „Vollfaschismus“ werden würde, um, als auch diese Perspektive nicht Realität geworden, schließlich doch die volle Bedeutung der faschistischen Machtergreifung in Deutschland zu erfassen. – Trotz dieser Irrtümer waren die organisatorischen Methoden der Gruppierung so weit entwickelt, daß die unbedingte Sicherung der politischen Arbeit unter den jedenfalls als neuartig erkannten Verhältnissen eine Selbstverständlichkeit war.

Aus der Verschmelzung der Funktionärskaders der Berliner SAJ mit dieser Organisation und anderen zur weiteren Arbeit entschlossenen Mitgliedern der bisherigen Arbeiterbewegung entstand in diesen Monaten die sozialdemokratische Gruppierung, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 mit der Schrift „Neu Beginnen“¹⁵ hervortrat und nach ihr „Neu-Beginnen“-Gruppe oder „Milesgruppe“ genannt wurde.

Die Sächsische Sozialdemokratie hatte von jeher innerhalb der Partei eine Sonderstellung eingenommen. Diese starken Parteibezirke waren der politische und organisatorische Rückhalt der Seydewitz-Opposition in der Partei gewesen und auch nach dem Ausscheiden dieser Opposition aus der Partei der politischen Linie des Parteivorstandes gegenüber kritisch geblieben. So war der Chemnitzer Bezirk der Partei trotz der mannigfachen Anpassungsversuche von Parteivorstand und Reichstagsfraktion entschlossen, auch gegen das Gesetz der faschistischen Diktatur die Tätigkeit der Partei fortzusetzen. Ein Teil besonders stark exponierter Funktionäre des Chemnitzer Bezirks waren bereits im März und April emigriert. Aber im Gegensatz zu anderen emigrierten Parteifunktionären blieben sie in weiterer enger Fühlung mit ihrer Bezirksorganisation, die sich inzwischen mit aller Energie, wenn auch oft mit mangelnder Erfahrung, dem Aufbau einer illegalen Parteiorganisation zugewandt hatte. Mitte Mai war diese vorbereitende Tätigkeit so weit fortgeschritten, daß man an die Sicherstellung der führenden und für die Stabilität der weiteren Arbeit unentbehrlich erscheinenden Funktionäre durch Übersiedlung nach Karlsbad gehen konnte. Etwa am 16. Mai 1933 trafen die Bezirksfunktionäre der Chemnitzer Parteiorganisation in Karlsbad ein. Sie beschlossen wenige Tage später, am 19. Mai 1933, die Fortsetzung der politischen Arbeit ihres Bezirks von außen, den Aufbau einer Auslandsorganisation für den Parteibeirk und die Einrichtung einer Grenzarbeit¹⁶.

Wenn auch der Chemnitzer Parteibeirk der einzige Organisationsteil größeren Umfangs der Partei war, der vollkommen geschlossen und so frühzeitig an den Aufbau einer selbständigen illegalen Arbeit auch vom Ausland her heranging, gab es auch in den anderen Parteibeirken Sachsens wie Thüringens starke Kräfte, die die illegale Parteiarbeit aufzunehmen versuchten. So fand in den ersten 14 Tagen des Mai in Altenburg in Thüringen eine Konferenz statt, die aus den Parteibeirken Leipzig, Zwickau und Thüringen besetzt war. Die Teilnehmer dieser Konferenz beauftragten unter anderem die später kollektiv emigrierten sächsischen Genossen mit der Organisation von Grenzsekretariaten im Ausland zur Unterstützung und Zusammenfassung der illegalen Organisationsteile.

¹⁵ Als 2. Heft der vom Parteivorstand herausgegebenen Schriftenreihe „Probleme des Sozialismus“ im Verlag „Graphia“, Karlsbad, erschienen. Hinter dem Pseudonym „Miles“ verbirgt sich nicht, wie in Emigrantenkreisen vielfach irrig angenommen wurde, Karl Frank, sondern Walter Löwenheim. Vgl. Matthias a. a. O., S. 292.

¹⁶ Diese Schilderung vermittelt einen Eindruck von der Entstehung des Karlsbader Grenzsekretariats, dessen Leitung der bisherige Chemnitzer Bezirkssekretär Lange übernahm. Vgl. auch Dokument 4, Anm. 9, bes. den Hinweis Heines auf den Anteil des Parteivorstandes, der die Finanzierung übernahm, am Aufbau des Sekretariats.

Dokument 4

Konferenz mit den maßgebenden Funktionären des bisherigen Sopade-Arbeitskreises in Dresden, umfassend den bisherigen Parteibeizirk Groß-Dresden¹

Am 8. 9. 35.

Über die Arbeit in der Zeit seit 1933 geben die Genossen folgende Darstellung:

In den Monaten Juli und August 1933 wurden bereits von den im Lande verbliebenen SPD-Funktionären Versuche gemacht, einen ständigen Kontakt im Unterbezirk herzustellen. Zu jener Zeit herrschte starke Erbitterung gegen die ostsä.² Funktionäre, die mit den Geldmitteln ins Ausland gegangen waren und dort sich eine Existenz mit Parteimiteln gründeten. Diese Verbitterung wurde dann gemildert, als ein Teil des Geldes nach Dresden kam und dort etwa zehn Genossen eine Existenz als Händler schaffte. Bekanntlich war dieser legal arbeitende ill. Apparat bereits Ende Sept. erledigt und ca. 350 aktive Funktionäre, die mit diesem Apparat in Berührung gekommen waren, gingen in Haft. Soweit diese Genossen ihre Strafen bereits abgebußt haben, stehen sie weiter unter Beobachtung und sind sehr verschüchtert, denn sie haben fast alle ihre Arbeitsplätze verloren. Diese ca. 300 Funktionäre waren meist Genossen über 40 Jahre. Nach dieser Zerstörung des alten SPD-Apparates ist es in Groß-Dresden nie mehr zu einer planmäßigen Arbeit gekommen. Was noch geschah, war eine Belieferung des Gebietes mit SA³, veranstaltet durch das Büro Thiele in Bodenbach⁴. Aus allen Stadtteilen ist uns bekannt, daß diese SA in Hunderten von Exemplaren regelmäßig geschickt wurde, meist per Drucksache, oft auch im geschlossenen Brief und selten per Wurfpost, also durch Boten in Briefkasten gelegt wurde; die Methode der ill. Arbeit hat ständige Verhaftungen zur Folge gehabt und eine ungeheure Wut ausgelöst. Diejenigen Genossen, die früher Funktionen hatten, wurden immer wieder mit Vorwürfen überhäuft, warum sie nicht diese Belieferung unterbinden halfen. Für uns bestehen keine Zweifel, daß vom Büro Thiele aus, vermittels Adreßbüchern diese Belieferungen per Post betrieben worden sind, kamen wir aber zu Thiele, so bestritt er diese Arbeit. Dagegen hob er hervor, daß erst aus der Materialabgabe ein ständiger Kurierdienst erwachse. Diese Kurier, die im Laufe der Zeit zu Thiele gefahren sind, stellen nur den Bericht einer Einzelperson dar, die sich aus früherer Zeit an Thiele geklammert. Weniger aus politischen Motiven, sondern aus persönlicher Anhänglichkeit, die bekanntlich von den Führern stark ausgenützt worden ist⁵.

Was wir in Dresden jetzt tun wollen, ist eine Zusammenfassung kleiner Zirkel zu Diskussionsabenden und Vorbereitung einer Betriebszellenarbeit. Doch diese wird eine sehr schwierige Arbeit werden. Eure Meinung, daß die Betriebe bereits Widerstandszentren sind, können wir nicht unterstreichen. Im Großbetrieb ist es sogar noch ruhiger als in kleineren Betrieben, denn im Großbetriebe, der meist starke

¹ Original in den Handakten Hans Vogels, Parteiarchiv der SPD. Maschinenschriftliches Manuskript von sieben Seiten. Die Niederschrift wurde vermutlich von einem Vertrauensmann des Prager Vorstands angefertigt; der Vorstand selbst kann nicht an dieser Sitzung beteiligt gewesen sein; siehe unten Anm. 9.

² Ostsächsische.

³ „Sozialistische Aktion“, Organ der SPD für die illegale Verbreitung in Deutschland, löste im November 1933 die Kleinausgabe des „Neuen Vorwärts“ ab.

⁴ Grenzsekretariat. Für die Aufgaben der Grenzsekretariate vgl. Matthias, „Sozialdemokratie und Nation“, a. a. O., S. 23.

⁵ Soll heißen, daß die Berichte dieser Kurier nicht repräsentativ für die illegal Arbeitenden sind.

Fluktuation aufweist, kennen sich die Arbeiter weniger und sind deshalb mißtrauischer als im kleineren Betrieb.

Soweit wir unsere Genossen kennen, es sind für ganz Dresden gesprochen ca. 100 verlässliche jüngere Freunde, lehnen sie jetzt irgendein Parteibekennntnis ab, sie wollen nur Sozialisten sein. Auch dieser RS-Kreis⁶ darf nicht die „neue Partei“ sein wollen, da gehen wir nicht mit. Zeigt uns eure Wege, und wir werden mit euch gehen. Die Firma ist uns gleich. Tut aber alles, um die Gruppen auf eine einheitliche Aktionslinie zu bringen, auch mit SAP⁷ und KP, soweit letztere nicht partei-egoistisch eingestellt ist . . .

Unser Wille ist, mit einer Emigration zusammenzuarbeiten, die ein Zentrum des revolutionären Wollens darstellt, die auch die nötige Klarheit über Weg und Ziel schafft, damit Anziehungskraft entfaltet werden kann und (wir)⁸ meinen, daß sich um solche wegweisende Arbeit sicher die besten Kämpfer Deutschlands scharen werden. Gewiß wäre es schön, wenn wir eine Person als Schild herausstellen könnten, aber das ist nicht entscheidend, maßgebend bleiben die Handlungen in der Praxis. Das Wollen der RS-Leute müßte aber unbedingt weit sichtbar gemacht werden in der internationalen Diskussion sowie in dem Bekenntnis zur Einheitsfront mit KP und den brauchbaren Resten der Splitter. Arbeiten die RS-Leute und das Karlsbader Sekretariat⁹ in diesem Sinne weiter, so werden wir Dresdener uns stets dazu bekennen und werbend tätig sein. Wir bilden uns nicht ein, daß wir große Theoretiker in unserer vordersten Front aufweisen können, wir haben mehr Tatmenschen an uns, und diese suchen eine Stütze für die Tagesarbeit und brauchen einen freien Blick für die Gesamtaufgabe. Deshalb versprechen wir ständige Kurierverbindung zu halten und das RS-Material¹⁰ zu verbreiten.

Dokument 5

Erfahrungen in der illegalen Arbeit¹

I. Die Ereignisse des Jahres 1933²

Man kann die Bedeutung der Ereignisse des Jahres 1933 für die heutige Einstellung der aktiven Teile der Arbeiterschaft nicht hoch genug einschätzen. Es ist ein Fehler, so zu tun, als sei nichts geschehen, was uns veranlassen könnte, unsere An-

⁶ „Revolutionäre Sozialisten“, vgl. Matthias, a. a. O., S. 31 ff.

⁷ „Sozialistische Arbeiterpartei“, linksradikale Gruppe, die sich 1931 von der SPD abgespalten hatte.

⁸ Vom Herausgeber hinzugefügt.

⁹ Für die „Revolutionären Sozialisten“ arbeitendes Grenzsekretariat, offensichtlich Veranstalter der Konferenz. In einem Rundschreiben vom 30. 1. 1935 gab der Prager Parteivorstand bekannt, daß er das Arbeitsverhältnis zu dem bisherigen Grenzsekretär „für das Gebiet Karlsbad-Teplitz und für die sächsischen Bezirke Chemnitz-Zwickau-Leipzig“, Lange, mit sofortiger Wirkung gelöst habe, „da er sich geweigert hat, den Parteivorstand über seine gesamte politische und organisatorische Arbeit loyal zu informieren“. – Nach Auskunft Heines begann der Konflikt mit dem Grenzsekretariat, das von der SOPADE geschaffen und unterhalten worden sei, Ende 1933 oder Anfang 1934. Für die selbständige Aktivität der Chemnitzer Funktionäre vgl. Dokument 3.

¹⁰ In erster Linie die seit 1935 erscheinenden „RS-Briefe“.

¹ Manuskript im Besitz des Verfassers, der mir persönlich bekannt ist; Gesamtumfang 96 Schreibmaschinenseiten. – Die vorausschauend im Sommer 1932 gebildete illegale Gruppe, aus der heraus die Niederschrift entstanden ist, begann ihre Arbeit mit etwa 250 Leuten, die

schauungen mit rückhaltloser Offenheit einer Prüfung zu unterziehen. Der Zusammenbruch aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung war für die Genossen das Erlebnis, das eine politische Welt für sie zertrümmerte, das sie zu einer Kritik der deutschen Arbeiterbewegung veranlaßte und sie wichtige Fragen in einem neuen Lichte sehen ließ.

Es galt für die Genossen, welche die sozialistische Arbeit in der Zeit der Hitlerdiktatur nicht ruhen lassen wollten, „neu anzufangen“, und zwar in dem Sinne, daß die Probleme, die eine ganz neue Situation der deutschen Arbeiterbewegung stellte, durchdacht werden mußten, um aus der Klärung der Ziele der Arbeiterbewegung Maßstäbe zur Beurteilung des Geschehenen und Klarheit über den einzuschlagenden Weg zu erlangen. Es gab ja keine sachliche Situation in der Vergangenheit, in der die jetzt aktuellen Fragen bereits einmal hätten durchdacht werden können. Aber es war keine Möglichkeit, in dem Sinne von vorne anzufangen, daß man sich etwa „den Marxismus neu erarbeitete“, um dann politisch zu arbeiten, sondern die Genossen, die selbst im Zusammenbruch der Arbeiterbewegung nicht verzweifelten, wollten wissen, was nun werden solle und wie sie selbst wieder andere Genossen aufrichten könnten. Man hat nicht in dem Sinne neu anfangen wollen, als ob niemals vorher eine Arbeiterbewegung existiert habe, sondern man glaubte die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung fortzuführen, wenn man sich im Glauben an den Sozialismus um Klarheit über Ziel und Weg der Arbeiterbewegung bemühte und sich gelobte, trotz den Gefahren für den Sozialismus zu kämpfen. Man muß sich die Bedeutung des Zusammenbruchs der Bewegung für die Genossen vor Augen halten, um die richtige Stellung zur Beurteilung der heutigen Arbeit einzunehmen.

im Herbst 1932 intensiv auf die illegale Tätigkeit vorbereitet wurden, u. a. an Hand von kriminalistischen Lehrbüchern über die Methoden polizeilicher Beobachtungen, Verhöre usw., wie sie auf den Polizeischulen benutzt wurden. Die aus der SPD hervorgegangene Gruppe, die auch nach dem Verbot der Partei den Kontakt zur Emigrationssozialdemokratie aufrecht erhielt, nannte sich ab August 1933 „Sozialistische Front“, um zu dokumentieren, daß sie sich nicht als Fortsetzung der zusammengebrochenen alten Parteiorganisation fühle. Sie konnte bis zum Sommer 1936 im wesentlichen ungestört arbeiten und wurde dann durch die Massenverhaftungen der Gestapo im Grundgefüge zerstört. Der Leiter der Gruppe, der nach Holland entkam und auch die ganze Besatzungszeit, illegal lebend, dort überstanden hat, ist auch Verfasser des unmittelbar darauf, im November 1936, entstandenen Memorandums „Erfahrungen in der illegalen Arbeit“, das er dem Prager Vorstand zuleitete. Die hier wiedergegebenen Teile sind, obgleich sich manches wiederholt, nur unwesentlich gekürzt. Wir sind sehr arm an Zeugnissen, die die Reaktion auf die Niederlage innerhalb der Arbeiterbewegung, die Erfahrung der Illegalität an der Basis einer relativ großen Organisation und die noch ungebrochene Stimmung des Kampfes gegen die Diktatur so unmittelbar widerspiegeln. Ich jedenfalls wüßte kein Pendant. Das nicht nachträglich überarbeitete Schreibmaschinenmanuskript zeigt stilistisch alle Spuren einer sehr eiligen Niederschrift. Der Verfasser, geborener Hannoveraner, sozialdemokratischer Akademiker und Redakteur, macht sich zum Dolmetsch der Auffassungen und Gefühle seiner Kampfgefährten, der illegalen Arbeiter und kleinen Funktionäre, er kennt die Organisation in all ihren Verzweigungen, und schließlich beweist er trotz aller Gefühlsbetontheit der Urteile bei der Schilderung der Lehren des Zusammenbruchs und bei der Charakterisierung der verschiedenen Formen illegaler Arbeit seine analytische Fähigkeit. – Für ergänzende Mitteilungen über die Gruppe, ihre Arbeitsweise und ihr Schicksal, die, wo keine besondere Quellenangabe erfolgt, auf mündliche Auskünfte des Verfassers zurückgehen, vgl. unten Anm. 20–23 und Textteil, VI; zur Interpretation des Dokuments s. Textteil, VII.

² S. 1–13 des Originals.

Das Erlebnis des Zusammenbruchs

... Die von bewunderungswürdiger Disziplin beherrschten Organisationen brachen zusammen, ohne daß sie im Kampfe von den Gegnern besiegt waren. Bis zum März war die Eisernen Front die Hoffnung der Arbeiter. Die Massendemonstrationen der Eisernen Front im Februar waren von überwältigender Wucht; niemals vorher marschierten diese Massen so sehr von einem Willen beseelt und mit solchem Ernst, den die damaligen Wochen auch dem letzten Genossen einhämmerten. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen: es war wirklich so, daß die Massen der Eisernen Front an einen Widerstand der Arbeiterbewegung glaubten. Jetzt war die Zeit da, auf die wir seit dem 14. September 1930³ hingewiesen hatten: in jeder Versammlung in Stadt und Dorf hatten wir gesagt, daß wir nicht nur mit dem Stimmzettel den Nationalsozialismus abwehren würden, sondern daß wir, wenn es nötig ist, auch von unseren hochgereckten Fäusten Gebrauch machen würden. Im Herbst 1932 wurde in den großen Kundgebungen der Eisernen Front von den Massen in feierlicher Form der Schwur abgelegt, bis zum Letzten für die Freiheit des Volkes zu kämpfen, und wenn es sein müsse, auch mit dem Leben dafür einzustehen. Ganz gewiß haben die Arbeiter es damit ernst gemeint, ganz gewiß haben sie unsere entschlossenen Aufrufe in jenen Kundgebungen so aufgefaßt, wie sie gesagt wurden. Nun mußte es also „losgehen“, und es war nur natürlich, daß die Genossen, die über Schuß- oder einfache Stichwaffen verfügten, diese mit besonderer Sorgfalt in Ordnung brachten, und daß andere Genossen, die nicht über Waffen verfügten, ihre Freunde nach Suhl und anderen Orten schickten, um Waffen zu besorgen. Die Erwartung, von der Führung aufgerufen zu werden, wurde noch dadurch gestärkt, daß hohe Gewerkschaftsstellen zum Schutze der Häuser ebenfalls Waffen besorgten. Am 31. Januar 1933 soll der Vorsitzende des ADGB Delegationen, die aus verschiedenen Großbetrieben des Reiches in Berlin vorsprachen, um anzufragen, ob jetzt die Anweisungen für den Generalstreik in Kraft treten sollten, geantwortet haben: Noch nicht; aber bereitet alles bestens vor, wir werden euch rufen⁴. – Diese Darstellung wurde von führenden Gewerkschaftlern als verbürgt verbreitet. Es ist hier belanglos, ob der Generalstreik damals angewandt werden konnte, es ist auch belanglos, ob

³ Tag der Reichstagswahlen, die das plötzliche Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen brachten.

⁴ Für die Bundesausschußsitzung des ADGB am 31. 1. 35 vgl. Textteil, I u. III. In der Sitzung von Parteiausschuß, Parteivorstand und Reichstagsfraktion am gleichen Tag, an der auch Vertreter der Eisernen Front teilnahmen, soll, nach Buchwitz, a. a. O., S. 136 f., der zweite ADGB-Vorsitzende Graßmann in der Diskussion erklärt haben: „Wir haben alles vorbereitet und sind nicht gewillt, die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts preiszugeben.“ Auch Otto Wels habe geäußert: „Wir haben die ganze Nacht getagt mit den Genossen vom Reichsbanner und der Eisernen Front, es ist alles vorbereitet zum Handeln.“ Buchwitz, dessen Zeugnis man hier trotz seiner notorischen Unzuverlässigkeit als Bestätigung der allgemeinen Tendenz anführen kann, kommentiert: „Mit dieser Zusicherung fuhren damals viele von uns heim und organisierten den zu erwartenden Widerstand. Nichts erfolgte. Aber dann holte die braune Mordbande unsere Funktionäre einzeln in die braunen Häuser und in die KZ und schlug sie erbarmungslos nieder. Eine Welt brach in ihnen zusammen.“ Daß in dieser Sitzung die Generalstreikhoffnungen eindrucksvoll Ausdruck fanden, wird ferner von Josef Felder (mündliche Auskunft) bestätigt. Hans Vogel habe geäußert: „Es wird ein Signal gegeben werden.“ Besonders deutlich entsinne er, Felder, sich der Stellungnahme eines führenden Eisenbahngewerkschaftlers (vermutlich der Abg. Hans Scheffel, seit 1918 Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner), daß bei Ausrufung des Generalstreiks keine Lokomotive ausfahren werde. Vgl. auch Textteil I u. III.

jene Darstellung richtig ist; man muß sich vor Augen halten, daß die Genossen diese Darstellung hörten, daß sie sich sehr schnell verbreitete und daß später die Genossen sagten: Wir haben gewartet, aber man hat uns nicht gerufen. Um zu verstehen, mit welcher Wucht der Zusammenbruch auf die Genossen wirkte, darf man nicht sagen: „In Wirklichkeit waren die Dinge ja aber ganz anders“, sondern man muß sich in die Lage der Genossen versetzen und sehen, wie sie auf Grund der Information, die sie von ihren Funktionären erhielten – im Betriebe von den Betriebsräten und in der Partei von den Bezirksführern –, den Verlauf der Dinge sehen mußten. Genau so verhält es sich mit folgender Darstellung, die von Mitgliedern des Bundesausschusses des ADGB, nämlich einem Bezirkssekretär des ADGB und zwei Hauptvorstandsmitgliedern eines großen Verbandes verbreitet wurde: In der ersten Bundesausschußsitzung des ADGB im Februar (am 12.?)⁵ wurde von einem Bundesvorstandsmitglied auf die Anfrage eines Verbandsvorsitzenden geantwortet, daß die Anweisungen für den Generalstreik weiter Geltung hätten und daß für besondere Industrien, vor allem die chemische, noch besondere Anweisungen für Sabotageakte ergehen würden. In einer zweiten Bundesausschußsitzung Ende Februar⁶ sei dann erklärt worden, die Entwicklung werde sich in Ruhe vollziehen und an den Generalstreik werde nicht mehr gedacht. Immer blieb noch die Hoffnung auf die politischen Organisationen der Eisernen Front, die Partei und das Reichsbanner, von deren Waffenbesorgungen ebenfalls bestimmte Zahlen angegeben wurden.

Aber es regte sich kein Widerstand. Die Zeitungen wurden „bis auf weiteres“ verboten, die Gewerkschafts- und Volkshäuser wurden besetzt, und als am 2. Mai die Gewerkschaften von der NSBO „übernommen“ wurden, begruben die Arbeiter den letzten Rest Hoffnung auf eine Abwehr des Faschismus. Selbst in nationalsozialistischen Darstellungen dieser Aktion gegen die Gewerkschaften wird hervorgehoben, daß immer noch die Furcht vor einer Erhebung der Massen bestand, solange die Arbeiter in den Millionenorganisationen der Gewerkschaften vereinigt waren. Und auch jeder organisierte Arbeiter wußte, daß die Organisation die Voraussetzung für jede Aktion ist. Mit der „Übernahme“ der Gewerkschaften schwand auch die letzte Hoffnung.

Was nach dieser Zeit noch öffentlich getan wurde, erschien dem weitaus größten Teil der Genossen als sinnlos. Ein großer Teil der unteren Funktionäre verlangte damals von der Partei, daß sie nicht auf ihr Verbot warte, sondern freiwillig in die Illegalität gehe, wodurch sie das Vermögen der Parteigeschäfte retten und die illegale Arbeit in Deutschland noch wirkungsvoll selbst vorbereiten könne. Man sollte nicht das Verbot, das ruhmlose Ende abwarten; denn politisch sei die Partei bereits tot, weil es für eine sozialdemokratische Partei im nationalsozialistischen Staat ja keine Möglichkeit freier Betätigung mehr gebe. Wenn man auch den persönlichen Mut einiger Genossen im Reichstag und Landtag bewunderte, so hatte man doch kein Verständnis mehr dafür, daß die Partei sich noch in den Parlamenten betätigte. Selbst von Reichstagsabgeordneten wurde auf Grund von gegen Abgeordnete ausgestoßenen Drohungen der Reichstag als Räuberhöhle bezeichnet; die Genossen mußten sich also sagen: Unser demokratischer Stolz und unsere politische Ehre sollten es uns verbieten, in eine Räuberhöhle hineinzugehen. Also es bestand in weite-

⁵ In der „Gewerkschaftszeitung“, die sonst regelmäßig die Bundesausschußsitzungen registriert, wird über eine Sitzung in diesen Tagen nichts berichtet, was jedoch gerade in dieser Situation nicht ausschließt, daß trotzdem eine stattgefunden haben könnte.

⁶ Am 28. 2., dem Tag nach dem Reichstagsbrand, fand – laut „Gewerkschaftszeitung“, 4. 3. 1933 – eine Sitzung statt. Ob der Bundesausschuß auch in den Tagen vor dem Brand, der eine neue Situation schuf, getagt hatte, war nicht festzustellen.

sten Kreisen die Ansicht, daß die Partei selbst, da sie legal nicht mehr arbeiten könne, die illegale Arbeit vorbereiten solle. Besonders war die Ansicht in den wenigen Großstädten weit verbreitet, in denen schon im Sommer 1932 die Anregung des Parteivorstandes befolgt war, illegale Gruppen aus den zuverlässigsten und aktivsten Funktionären zu bilden, welche die Parteiarbeit leisten sollten, wenn der legale Parteiapparat nicht mehr werde arbeiten können; die Bildung dieser illegalen Gruppen, welche die parteitreuesten Genossen umfassen mußten, wurde damit begründet, daß die Regierung Papen nach den Ereignissen in Preußen vielleicht auch einmal die Partei verbieten könne. Jetzt war das Ende wirklich da, und man sah es nicht, obwohl wir über die italienische Entwicklung sehr genau unterrichtet waren und den Arbeitern stets gesagt hatten, daß die italienischen Zustände auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse sein würden, wenn Hitler an die Regierung komme. Wir waren uns früher auch immer über den Ernst dieser Gefahr klar gewesen; denn die kommunistische Ansicht, man solle Hitler, damit er sich schnell abwirtschaftete, nur an die Regierung lassen, bekämpften wir mit dem richtigen Argument, daß Hitler wohl auf demokratischem Wege an die Regierung kommen könne, daß man ihn aber bestimmt nicht auf dem demokratischen Wege aus der Regierung wieder entfernen könne. Es war, als seien diese oft geäußerten klaren und richtigen Einsichten vergessen und als beherrsche eine furchtbare Ratlosigkeit die verantwortlichen Genossen. Man hatte illegale Gruppen aufgestellt und ihnen den Ernst ihrer Verantwortung eingepreßt, aber jetzt, wo es Zeit zur Arbeit war, weil die Genossen irgend etwas von der Partei hören mußten, hatte die Führung der Partei Angst davor, daß etwas getan werden könne, ja man drohte den illegalen Genossen damit, daß sie der Polizei denunziert werden würden, wenn sie etwas tun würden.

Diese Genossen haben in jenen Monaten Tag für Tag die Genossen aufgesucht und mit ihnen gesprochen; sie wollten die Verbindung niemals abreißen lassen. Jetzt, schon vor dem Verbot der Partei, hatten diese Genossen die Verbindung herzustellen; denn, was niemals jemand für möglich gehalten hatte: die bewundernswürdigen Organisationen waren atomisiert; selbst in den unteren Gliederungen der Partei bestand keine Fühlung mehr. Der Zusammenhalt war dahin. Wie wahr war doch das Wort gewesen, daß der einzelne Arbeiter schwach und ohnmächtig ist und daß er nur durch die Organisation Stärke und Selbstbewußtsein bekommt! Die Menschen blieben, aber Hoffnungslosigkeit, tiefe Enttäuschung war das Gefühl, das die Massen beherrschte. Wie nachdrücklich wurde ihnen diese Hoffnungslosigkeit eingebläut durch das viehische Wüten der faschistischen Horden und der Gestapo, das die Auflösung der Arbeiterorganisationen begleitete! Kaum eine Funktionärfamilie, in der sich nicht Verhaftungen und Mißhandlungen ereigneten. In jeder Großstadt Morde an Arbeitern, Schändungen des Menschen. Wer sein ganzes Leben für die Arbeiterbewegung gekämpft hat und dann von entmenschten Banden, die nichts wissen von den Idealen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, mißhandelt wird, der hatte ein Erlebnis, das ihn sein ganzes weiteres Leben niemals verlassen wird. Wie oft haben wir von jungen Genossen gehört: „Und wenn ich ein Greis werde, das vergesse ich nicht!“

Alle politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Organisationen waren vernichtet; große Werte, die von den Arbeitern unter Entbehrung an Geld und Freizeit geschaffen waren, zerstört oder enteignet. Damit war die Hoffnung auf eine sinnvolle Gestaltung des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens vernichtet. Wir haben in jenen Monaten alte Genossen Tränen vergießen sehen und junge Funktionäre zornig und grimmig über das Versagen der Arbeiterorganisationen sprechen hören, über „geistige Waffen“ und „Ruhe und Besonnenheit“ usw. Das war keine Freude. Es zeigte sich, daß die bewunderungswürdige Disziplin und das blinde Vertrauen der

Genossen eine sehr, sehr weit verbreitete Schwäche verdeckte: Die Massen unserer Genossen waren nicht an eigenes Denken gewöhnt worden; aus Disziplin waren sie zu eigenem Denken und selbständigem Handeln unfähig. Es ist kein Wunder, daß das Vertrauen zu den Organisationen dahin war. Aber es wurde in der Folge festgestellt, daß alte und junge Genossen, die diese Erschütterung erlebt hatten und nach einer sehr kritischen Prüfung sich wieder zur Mitarbeit einfanden, die eifrigsten und zähesten wurden.

Es muß besonders unterstrichen werden, daß in allen Richtungen die Enttäuschung allgemein war. Es war kein Verständnis da für die Feststellung, daß die Arbeiterklasse „den ungeheuren Aufgaben der Zeit noch nicht gewachsen“ gewesen sei⁷, nachdem doch auf früheren Parteitag das Selbstbewußtsein der Partei so starken Widerhall gefunden hatte. Denkende Kommunisten höhnten über die Feststellung des Exekutivkomitees der Komintern, daß die Politik der KPD bis zum Ende „richtig“ gewesen sei⁸. Mancher von ihnen gab sogar zu, daß die Enttäuschung der besten Kommunisten über das Versagen ihrer Partei schlimmer sei als die Enttäuschung der Sozialdemokraten über das Versagen der SPD; denn die KP habe ja immer den bewaffneten Aufstand verherrlicht, als ultimo ratio, ja sogar als Notwendigkeit gepredigt. Daß in den Splitterrichtungen der Arbeiterbewegung die Enttäuschung ebenfalls allgemein war, versteht sich, und mancher junge Dogmatiker erntete mit seiner Feststellung, daß er recht behalten habe, den lebhaften Unwillen seiner Genossen, die der Ansicht sind, daß niemand von uns recht behalten habe, wenn die Arbeiterbewegung vernichtet wurde, sondern daß alle dann in gleicher Verdammnis seien. Jede der Richtungen bezeichnete sich als die berufene, richtige Führerin der Arbeiterklasse und neigte nur zu leicht dazu, alle anderen als „Verbrecher an der Arbeiterklasse“ zu bezeichnen, ohne die tieferen Ursachen der Zerklüftung der Arbeiterbewegung zu betrachten. Jetzt hatten in den Augen der Arbeiter alle Richtungen sich gleichermaßen als unfähige Führung erwiesen, und man kann es nicht verstehen, daß heute noch die eine Richtung der anderen Vorwürfe machen und sie kritisieren kann, ohne auch die nötige Selbstkritik zu üben. Man sagt sich: nur der hat das Recht, andere zu kritisieren, wer selbst aufrichtigen Willens etwas hinzugelernt hat; denn das blinde Vertrauen der Arbeiterschaft ist fort, und man wird in Zukunft nichts unbesehen hinnehmen, was gesagt und getan wird.

Verlassen von der Führung, waren die Arbeiter auf sich selbst gestellt. Die kommunistischen Massen schwenkten leichter in die neuen faschistischen Organisationen ein, selbst zur Überraschung der Funktionäre. Schon im Herbst 1933 klagte die Bezirksleitung Niedersachsen darüber: Es sei entsetzlich, zu Tausenden wechselten die Kommunisten zu den Nationalsozialisten hinüber. Man darf auch diese Erscheinung nicht verallgemeinern; wir haben von kommunistischen Parteigängern leuchtende Beispiele der Aufopferung, der Aktivität und des echten Fanatismus gesehen. Viele Kommunisten schalteten sich selbst gleich, weil sie hofften, von Anfang an in den nationalsozialistischen Organisationen illegal arbeiten zu können. Das war zu jener Zeit wegen der Atmosphäre des Mißtrauens und der Wachsamkeit nicht möglich; andererseits kosteten diese Versuche infolge der untauglichen illegalen Arbeits-

⁷ Otto Wels auf der Reichskonferenz Ende April (vgl. Textteil, III); die „Internationale Information“, 6. 5. 33, S. 1997, gibt die Äußerung von Wels folgendermaßen wieder: „Es war die Arbeiterklasse selbst, die den ungeheuren Problemen der Zeit noch nicht gewachsen war und die sich spaltete, als Einheit mehr geboten war denn je.“

⁸ Resolution vom 1. 4. 1933, die gefaßt wurde, nachdem ein Bericht des KPD-Delegierten Heckert vorausgegangen war. Vgl. „Le Correspondance Internationale“, 15. Jg., Nr. 29/30, 15. 4. 1933, S. 402 (französischer Text der Resolution), und Fritz Heckert, „Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?“, Basel 1933.

methoden, die man anwandte, der KPD eine ungeheure Menge Opfer. Man nahm sich damit selber die Möglichkeit, in späterer Zeit die arbeitswilligen Kräfte einzusetzen, und Schuld an dieser falschen Beurteilung der Arbeitsmöglichkeit war zweifellos die Unterschätzung der Ereignisse des Jahres 1933 und ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterklasse; wäre die Komintern nicht selbst auch dieser Täuschung erlegen, dann hätte sie unmöglich der KP Absolution für ihr Versagen erteilen können. Im Gegensatz zu dem leichten Abschwenken weiter kommunistischer Kreise ließen sich die sozialdemokratischen Massen nur widerwillig gleichschalten. Auch das darf natürlich nicht verallgemeinert werden, aber es zeigte sich doch, daß die politische Solidarität und die gesinnungsmäßige Widerstandskraft und Zuverlässigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter unvergleichlich größer war. Allerdings äußerte sich diese Widerstandskraft vorerst nur negativ in der Abneigung gegen das faschistische Regime, aber bald ergriffen die Genossen dankbar jeden Halt, der ihrer sozialistischen Gesinnung geboten wurde.

Was sollte man den Genossen sagen, um ihre Widerstandskraft gegen die raffinierten Propagandamethoden zu erhalten und zu stärken? Man mußte daran denken, daß das Regime nach dem Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen ungeheure Möglichkeiten der Kritik an der Arbeiterbewegung hatte und daß es den Arbeitern die Aussichtslosigkeit, auf eine neue deutsche Arbeiterbewegung zu hoffen, täglich mit einfachen und brutalen Mitteln demonstrieren konnte. Sollte man den Genossen sagen, daß die Grundgedanken des Marxismus doch richtig seien und durch die faschistische Diktatur wiederum eine Bestätigung ihrer Richtigkeit erfahren hätten? Sollte man sagen, daß unsere Analysen der faschistischen Bewegung richtig gewesen seien? Solche Fragen stellen, heißt sie verneinen. Wenn die Arbeiterbewegung zusammenbricht und mit ihr die Hoffnung auf einen sozialistischen Sieg, die sich seit über zwei Generationen an diese Organisationen knüpfte, dann müssen sowohl diese Organisationen als auch die von ihnen verfolgte Politik an Grundfehlern gelitten haben.

Der Widerstand mußte seine Kraft aus tieferen Quellen ziehen. Man dachte viel eher daran, daß zu allen Zeiten die Unterdrückten sich gegen ihre Unterdrücker erhoben; daß die Hoffnung auf den Sozialismus sich auf elementarere Tatsachen als auf Organisationen gründen müsse; daß diese Hoffnung lebe, solange sie in den besten Arbeitern einen unbeugsamen politischen Willen und Fanatismus wecken könne. Nicht alle konnten in ihrer Hoffnungslosigkeit durch den Glauben ihrer Genossen aufgerichtet werden; aber bei sehr vielen sah man ein Leuchten in den Augen und bekam man einen festen Händedruck. Und mit der Zeit waren es wirklich Ausnahmen, daß ältere Genossen sich nicht darüber freuten, daß jüngere da waren, die etwas taten; denn die Ansicht ist allgemein, daß von selbst nichts kommt, sondern daß man den Sieg des Sozialismus wollen und erkämpfen muß.

Die wichtigsten Lehren des Zusammenbruchs

Man wird niemals die Grundlagen der politischen Willensbildung in der heutigen Illegalität verstehen können, wenn man sich nicht der Wucht bewußt ist, mit welcher das Erlebnis des Zusammenbruchs der deutschen Arbeiterbewegung auf den denkenden Arbeiter wirkte. Es ist natürlich, daß sich jeder seine Gedanken machte über die Ursachen des Zusammenbruchs und daß er für sich die Lehren daraus zog. Bei einem Teil der Genossen erschöpfte sich das Nachdenken in einer Kritik der Politik der Arbeiterparteien, die zu dem Ergebnis führte: „So darf es nicht wieder werden!“ Das war wohl der größte Teil der nachdenklichen Genossen. Andere, und das waren diejenigen, die sich bemühten, über die Kritik hinauszukommen und sich Gedanken über die Zukunft zu machen, gewannen nach und nach Wiederhall in den

Massen; denn gegenüber der täglichen Wucht des Regimes ist nicht lange mit der Negation – nicht einmal vor sich selbst – zu bestehen. In der ersten Zeit fanden die Parolen, welche die Arbeiterschaft auf baldige Kämpfe anderer Gruppen gegen den Faschismus vertrösteten, zweifellos Gehör. So wurde für den Oktober 1933 ein Stahlhelm-Putsch vorausgesagt, der Hitler stürzen und die politische Reaktion im Bunde mit der Reichswehr an die Macht bringen sollte. Später sollte der mißglückte Putsch Röhm's das Ende des Regimes bedeuten⁹, dann wurde die Hoffnung auf politische Aktionen kirchlicher Kreise gegründet. Solche Prognosen wurden von einem Teil der früheren Angestellten der Arbeiterbewegung mit Entschiedenheit vertreten; besonders Gewerkschaftsangestellte waren ihre Propagandisten. Aber schon im Sommer 1933 sagte der größte Teil der Arbeiter sich: „Ist es richtig, diesen Gruppen eine größere politische Aktivität zuzutrauen, als die gesamte organisierte Arbeiterschaft sie gehabt hat? Sind überhaupt alle diese Gruppen grundsätzlich antifaschistisch?“ Je öfter solche kurzfristigen Zusammenbruchsprophetieungen fehlgingen, desto mehr schwand das Vertrauen zu solchen Prognosen, und desto stärker wurde in immer weiteren Kreisen der Arbeiter das Vertrauen auf die eigene Kraft.

Welche Lehren zogen die Genossen aus den Ereignissen von 1933? Wie wirkte das Erlebnis des Zusammenbruchs auf die geistige Verfassung und das politische Denken der Arbeiter ein? Die Mentalität „des Arbeiters“ ist nicht eine Größe, aus welcher der Theoretiker durch Addition mit der „sozialen Lage“ oder durch eine andere logische Folgerung aus der „sozialen Lage“ die Gedanken, den Willen oder die politische Einstellung des Arbeiters als feste Größe errechnen könnte¹⁰. Die Reaktionsfähigkeit des Arbeiters ist nicht auf eine gültige Formel zu bringen, und man muß sich hüten, aus den und den Verhältnissen folgern zu wollen, daß also „der Arbeiter“ so oder so auf sie reagieren müsse. Man muß sich ebenso hüten, mit dem Begriff der „Klasse“ als mit einer mythischen Größe zu operieren. Gegen eine mit solchen Methoden arbeitende Strategie des Klassenkampfes richtet sich der lebhafteste Unwille der illegal arbeitenden Genossen. Waren gegen eine allzu schematische Typisierung der Menschen schon stets starke Bedenken zu äußern, so erscheint sie heute völlig absurd, wenn „der deutsche Arbeiter“ zu dem Objekt solcher Methoden gemacht wird. Jeder, der eine Zeitlang mit illegalen Genossen zusammengearbeitet hat, mußte empfinden, daß sich in den Arbeitern, die politisch denken, heute ein geistiger Umwandlungsprozeß vollzieht. Am stärksten fällt in die Augen, daß die heutige politische Tätigkeit die Genossen sämtlich zu einer starken Subjektivität führt und daß im politischen Denken alle subjektiven Momente viel stärker zum Ausdruck kommen als früher. Man mag das für gefährlich halten. Die Genossen halten es für berechtigt; denn schließlich, so sagt man, sind es die Menschen, die denken und handeln, und nicht Denkmachines oder empfindungslose Apparate. Wenn man will, kann man in der starken Betonung des Subjektiven einen typisch deutschen Zug sehen.

Nicht systematisch, sondern an einigen charakteristischen Punkten soll diese geistige Wandlung der politischen Arbeiter gezeigt werden, und zwar in derselben Weise, wie das Erlebnis des Zusammenbruchs geschildert wurde: nach der Beobachtung und vom Standpunkt der illegalen Genossen. Dabei wird die stärkere Betonung gewisser Grundfragen lediglich als eine Tatsache konstatiert, ohne deren Kenntnis ein Verständnis der in mancherlei Gruppen vorhandenen Strömungen, die

⁹ Evelyn Anderson, „Hammer oder Amboß“, Nürnberg 1948, S. 241, zitiert einen Artikel der in Deutschland illegal verbreiteten „Sozialistischen Aktion“ vom 12. Juli 1934, der die Überschrift getragen habe: „Selbstmord der Diktatur“. In der nächsten Nummer habe es geheißen, der 30. Juni sei der Beginn vom Ende des Nationalsozialismus.

¹⁰ Zur Kritik am überkommenen aufklärerischen Menschenbild der Sozialdemokratie in der Emigration vgl. Matthias, a. a. O., S. 62 f. und S. 252 ff.

unseres Erachtens jedoch weitgehend einförmig sind, nicht zu erlangen ist. Über die Berechtigung dieser Anschauungen wird wiederum nicht debattiert, da es darauf ankommt, Tatsachen und wirkliche Erfahrungen mitzuteilen.

Die Erfahrungen haben die Genossen sowohl in politischer als auch in persönlicher Hinsicht kritisch gemacht. Man sagt sich, daß in Zukunft keine blinde Disziplin geübt werden darf, sondern daß die Arbeiter sich letzten Endes selbst dafür verantwortlich fühlen müssen, daß eine sozialistische Politik mit Energie getrieben wird. Oft konnte man hören: hätten wir gewußt, daß es so kam, dann hätten wir unser Vertrauen nicht so rückhaltlos gegeben, sondern dann hätten wir früher aufgemuckt; aber wir haben vieles übersehen, weil wir uns sagten, daß die Bewegung im richtigen Augenblick doch ihre ganze Kraft einsetzen würde. Unangenehme persönliche Dinge, die führende Genossen sich bei dem Verbot der Partei zuschulden kommen ließen, haben nicht nur Empörung darüber geweckt, daß Genossen, denen man viel Vertrauen schenkte, solchen Schmutz zeigten, sondern auch den Willen, in Zukunft auch die Menschen, denen man Vertrauen schenkt, sich genau anzusehen. Weil man natürlich nicht vergessen hat, daß man selbst einst die fraglichen Genossen mit viel Vertrauen ausgestattet hat, gibt man zu, daß man sich selbst in ihnen geirrt hat, daß man zu leichtgläubig war. Aber man schließt auch daraus, daß die Methoden der Funktionäuslese falsch gewesen sind.

Alle solche Enttäuschungen haben die Genossen jedoch nicht in dem Glauben wankend gemacht, daß solche Vorkommnisse nicht notwendig mit jeder Organisation verbunden sein müssen. Man will zu Funktionären Menschen haben, die mit dem Herzen an der Sache hängen, die in der sozialistischen Betätigung einer inneren Notwendigkeit folgen, und nicht Genossen, die, wie man wohl hört, ihre achtstündige Bürozeit ableisten und dann die Arbeiterbewegung in der Schreibtischschublade einschließen. Kein Zweifel, daß man in jedem Ort einen Vertreter dieses Typs hatte. Die Genossen glauben, daß nur der als Funktionär seine Aufgabe erfüllen kann, der aus sozialistischem Willen arbeitet. Daß das möglich ist, sieht heute jeder Genosse in der Illegalität an seiner Umgebung. Man glaubt auch, daß die Illegalität eine der Bewährungen für die Funktionäre sein muß; denn man glaubt, daß die Auswahl der Funktionäre einmal nicht nach der Ansicht vorgenommen wird, die der oder jener von dem Verlauf der Dinge gehabt hat, sondern danach, was einer getan hat, um in diesen Jahren zum Siege des Sozialismus beizutragen.

Als allgemein muß heute¹¹ die Ansicht bezeichnet werden, daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden hat. Es wird unseres Erachtens auch nicht viele Genossen geben, die in einer Einstellung, die treffend als „passive Treue“ bezeichnet wird, glauben, daß die SPD oder eine andere der Arbeiterparteien so wiederkommen wird, wie sie gewesen ist. Selbst bei diesen Genossen besteht also die Gewißheit, daß die SPD, wenn sie nach dem Hitlerregime wieder eine politische Rolle spielen sollte, doch in einer Wandlung sich befinden müßte. Eigene politische Aktivität kann dieser Gedanke in der genannten Gruppe von Genossen nicht entwickeln; die Erfahrung bestätigt immer, daß dieser Gedanke in kleinen Kreisen dort gehegt wird, wo nichts getan wird. Die Voraussetzung für illegale Arbeit ist das Vertrauen auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse: man erwartet eine Änderung nur durch den Kampf der deutschen Arbeiter und wartet nicht auf eine Rettung von draußen, weder durch eine andere Macht noch durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Man hat solche trügerischen Erwartungen aufgegeben; die vierzehnjährige Herrschaft Mussolinis hat solche Illusionen zerstören helfen. Wo aber ein Vertrauen auf die Kraft der Arbeiter geweckt ist, da glaubt man, daß weder die SPD noch die KPD

¹¹ Handschriftlich, wahrscheinlich durch einen Leser, im Manuskript eingefügt: 1936.

noch eine der anderen früheren Organisationen der Arbeiterbewegung die Führung im Kampfe um die Staatsmacht und den sozialistischen Aufbau übernehmen kann, sondern daß die neue Bewegung, welche die Führung der Arbeiterklasse übernehmen wird, aus dem klaren Willen zum Sozialismus neu geschaffen und von sozialistischem Kampfgeist getragen sein muß. Nur eine solche Bewegung kann das Vertrauen der Massen gewinnen; in dieser Hinsicht ist es charakteristisch, daß sowohl die Gestapo und die NSDAP als auch die Gerichte die Tätigkeit der Gruppen, die sich als Vorläufer dieser neuen Bewegung betrachten, für besonders gefährlich halten. Man sagt sich, daß die Arbeit solcher Gruppen, mag man sie als „illegale SPD“ oder summarisch vor der Öffentlichkeit als „kommunistisch“ bezeichnen, darum besonders gefährlich ist, weil diese Gruppen, die als solche nicht mit den Enttäuschungen der Vergangenheit belastet sind, sondern bewußt aus ihnen Lehren gezogen haben, eher das Vertrauen der Arbeiter wiedergewinnen können als eine der früheren Parteien. Das haben die Genossen bei polizeilichen Verhören und in Gerichtsverhandlungen stets zu hören bekommen, und wir wissen es aus politischen Unterhaltungen mit vielen Amtswaltern der NSDAP.

Es besteht die Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Kräfte nicht wieder in der Opposition wird entfalten können, daß also nicht eine parlamentarische Epoche auf die faschistische Diktatur folgen wird, sondern daß die Kämpfe um die Staatsmacht mit dem Siege der sozialistischen Bewegung enden werden und daß die sozialistische Arbeiterbewegung, abermals im Besitze der Macht, vor die positive Aufgabe des sozialistischen Aufbaues gestellt sein wird. Die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung wird nach dem Sturz Hitlers nicht eine neue Entfaltung der Agitation für den Sozialismus sein, sondern die Aufgabe einer neuen deutschen Arbeiterbewegung wird die Verwirklichung des Sozialismus sein.

Aus der Geschichte der Nachkriegszeit, besonders aus den sich überstürzenden Ereignissen der letzten Jahre vor dem Zusammenbruch hat wohl jeder Genosse die Lehre gezogen, daß nichts „von selbst“ kommt, sondern daß der politische Wille, der Wille zur Macht eine viel größere Rolle im politischen Geschehen spielt, als wir meinten. Die Jahre der faschistischen Diktatur haben gezeigt, daß der unbeugsame Wille sogar imstande ist, die Verhältnisse für eine Zeit zu vergewaltigen. Was müßte der sozialistische Wille vollbringen können, der nicht die Verhältnisse vergewaltigen will, sondern der, wie wir sagten, „im Bunde mit der Entwicklung“ ist! Jeder Automatismus in der Betrachtung des Geschehenen wird mit allem Nachdruck abgelehnt. Man wehrt sich mit Entschiedenheit gegen eine Entstellung der materialistischen Geschichtsauffassung, die zum Fatalismus erzieht und die Rolle des Machtwillens in der Entwicklung nicht anerkennt; und man hat kein Verständnis dafür, daß solche Anschauungen heute noch, nach dem die Fundamente unserer bisherigen politischen Welt niederreißen Erlebnis von 1933, geäußert werden können.

Weil man davon überzeugt ist, daß die von echtem Machtwillen erfüllte Bewegung viel vermag, hat man kein Verständnis dafür, daß man klaren politischen Stellungnahmen ausweicht mit Begründungen wie etwa der, daß man ja nicht wissen könne, in welcher Situation die Arbeiterklasse zur Macht komme, oder daß man Stellungnahmen zu den Aufgaben der Arbeiter im Kriege damit ausweicht, daß man sagt, die Aufgaben richteten sich nach den dann bestehenden Verhältnissen usw. Man will eine klare Stellungnahme hören, und man sagt sich mit Recht, daß einer, der den Willen zur Macht hat, eine klare Grundeinstellung haben muß. Diese Einstellung richtet sich aber nicht nach der Situation, sondern man sagt wiederum mit Recht, daß eine Bewegung mit klarer Grundeinstellung und mit politischem Machtwillen Situationen mitgestalten kann. Man tadelt besonders an unserer Politik der Nachkriegszeit, daß wir zu wenig die Kräfte der Arbeiterklasse in die Waagschale der Entscheidungen

geworfen haben und daß wir zu sehr auf fertige Situationen warteten, nach denen wir dann unsere Einstellung wählten. Nicht sich mit fertigen Tatsachen abfinden, sondern die Kräfte der Arbeiterklasse einsetzen, um die Dinge zu beeinflussen, – das betrachtet man als die Aufgabe der neuen Arbeiterbewegung.

Man hört oft das Schlagwort, unser Sozialismus sei „zu wissenschaftlich gewesen“; damit meint man, daß die Fragen des Sozialismus in das Reich der Theorie verwiesen worden seien und damit die Politik die Verbindung mit der Theorie, die bewußte Verbindung mit den sozialistischen Zielen verloren hatte. Der Sozialismus soll eine Sache der Wissenschaft geworden sein, und es soll der Glaube an den Sozialismus, an die sozialistische Gesellschaft gefehlt haben, der vor dem Kriege die ganze Partei trotz der Anschauung von der Notwendigkeit der Reformarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft noch beherrscht habe. Man sagt, daß nur der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, die feste Überzeugung von der Überlegenheit und dem höheren Wert der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft heute die Arbeiter zum Kampf um den Sozialismus und zu Opfern in diesem Kampf treiben kann. Nicht die wissenschaftliche Überzeugung, sondern der fanatische Glaube an den Sozialismus könne allein die Quelle des sozialistischen Willens sein. Obwohl wir die klügsten Theoretiker hatten, haben wir versagt. Mögen alle Analysen und Perspektiven richtig gewesen sein, – die Arbeiterbewegung gelangte schließlich auf einen unheilvollen politischen Weg, weil ihr insgesamt die sozialistische Orientierung, die revolutionäre Gesinnung und die kämpferische Leidenschaft fehlte. Nicht wissenschaftlich „richtige“, sondern aktive sozialistische Politik muß eine kommende Arbeiterbewegung treiben.

Dieser Grundeinstellung entspricht es, daß nicht etwa die marxistische Einsicht, daß der Faschismus die politische Zuflucht der Bourgeoisie ist, die Triebkraft im Kampfe gegen den Faschismus ist, sondern daß dieser Kampf von den ungebrochenen elementaren menschlichen Kräften gespeist wird: Freiheitsdrang, Scham über die Schande der ständigen Entwürdigung des Menschen, Auflehnung gegen den Gesinnungsdruck und den Weltanschauungsterror, Zähneknirschen, Haß, Zorn, täglich neu genährt durch Mißhandlungen und himmelschreiende Ungerechtigkeit. Diese Kräfte sind stärker als wissenschaftliche Einsichten. Man schätzt den Wert der Theorie danach ein, ob sie den politischen Willen stärkt oder schwächt. Man hat das starke Bedürfnis, über die sozialistische Gestaltung des Staates, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens zu möglichst konkreten Vorstellungen zu kommen, und man sagt, daß illegale Arbeit nur dann einen Sinn hat, wenn man sich wirklich um diese konkreten Auffassungen bemüht, weil ja die Parole „Verwirklichung des Sozialismus“ heute allein die Arbeiter begeistern kann. Man fragt, wofür man denn überhaupt in Zukunft noch politisch tätig sein kann, wenn nicht für die Verwirklichung des Sozialismus! Das Nachdenken über die Möglichkeiten der Verwirklichung bleibt keine theoretische Diskussion, sondern es setzt die Ergebnisse des Nachdenkens sogleich um in politische Kampfziele. Das Denken wächst nicht aus Büchern heraus und bewegt sich nicht im Kreise der Literatur, sondern das Nachdenken hat als Ursache das unmittelbare politische Bedürfnis. Es mischen sich in diesem Nachdenken Erinnerung, Tradition, Beobachtung, und es ist immer getragen von dem Bestreben, die Dinge zu vereinfachen, nachdem, wie man von jüngeren Genossen immer wieder hören kann, die sozialistischen Ziele durch eine Überhäufung mit theoretischer Problematik selbst problematisch geworden seien. Hiermit ist eine wichtige Frage berührt, die besonders die geschulten Genossen seinerzeit viel beschäftigte und die für viele wohl erst der Anstoß dafür geworden ist, daß sie sich wieder mit politischen Dingen beschäftigten. Es handelt sich um einen Überdruß hinsichtlich der theoretischen Beschäftigung, der durch das Erlebnis des Zusammenbruches der deutschen Arbeiter-

bewegung hervorgerufen wurde. Verursacht wurde dieser Überdruß wohl mit durch die Schulungsarbeit in Tinz¹², Frankfurt¹³ usw., die den jungen Genossen an Probleme heranführte und ihn dann in dieser Problematik entließ, ohne ihn darüber hinauszuführen. Während früher die Folge dieser Schulungsarbeit eine Überschätzung der Theorie war, in deren komplizierte Fragen der Genosse eben eingeführt worden war, und während Hand in Hand mit dieser Überschätzung meist eine Unterschätzung der praktischen Arbeit in der Bewegung, ja eine Unterschätzung der nüchternen, realistischen Politik ging, sehen wir heute gerade bei diesen Genossen eine unvergleichlich höhere Bewertung der politischen Arbeit und eine starke Betonung des politischen Willens. Man sieht in diesen Kreisen klar, daß es die Aufgabe des politischen Willens ist, Probleme praktisch zu lösen, während es der Ruhm unserer Theoretiker war (unter dem Einfluß des ganzen heutigen ungeheuer spezialisierten Wissenschaftsbetriebes), aus vorhandenen Problemen immer neue zu finden, abzuleiten und aufzuzeigen. Theoretische Arbeit, sagt man, hat nur Sinn, wenn sie die Ziele wirklich klärt; diese Arbeit um ihrer selbst willen erfreut sich keiner großen Wertschätzung. Nach der Neuinterpretation der Welt durch die sozialistischen Theoretiker nunmehr die Veränderung der Welt!

Man hat keine Achtung vor den weltfremden Theoretikern, die der Ansicht sind, daß in Lenins oder Marx' Schriften das A und O der Welt enthalten ist, die nach Pastorenart den soundsovielten Vers der Bibel buchstabengetreu als Stütze ihrer wirklichkeitsfremden Meinung zitieren. Man hat keine Achtung vor dieser Marx- und Lenin-Philologie, die mit lebendigem Marxismus nichts mehr gemein hat. Man meint, daß Marx uns die Dinge in scharfer Analyse sehen lehrte, aber daß er uns keine politischen Rezepte gab. Gegenüber dem Marx-Philologen, der mit warnend erhobenen Zeigefinger vor jedem politischen Entschluß die Genossen wollte einhalten lassen, um zu prüfen, ob die oder die Zeile von Marx nicht mit diesem Entschluß in Widerspruch stehen könnte, worauf er bejahendenfalls raten würde, vom Entschluß überhaupt Abstand zu nehmen, – gegenüber einem solchen Philologen würde man meinen: Wir wagen es!

Der Nur-Theoretiker wird eine solche Einstellung „doch sehr bedenklich“ finden. Aber man darf aus jener Einstellung nicht auf eine Geistfeindlichkeit schließen. Gewiß höhnt man über den Kampf ausschließlich mit geistigen Waffen und über die Meinung, daß die Idee oder das Gute schließlich doch siegt, gewiß meint man, daß die Idee und das Gute nur dann siegen, wenn die Kämpfer für das Gute mit größerer Leidenschaft und mit besseren Waffen kämpfen als die Gegner, – aber man weiß auch, daß die Gewalt nur dann positiv und produktiv sein kann, wenn sie für klare und gute Ziele eingesetzt wird. Mit anderen Worten: Der politische Wille ohne klare Einsicht in die Möglichkeiten und die Ziele des Kampfes ist blind und muß in ziellosen Aktionen verpuffen, während die klarste Einsicht, wenn sie nicht mit politischem Willen gepaart ist, überhaupt nicht praktisch wirksam wird. Der Hebel der politischen Entwicklung ist also der Wille. – Dieser Grundeinstellung entspricht es, daß die Massen auch heute keine theoretischen Abhandlungen oder Streitigkeiten zwischen Lehrmeinungen lesen wollen, sondern daß sie in ihrem Glauben an den Sozialismus bestärkt und in ihrem Willen zum Sozialismus gefestigt werden wollen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß andersartige Schriften nicht gern

¹² Sozialistische Heimvolkshochschule. Fritz Borinski („Der Weg zum Mitbürger“, Düsseldorf und Köln 1954, S. 88) stellt fest, daß sich auch in Tinz „die Entwicklung zu einem stärkeren politischen Realismus . . . auf Kosten der Marx-Orthodoxie und in Verbindung mit einer menschlichen Auflockerung, mit einer Verstärkung des humanen und emotional-gestaltenden Elements“ angebahnt hatte.

¹³ „Akademie der Arbeit“, getragen von den freien Gewerkschaften.

verteilt werden, während sich die Genossen freuen, eine Schrift weiterbringen zu können, welche die ganze Subjektivität widerspiegelt, aus der heute das politische Denken und die politische Arbeit entspringt: leidenschaftliche Anklagen gegen den Faschismus, Selbstbewußtsein der Sozialisten, unbeugsamen Willen zur Abrechnung und zur Verwirklichung sozialistischer Ziele. Man liest keine wissenschaftlich-„objektiven“ Darstellungen, sondern man will in Schriften, die illegal unter Gefahren verbreitet werden, Gesinnung und politische Leidenschaft spüren. Wer der Ansicht ist, daß eine kleine Gruppe ausgesuchter, vor allem theoretisch geschulter Köpfe einmal die weltgeschichtliche sozialistische Revolution in Deutschland durchführen werden, der mag diesen paar Leuten mit solcher Nahrung kommen. Wer aber der Ansicht ist, daß die Bereitschaft der Arbeiterklasse und die Führung der Klasse durch die großen Massen der bewußt sozialistischen Arbeiter zu diesem Kampf erforderlich ist, der muß auf die Massen wirken, und um das zu können, muß er in der Sprache zu ihnen reden, die heute in Deutschland von den Genossen verstanden wird.

Der Zusammenbruch der deutschen Arbeiterorganisationen und die Besinnung auf den Sozialismus hat jedem denkenden Arbeiter ein weites Bewußtsein von der sozialistischen Arbeiterbewegung und auch eine weniger engherzige Auffassung bezüglich der Organisationen gegeben. Nicht nur eine Richtung, nicht nur die Organisationen einer Richtung haben versagt, sondern die geschichtliche Schuld haben alle gleichmäßig zu tragen. Man empfindet es als absurd, über die Verteilung dieser Schuld zu streiten. Das ist „unzeitgemäß“ im schlechten Sinne des Wortes. Wer etwa als alter Sozialdemokrat, ohne seine innere Wandlung deutlich zu erkennen zu geben, frühere oder heutige Fehler der KPD anprangern wollte, der würde wenig Verständnis bei den Genossen finden; und genau so ist es tatsächlich bei denkenden früheren KP-Mitgliedern. Daß diese Empfindung in den Anhängern beider Richtungen nicht gleich stark ist, geht daraus hervor, daß unseres Erachtens die denkenden Arbeiter auch heute in den Resten der KP noch nicht die Oberhand haben. Es wäre nach Ansicht unserer Genossen durchaus falsch, daraus etwa den Schluß ziehen zu wollen, daß wir uns um so fester an die Reste unserer Organisation zu klammern haben. Die richtige Folgerung daraus ist, daß die denkenden sozialistischen Arbeiter die Katastrophe von 1933 eher überwunden und die Aufgaben, die ihnen heute gestellt sind, eher erkannt haben als jene parteitreuen Reste der KPD, die heute genau wie früher in sklavischer Abhängigkeit und in Angst vor der eigenen Selbständigkeit verharren. Diese Tatsache gibt unseren Genossen und auch denkenden Arbeitern anderer Richtungen den offen bekannten Stolz darauf, daß die alte deutsche Arbeiterbewegung in sich die Kräfte hatte, die nach dem Zusammenbruch nicht untätig verharren, sondern sich nach ernster Selbstbesinnung für die neuen Aufgaben rüsteten. Damit glauben unsere Genossen auch den geschichtlichen Ruf der deutschen Arbeiterbewegung besser zu wahren als dadurch, daß sie aus Tradition die früheren Organisationen weiterführen.

Das weite Bewußtsein von der sozialistischen Arbeiterbewegung prägt sich auch darin aus, daß mit großem Interesse die Geschichte der sozialen Bewegungen und Kämpfe studiert wird. Die Besinnung, daß der Kampf um den Sozialismus nicht mit der Gründung der Arbeiterorganisationen begann und nicht mit der Zerschlagung der Organisationen sein Ende findet, hat dieses Interesse verursacht. Aus der Geschichte der sozialen Kämpfe in alter und neuer Zeit schöpft man Zuversicht und die Gewißheit, daß, wenn die Arbeiterklasse es nur will, die Geschichte der Kämpfe um den Sozialismus in Deutschland nicht mit Hitler endet. Gleichzeitig hat man gesehen, daß der Kampf um den Sozialismus aus verschiedenen Motiven geführt worden ist, aus sozialetischen, aus naturrechtlichen usw. . . . Die neue Arbeiterbewegung muß allen diesen Motiven Raum geben, und es wäre nichts gefährlicher, als ein

marxistisches Lippenbekenntnis nach Art der Kirchen aller Religionen und Konfessionen zur Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung zu machen. Die Funktionäre, sagt man, müssen allerdings Marxisten sein, weil nur der Marxismus uns die Dinge klar erkennen lasse.

Aus diesen Andeutungen über die geistige Wandlung unserer Genossen mag hervorgehen, daß man sich weder einem nüchternen Rationalismus noch einer zwar gefühlvollen, doch dunklen Mystik ergeben hat, – jener würde zu einer abstrakten Revolutionsmathematik, diese zu einem traumhaften Utopismus führen, – sondern daß man die Notwendigkeit einer Regeneration der Arbeiterbewegung aus dem Geiste des Sozialismus, die Vereinigung der besten Traditionen der Arbeiterbewegung mit neuem Glauben und leidenschaftlichem Willen durchzuführen bestrebt ist. Man sagt, daß der Sozialismus nicht eine Sache nur des Verstandes ist, sondern daß alle menschlichen Kräfte für den Kampf um den Sozialismus eingesetzt werden müssen, wenn der Kampf zum Siege führen soll.

Sehr weit entfernt von dieser tiefgreifenden Wandlung liegen alle nahen Ziele. Haben früher die Gewerkschaften stets gegenüber ausgesprochen sozialistischen Tendenzen betont, daß man dem deutschen Arbeiter keine schweren Opfer oder gar Entbehrungen um der Verwirklichung sozialistischer Ziele willen zumuten dürfe, und mag man damit nicht ganz unrecht gehabt haben, heute ist dieses Argument für die „Gegenwartsarbeit“ nicht mehr richtig. Nicht für ein paar Pfennig Lohnerhöhung tragen die Zehntausende Freiheitsstrafen und die Angehörigen Not und Entbehrung, nicht kleine Verbesserungen treiben die Genossen in den Kampf gegen ein unmenschliches Regime, ebensowenig wie die Tradition früherer Organisationszugehörigkeit, sondern ganz allein der Glaube an die Zukunft des Sozialismus, der Wille zum Siege der Arbeiterklasse. Nur dieses Ziel gibt dem Kampf gegen den Faschismus einen Sinn; verneint man dieses Ziel, dann sind die Opfer sinnlos gebracht, dann stempelt man den Kampf unserer Genossen in diesem Stadium zu einem Abenteuer, dann beweist man damit seinen Mangel an Verständnis für die zukünftigen Aufgaben der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Jawohl, es werden Lohnforderungen im Betriebe gestellt, aber keiner unserer Genossen verzweifelt an dem Erfolg unseres Kampfes, wenn diese Forderungen abgelehnt werden. Im Gegenteil: solche Forderungen sind lediglich ein Mittel des Kampfes, sie sollen die Arbeitskollegen des Betriebes aufrütteln. Man ist in Wirklichkeit froh, daß alle Forderungen abgelehnt werden, weil man davon ein weiteres Erwachen der Arbeiter erwarten kann. Nicht einige Male, sondern regelmäßig hört man von denkenden Arbeitern: „Die Teuerung, die Senkung des Reallohnes schadet nichts; im Gegenteil: es muß alles noch schlimmer werden! Wir wollen das alles gern mitmachen; denn desto eher wachen die Arbeiter auf!“ Das ist die Einstellung der denkenden Arbeiter zu den Aufgaben des heutigen Kampfes in Deutschland, und nur diese Einstellung ist politisch. Wer heute sozialpolitische Gegenwartsarbeit in Deutschland leisten wollte, der würde von allen wirklich tätigen Genossen ausgelacht und abgeschüttelt werden.

Nicht höhere Löhne, nicht Pressefreiheit und Koalitionsrecht usw. sind die Ziele des heutigen sozialistischen Kampfes, sondern die Ziele sind: Eroberung der Staatsmacht, Beseitigung, Ausrottung des Faschismus, der konzentrierten politischen Kraft der Bourgeoisie, Verwirklichung des Sozialismus!

... Denkende kommunistische Arbeiter haben unseren Genossen gesagt, daß das die „richtige leninistische Linie“ sei. Man kennt nun unsere Genossen nicht wieder, wenn man annehmen wollte, daß sie es mit der Angst bekommen und etwa gemeint hätten: Um des Himmels willen, dann dürfen wir ja eine solche Linie nicht haben! – An ein solches Entsetzen ist nicht zu denken – offen gestanden: wir haben es nur

einmal erlebt -, sondern unsere Genossen antworten den kommunistischen Arbeitern: „Wir halten diese Linie für richtig, weil sie sich aus der heutigen Situation ergibt und weil wir uns eine andere Linie des sozialistischen Kampfes nicht denken können! Wenn ihr sie darum für richtig haltet, weil sie leninistisch ist, - uns soll es recht sein. Die Hauptsache ist, daß ihr sie für richtig haltet!“ Es will uns scheinen, daß sich in solcher Haltung mehr politischer Instinkt zeigt als in der Furcht, etwas tun und wollen zu können, was andere Richtungen auch wollen, und aus dieser Furcht heraus die Scheuklappen nicht abzulegen. . . . Nicht einmal gegenüber dem Faschismus kann die sozialistische Freiheitsbewegung von der Negation leben, längst nicht gegenüber anderen Richtungen. Das, was allein heute der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung Anziehungskraft und ihrem Kampfe Berechtigung vor dem Volke geben kann, ist nicht die Verneinung des Faschismus, sondern die Bejahung des Sozialismus.

II. Über Fragen der Organisation¹⁴

Die Kräfte der Arbeiterklasse können nur durch die Organisation wirksam werden. Diese Erkenntnis, die sich in der Einsicht von der Notwendigkeit der Verbindung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung äußerte, hat jeder Arbeiter heute durch das eigene Erlebnis gewonnen. Der Arbeiter bekommt Selbstbewußtsein und Kraft erst durch die Organisation; durch die Organisation wird die Arbeiterklasse aus einer gesellschaftlichen Tatsache zu einem politischen Faktor. Heute hat die Organisation neben dieser grundsätzlichen noch eine besondere Bedeutung, die sich aus den Bedingungen des illegalen politischen Kampfes ergibt. Ist die Organisation schon die Voraussetzung für jede planmäßige, zielbewußte politische Arbeit, so ist es daneben notwendig, die vorhandenen Kräfte straff organisiert einzusetzen, um die Opfer zu verringern und durch genaue Beachtung der durch die Arbeit selbst als richtig erwiesenen festen Arbeitsmethoden das Risiko zu verringern und „unglückliche Zufälle“ u. dgl. möglichst auszuschalten.

Verschiedene Arten der illegalen Arbeit

Entsprechend den verschiedenen Anschauungen von der Aufgabe der illegalen sozialistischen Arbeit und den Möglichkeiten eines Wirksamwerdens der neuerwachten Aktivität der Genossen äußert sich die illegale Tätigkeit in verschiedenen Formen. Wir haben besonders folgende Formen beobachtet:

Besonders in kleineren Orten glaubt man die politische Pflicht damit zu erfüllen, daß man sich in einem kleinen Kreise früherer leitender Funktionäre am Stammtisch oder gelegentlich im Laubengarten trifft. Auf diese Weise werden traditionelle Bindungen aufrechterhalten. Mag man bei solchen Treffen lediglich persönliche Gesichtspunkte verfolgen oder mag ihm die Ansicht zugrunde liegen, daß es genüge, die Fühlung unter den leitenden Funktionären zu behalten, die zu gegebener Zeit handelnd mit einem Aufruf oder sonstwie vor die Arbeiter zu treten hätten, - solcher Aufrechterhaltung der Verbindungen fehlt die Verbindung mit größeren Kreisen von Genossen, und die Kreise, die in solcher Weise ihre persönlichen Beziehungen pflegen, verzichten auf eine ständige Fühlung und politische Gemeinschaft mit weiteren Kreisen und die gesinnungsmäßige Beeinflussung weiterer Kreise. Die organisatorische Arbeit wird von diesen Kreisen abgelehnt, weil sie zu gefährlich

¹⁴ Bis zum Ende des Abschnitts über die verschiedenen Arten der illegalen Arbeit S. 14-16 des Originals.

sei und die Opfer nach Ansicht dieser Genossen nicht den Erfolg solcher Arbeit rechtfertigen. Je länger, desto mehr werden diese Kreise dem Denken der Arbeiter entfremdet, weil die lebendige und stete Föhlung mit ihnen fehlt. Man hat, weil man sich abkapselte, die innere geistig-politische Wandlung der Massen unserer Genossen nicht mitgemacht, und wenn man heute mit früheren Genossen spricht und feststellen muß, daß die allgemeine Ansicht durch eine viel größere Entschiedenheit als jemals vorher vertreten wird, dann ist man geneigt, das für das „Abgleiten“ eines einzelnen Genossen zu halten, statt sich Rechenschaft darüber zu geben, daß man seit einigen Jahren die enge Föhlung mit den Massen der Genossen verloren hat. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß in den Kreisen solcher persönliche Verbindung pflegenden Genossen eigene Wunschvorstellungen sich mit einer vom alten Schematismus unseres politischen Denkens getragenen Ansicht von der politischen Entwicklung zu einer „Linie“ mischen, die in kurzfristigen Hoffnungen sich ausdrückt. Da man besonders frühere Gewerkschaftsangestellte in solchen Kreisen findet, versteht es sich, daß der Schlüssel zu der in den Kreisen herrschenden Auffassung das Wiederkommen der Gewerkschaften ist, ob unter Brüning oder der Reichswehr – das bleibt sich gleich; wenn nur die Gewerkschaften halb geduldet und legal wieder existieren können. Diese Genossen bezeichnen die politische Arbeit heute als Unsinn. Eine Änderung erwarten sie eher von der Reichswehr und den Kirchen als von der Arbeiterschaft, der sie, wenn es ungefährlich ist, wieder als Angestellte dienen wollen. Politische Bedeutung haben diese Traditionskreise nicht, weil sie bewußt auf eine Beeinflussung der Arbeiter verzichten.

Man darf die Zahl solcher Kreise wegen der Neigung der Nur-Gewerkschaftler, die „nächsten“ und das sind heute die persönlichen Dinge zu sehen, nicht überschätzen. Doch ist, soweit Gaufunktionäre in Frage kommen, diese Art der Verbindung systematisch ausgebildet. Es gibt Hauptfunktionäre früherer Verbände, die Reisen zu ihren Gauleitern unternehmen, um, wie sie sagen, „Pfähle einzurammen“. Es besteht also hier in größerem Maßstabe dieselbe Ansicht, daß es genüge, eine persönliche Verbindung zu halten; denn Föhlung mit den Massen haben diese mittleren Funktionäre nur in seltenen Fällen direkt haben können. Dabei wird vergessen, daß diese Funktionäre sich meist keines großen Ansehens auch bei den früheren Funktionären der Partei und bei ihren eigenen Kollegen erfreuen, einmal wegen der 1933 wohl allgemeinen Abneigung gegen die Angestellten und dann wegen ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen die heutige Arbeit. Weil die Tätigkeit solcher „Pfähleinrammens“ sich wieder nur auf die Aufrechterhaltung der alten organisatorischen Bindungen bezieht und bewußt die politische organisatorische Arbeit ablehnt, ist ihre Bedeutung nicht höher einzuschätzen als die der Stammtisch-Kreise. Im Gegenteil: in den politischen Äußerungen solcher Pfähleinrammenden Genossen liegt die Gefahr, daß diese Äußerungen mehr eigene Wünsche als wirklich die Stimmung der Arbeiter widerspiegeln. Wir haben es öfter erlebt, daß solche Genossen Verbindung mit früheren Vertrauensleuten in den Betrieben suchten, aber daß diese Genossen aus den Betrieben regelmäßig auf die Föhlung mit den genannten Genossen verzichteten, wenn sie merkten, daß sie lediglich eine Informationsquelle für ihre früheren Funktionäre zur Aufrechterhaltung angenehmer auswärtiger Beziehungen sein sollten. In der Berichterstattung solcher Genossen liegt also die große Gefahr, daß einflußreiche, maßgebende Stellen sich auf Grund solcher Berichte ein Bild von der Stimmung der deutschen Arbeiter machen, das wegen des Mangels an lebendiger Föhlung mit der Arbeiterschaft nicht der Wirklichkeit entspricht. – Um keine falschen Vorstellungen über die Einstellung der Gewerkschaftsangestellten zu erwecken, ist zu betonen, daß mancher, insbesondere jüngere Gewerkschaftsangestellte sich in den Reihen der illegal arbeitenden Genossen befindet, daß sogar Spitzen-

funktionäre mitarbeiten und daß bekannte Gewerkschaftler die Arbeit wie überhaupt alle Regungen des neuerwachten Selbstbewußtseins der Genossen mit lebhafter Freude verfolgen.

Andere Kreise besonders intellektuell orientierter Richtungen (z. B. ISK)¹⁵ betrachten wie früher die Schulung enger Kreise von Funktionären als ihre Aufgabe. Funktionärschulung und Führerauslese, vor allem auch der charakterliche Ernst der Funktionäre sind Fragen von ganz besonders hoher Bedeutung, die von allen tätigen Genossen erkannt wird. Diese Arbeit ist sehr wichtig, aber ihren hohen politischen Wert bekommt sie erst dadurch, daß sie im größeren Rahmen einer Organisation geleistet wird. Eine Entfremdung dieser Kreise von der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung war früher bereits zu beobachten; heute ist diese Gefahr der Entwurzelung besonders groß. Darum muß heute besonders nicht nur eine Fühlung mit den Massen, sondern eine Verwurzelung der Funktionäre in den Massen, Bekanntheit mit ihrem Denken, Fühlen und Wollen als wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare politische Arbeit bezeichnet werden.

Eine andere Art der illegalen Arbeit ist die Methode, Schriften zu verbreiten mit der Absicht, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Tatsache der Schriftenverbreitung zu lenken. So haben wir in einer Großstadt beobachtet, daß abwechselnd in einer Stadtgegend Schriften wahllos in die Briefkästen gesteckt wurden und daß bald darauf SA, Überfallkommando der Polizei und Feuerwehr auf dem Plane erschienen, um eine Jagd nach den Schriften zu unternehmen.

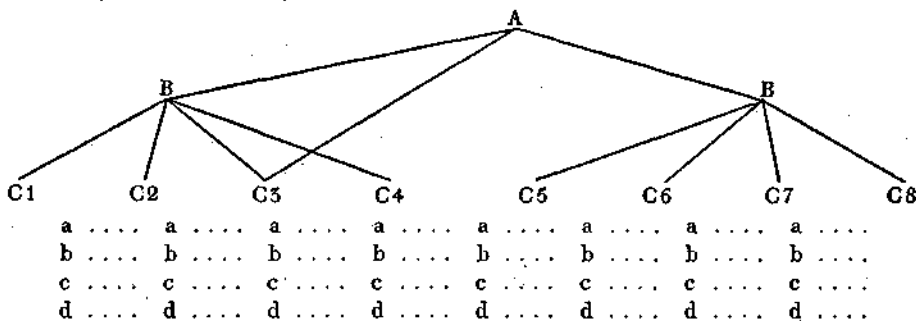
Zweifellos hatte die Stadt an jenem Tage solcher Schriftenverbreitung ihre Sensation gehabt. Aber ebenso zweifellos wurde die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem der gegnerischen Seite immer stärker, und als eine Folge davon mußte das Draufgängertum unserer Genossen und besonders die Wirkung der Schriftenverbreitung in den Kreisen, auf die es uns heute allein, in diesem Stadium der Arbeit, ankommen kann, geringer werden. Gewiß ist es schließlich die Aufgabe aller illegalen Arbeit, die „Massenbasis“ des Faschismus zu „zersetzen“, und daher muß es besonders wichtig sein, in die mittelständlerischen Schichten, in das Kleinbürgertum einzudringen, aber als die dringendste Aufgabe erscheint es uns, vorerst die Kräfte zu sammeln, die als Führung einer antifaschistischen Front allein in Frage kommen können, nämlich die sozialistischen Arbeiter. Sie zu sammeln, ist heute die Aufgabe der illegalen Arbeit; für diese Kreise werden die illegalen Schriften herausgegeben, nicht für die Polizei und nicht als Sensation für die Öffentlichkeit. Alle solche Arbeit in weiteren Kreisen sollte solange unterbleiben, wie nicht in der Arbeiterklasse eine Organisation vorhanden ist, welche die Gewähr für die Fortsetzung der Arbeit bietet, nachdem sie durch eine solche für die gesamte Öffentlichkeit berechnete Agitation unterbrochen worden ist. Daß diese Gefahr bei einer in breiter Öffentlichkeit sich entfaltenden Arbeit besonders groß ist, liegt auf der Hand. Vor allem ist unseres Erachtens zu beachten, daß im Stadium des Aufbaues der illegalen Organisation jeder Monat, den die Polizei später von den organisatorischen Regungen in der Arbeiterschaft hört, ein großer Gewinn für die Sache ist.

Alle illegale Arbeit, die Erfolg haben und von Dauer sein soll, setzt eine Organisation voraus, die den Erfordernissen der Arbeit angepaßt ist. Nur organisiert ist eine planmäßige Arbeit möglich und eine richtige Verwertung der vorhandenen Kräfte sowie die erforderliche intensive Schulung der Funktionäre in allen Fragen der Technik der illegalen Arbeit; nur die Organisation kann hinreichend Gewähr für eine trotz aller Rückschläge niemals ganz abreißende Arbeit geben . . .

¹⁵ „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“, begründet von dem Göttinger Philosophen Professor Leonard Nelson, oft auch als „Nelson-Bund“ bezeichnet.

Schema einer Gruppenorganisation¹⁶

Wir haben bereits im Sommer 1932 auf Anraten des Parteivorstandes eine Gruppenorganisation innerhalb unseres Ortsvereins gebildet, die imstande sein sollte, im Falle eines Verbotes der Partei die Parteiarbeit illegal zu leisten. Es ist oben bereits erwähnt, daß für diese Organisation die zuverlässigsten und aktivsten Genossen ausgesucht wurden, und zwar langsam und in Ruhe, da die Organisation ihren Aufgaben im Ernstfalle auch gewachsen sein sollte . . . Diese Gruppenorganisation wurde innerhalb des Rahmens des Ortsvereins der Partei aufgezogen; es wurden die aktivsten Parteifunktionäre sowie die besten Funktionäre der Schufo¹⁷, des Reichsbanners, der Sportorganisationen, der Naturfreunde¹⁸ usw. ausgewählt. Als äußerer Rahmen erwies sich die Organisation des Ortsvereins in acht Propagandakreisen und 40 Abteilungen ebenfalls als zweckmäßig. Bereits 1932 wurde diese Organisation nach illegalen Grundsätzen aufgebaut, d. h. von oben nach unten; die Leitung der Organisation war bis zum Frühjahr nur den Spitzenfunktionären bekannt, von da ab wurde auch die Verbindung zu ihnen durch Verbindungsleute hergestellt. Diese Gruppen haben bis jetzt die Schriftenherstellung und Schriftenverbreitung als wichtigste Aufgaben durchgeführt. Im Laufe der Jahre wurden geringe Änderungen in der räumlichen Abgrenzung der Bezirke vorgenommen, aber grundsätzlich haben wir uns an den als zweckmäßig empfundenen Rahmen gehalten. Schematisch ist der Aufbau dieser eigentlichen Aktivgruppen so darzustellen:



I. Schema des Aufbaues der Organisation der Aktivgruppen.

In dieser Skizze bedeutet A die Leitung der Organisation, B sind die beiden Verbindungsleute zwischen der Leitung und den Abteilungsleitern C1 – C8; a, b, c und d sind die Leiter der zu jeder Abteilung gehörenden vier Gruppen, und die Punkte stellen die Mitglieder der Gruppen dar. Nur der Leitung sind alle zu der Organisation gehörenden Genossen bekannt, direkte Fühlung hat sie jedoch zu ihnen nicht. Eine Verbindung besteht nur zwischen der Leitung und den beiden Verbindungsmännern, zwischen diesen und den Abteilungsleitern, zwischen den Abteilungsleitern und jedem seiner Gruppenleiter einzeln sowie zwischen dem Gruppenleiter und seinen Gruppenmitgliedern. Strenggenommen soll der Verbindungsmann nur vier Abteilungsleiter kennen, der Abteilungsleiter nur seine vier Gruppenleiter und der Gruppenleiter nur seine Genossen, mit denen er direkt zu tun hat. Die Abteilungsleiter und die Gruppenleiter kennen sich nicht, jede Abteilung und jede Gruppe bilden also ein streng abgeschlossenes Ganzes. Auf diese Abgeschlossen-

¹⁶ S. 32 unten – S. 40 des Originals.

¹⁷ „Schutz-Formationen“, im Februar 1931 begründete Eliteformationen des Reichsbanners.

¹⁸ Parteinaher Wanderorganisation.

heit ist streng zu achten, da jede Verletzung dieses Grundsatzes sich rächen muß. In den vier Jahren unserer Arbeit seit dem Sommer 1932 ist zweimal eine Gruppe hochgegangen, deren Zusammengehörigkeit auf Grund der Unvorsichtigkeit eines Genossen von der Polizei durch Beobachtung dieses Genossen festgestellt worden war; es wurde ferner durch Beobachtung der Abteilungsleiter festgestellt sowie der Verbindungsmann zur Leitung (die Fälle ereigneten sich im Februar 1935 und Juni 1936). In beiden Fällen wurden die anderen Gruppen der Abteilungen nicht durch die Verhaftungen berührt, weil zwischen den vier Gruppenleitern untereinander kein Verkehr besteht. Bei einem solchen übersichtlichen und strengen Aufbau der Organisation weiß die Leitung, wenn die Verhaftung oder Beobachtung irgendeines Genossen gemeldet wird, genau, welche anderen Genossen gefährdet sein können; es sind regelmäßig die anderen Genossen der Gruppe, der Gruppenleiter, der Abteilungsleiter und der Verbindungsmann. Wenn der Grundsatz der Abgeschlossenheit beachtet wird, dann können Genossen anderer Gruppen aus Anlaß einer solchen Verhaftung nicht von der Polizei ausfindig gemacht werden. In einem solchen Falle der Gefahr wird die Arbeit einer Gruppe vorübergehend stillgelegt; es muß in dem Gebiet dieser Gruppe absolute Stille herrschen, damit die Beobachtungen durch die Polizei ergebnislos verlaufen. Auch dieser Grundsatz muß streng beachtet werden. Der erste Fall der Verhaftung einer Gruppe mit dem Abteilungsleiter und dem Verbindungsmann im Februar 1935 ist darauf zurückzuführen, daß der Grundsatz nicht beachtet wurde und daß die durch einen Genossen gefährdete Gruppe trotz zweimaliger Ablehnung der Genehmigung zur Schriftenverteilung doch Schriften verteilte, die der Abteilungsleiter vom Verbindungsmann für die betreffende Gruppe zu beschaffen wußte. In jedem Falle kann die Leitung die Ursachen der Verhaftungen feststellen; in diesen beiden Fällen waren es Verstöße gegen die Grundsätze der Arbeit . . .

Anfangs war zwischen den Abteilungsleitern und ihren Gruppenleitern (also zwischen C 1 - C 8 und den dazugehörenden a - d) noch je ein Verbindungsmann in die Organisation eingegliedert, gewissermaßen als Isolierschicht, damit der Abteilungsleiter nicht von vier Gruppenleitern gekannt wurde. Der Abteilungsleiter konnte also¹⁹ entdeckt werden, wenn einer der ihm unterstellten 26 Genossen von der Polizei verdächtigt und beobachtet wurde. Auch der Verbindungsmann konnte auf diese Weise festgestellt werden, aber bei ihm war die Gefahr nicht so groß, weil sich seine Tätigkeit nur auf die Übermittlung von Nachrichten und Anweisungen bezog, während der Abteilungsleiter natürlich zu seinen Gruppenleitern, wenn er schon mit ihnen in Verbindung tritt, ein engeres Verhältnis haben will. Diese Verbindungsmänner wurden mit der Zeit auf Wunsch der Genossen ausgeschaltet, weil der Verkehr dadurch etwas kompliziert wurde und weil nach einer gewissen Zeit der Übung in den illegalen Methoden die Genossen soviel Geschick darin bekommen hatten, daß man ruhig mit einigen Genossen Fühlung haben konnte. Für die Sicherheit der Abteilungsleiter, von denen immerhin vier Gruppen abhängen, war jedoch diese Einrichtung eine bessere Bürgschaft als der direkte Verkehr mit den Gruppenleitern.

Mehrere Jahre der illegalen Arbeit haben in einigen Fällen durch manchmal merkwürdige, in verwandtschaftlichen oder sonstigen näheren Beziehungen begründete Zufälle oder durch die Feststellung gemeinsamer sehr ähnlicher Anschauungen über gewisse Dinge dazu geführt, daß einige Funktionäre sich kennenlernten (als Funktionäre), die nicht direkt miteinander zu tun haben und die sich eigentlich nicht als Funktionäre kennen durften. Wir haben viele Fälle gehabt, in denen leitende Funktionäre den Umgang mit Bekannten mieden, mit denen sie sehr gern

¹⁹ D. h.: beim Fehlen des Verbindungsmanns. Erst so erhält der Satz seinen Sinn.

Umgang gehabt hätten, weil sie wußten, daß die Fühlung mit dem gleichfalls politisch tätigen Bekannten ihn oder sie ohne Notwendigkeit der Gefahr hätte aussetzen können. Querverbindungen zwischen den einzelnen Gruppen und Abteilungen vervielfachen das Risiko und sind darum immer zu vermeiden. Jede solche Querverbindung rächt sich eines Tages sicher. Zu der der eigenen Gruppe oder Abteilung drohenden Gefahr übernimmt man damit noch die der anderen Formation drohende Gefahr. Ebenso selbstverständlich ist es, daß Verbindungen zu anderen arbeitenden Gruppen anderer Richtungen nicht unterhalten werden dürfen; es ist nicht notwendig, daß die Spur etwa eines verhafteten Kommunisten in unsere Reihen führt und zur Festnahme einer Reihe unserer Genossen führt. Es ist notwendig, auch das zu erwähnen, weil mancher illegal tätige Genosse dazu neigt, bei jedem illegalen Arbeiter denselben Ernst vorauszusetzen, mit dem er selbst arbeitet. Es ist erforderlich, auch die Schriften anderer Richtungen zu kennen; aber sie werden zweckmäßig von einem nicht in den Gruppen stehenden Genossen beschafft, der zu diesem Zweck die Fühlung mit einem Verteiler anderer Richtung aufnimmt. Alles, was das Risiko der Arbeit für den einzelnen Genossen vergrößern kann, ist zu vermeiden. Dazu gehört vor allem die Vermeidung von Querverbindungen. Im Frühjahr 1936 mußten wir einen mit besonderen Aufgaben betrauten Genossen überhaupt ausschließen, weil er, um sich über politische Fragen unterhalten zu können, nach anderen tätigen Genossen Ausschau hielt. Es genügte diesem Genossen nicht, nur den einen Funktionär zu kennen, mit dem er direkt zu arbeiten hatte. Heute ist dieser Genosse verhaftet. . . .

Eine besondere wichtige Rolle spielen die Verbindungsleute B. Es müssen Genossen sein, die in ganz besonderem Maße vertrauenswürdig sind und denen wirklich die politische Arbeit über alles andere geht. Zweimal ist ein solcher Verbindungsmann verhaftet worden, einmal sehr schwer bestraft worden. Aber in jedem Fall haben alle Genossen, die mit ihnen Fühlung hatten, auch nicht einen Augenblick die Befürchtung gehabt, daß die Verhafteten etwas verraten konnten. Zwischen diesen Genossen und der Leitung muß das Vertrauensverhältnis, das überhaupt die Voraussetzung für gemeinsame illegale Arbeit ist, ganz besonders eng sein, in persönlicher wie in politischer Beziehung. Die Verbindungsleute sind die wichtigsten Genossen der Organisation überhaupt. Sie müssen alle illegalen Methoden genau kennen und den Willen haben, aus den ihnen aus den Abteilungen zugehenden Erfahrungen zu lernen und die Methoden dementsprechend zu vervollkommen. Sie müssen soviel Instinkt für diese Arbeit und für die Politik überhaupt haben, daß nicht jede Maßnahme, welche die Leitung für notwendig hält, uferlos diskutiert werden muß. Sie müssen soviel politische Erfahrung haben und Denkvermögen, daß sie sich mit den Abteilungsleitern über alle aus den Gruppen kommenden politischen und methodischen Fragen selbst unterhalten können. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Funktionäre der Gruppenorganisation Anordnungen, selbst wenn sie ihnen nicht ohne weiteres zustimmen konnten, durchführten; aber niemals sind nach militärischer Art Befehle gegeben worden (selbst in dieser straffen Organisation nicht), sondern es kam immer darauf an, daß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Maßnahmen eingesehen wurde. Vor besonderen Aktionen müssen die verantwortlichen Genossen längere Zeit Gelegenheit haben, die zweckmäßige Durchführung zu überlegen, und nach den eingeholten Gutachten wurden dann die betreffenden Maßnahmen angeordnet. Also obwohl bedingungslose Disziplin die Grundlage der Arbeit ist, – das weiß jeder Funktionär –, ist es doch falsch, diktatorisch zu bestimmen; es ist besser, wenn die Genossen Disziplin üben, weil sie Vertrauen dazu haben, daß die Organisation und die Arbeit sachlich und mit gutem Willen, vorsichtig und mit Rücksicht auf die tätigen Genossen geleitet wird. Wichtig ist da-

bei, daß die Genossen die Überzeugung haben, daß die Leitung nicht nur Arbeit verlangt, sondern daß sie sich alle Mühe gibt, sichere Methoden für die Arbeit zu finden . . .

Da die Verbindungsmänner sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben und einen besonderen Einblick in die Organisation erhalten, ergibt es sich von selbst, daß sie der Leitung zugeordnet werden. Außer ihrer Tätigkeit als Verbindungsmann, die täglich Arbeit von ihnen verlangt, – Besuche der Abteilungsleiter zur Besprechung politischer und organisatorischer Fragen, besondere aktuelle Anlässe, Beseitigung von Hemmungen, Einholung von Berichten, Abrechnung usw. –, haben die Genossen noch andere Arbeit zu tun, entweder Überwachung der Schriftenherstellung und Organisation des Technischen, Einkauf des Materials, Verteilung der Schriften, Regelung der finanziellen Fragen. Es darf keine Überlastung dieser Genossen eintreten, und doch dürfen nur möglichst wenige Genossen mit diesen Dingen befaßt werden. Es muß also dabei nach höchster organisatorischer Einfachheit und Zweckmäßigkeit gestrebt werden.

Dasselbe gilt für alle die anderen Aufgaben, die eine Organisation nach Art der unseren zu erfüllen hat: Heranziehung von Mitarbeitern für die Zeitung²⁰ oder eines Bearbeiters, der notfalls Artikel umschreibt, um stilistische Abwechslung (auch der Polizei wegen) hineinzubringen, – Herstellung der Schriften, bei der nur wenige und absolut verschwiegene Genossen beschäftigt werden dürfen, um den Herstellungsort nicht zu gefährden, – Transport der Schriften, der am besten durch Genossinnen bewerkstelligt wird, da sie mit Stadtkoffer oder großer Tasche selbst in einer Zeit stärkerer Beobachtung am unauffälligsten gehen oder in der Straßenbahn fahren können, vor allem abends nach Geschäftsschluß. Diese Methoden müssen ebenso wie die der Papiertransporte genau überlegt und dafür die richtigen Menschen gefunden werden.²¹ – Ferner muß jemand da sein, der täglich Rundfunk hört und über wichtige Dinge berichtet; ebenfalls müssen, da nicht das Geld für das Abonnement mehrerer, besonders ausländischer Zeitungen vorhanden ist, Verbindungen zu Genossen gepflegt werden, die lesenswerte Blätter selber halten oder sie von draußen geschickt bekommen. – Da keine Mittel zur Erschließung von Informationsquellen vorhanden sind, müssen Informationen aus anderen Schichten sowie vor allem von draußen selbst, so gut es geht, beschafft werden. Eine besondere Stelle kann mehrere Genossen beschäftigen, die Verbindung zu Leuten aus anderen Schichten unterhalten in der Absicht, etwas zu erfahren. – Es ist ein großer Kreis von Genossen, der außerhalb der Gruppen noch mit Arbeiten anderer Art beschäftigt wird. Zu vielen von ihnen muß die Leitung die Verbindung unterhalten, weil es nicht notwendig ist, in jedem Falle Genossen einzuschalten; aber diese Verbindung kann so gehalten werden, daß die betreffenden Genossen nicht wissen, was für eine Funk-

²⁰ Die Gruppe verfügte über eine eigene periodische Publikation: „Sozialistische Blätter“, Herausgeber: Sozialistische Front. In einem mir zugänglichen Exemplar dieser hektografierten illegalen Zeitschrift (August-Nummer 1935), die von August 1933 bis August 1936 erschien, wird aus Tarnungsgründen als Erscheinungsort Magdeburg (statt Hannover) angegeben. Die Auflagenhöhe schwankte und betrug bis zu 1500 Exemplaren; in einem Einzelfalle wurde eine Schrift der Gruppe sogar in über 2000 Exemplaren verbreitet. – Vgl. auch Günther Weisenborn, „Der lautlose Aufstand“, 2. Aufl., Hbg. 1954, S. 194, der irrtümlich eine Durchschnittsauflage von monatlich etwa 1500 annimmt.

²¹ Da die Schriften nicht nur innerhalb der Organisation und durch ihre Angehörigen verbreitet wurden, sondern z. B. auch durch Kommunisten, die in keinem direkten Kontakt zur „Sozialistischen Front“ standen, war ein überaus großes Maß an Vorsicht erforderlich, um die Gruppe nicht zu gefährden.

tion der Genosse aus der Leitung, mit dem sie in Verbindung stehen, in der Organisation ausübt.

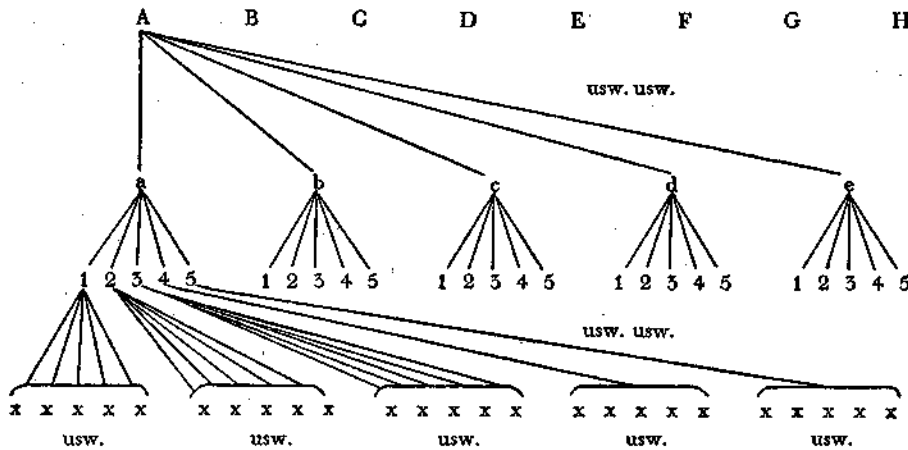
Eine besondere sorgfältige Organisation ist für alle Verbindungen zu anderen Orten²² und auch für den Versand von Schriften nach anderen Orten erforderlich. Da durch eine Gefährdung von außerhalb die örtliche Organisation nicht berührt werden darf, müssen die genannten Stellen vollständig von der örtlichen Gruppenorganisation getrennt sein, und jede Verbindung mit örtlichen Stellen muß sorgfältig vermieden werden. Wenn in einem anderen Orte oder auf der Post die Polizei auf die Arbeit aufmerksam geworden ist und wenn es ihr möglich ist, die Spur der Arbeit bis zum Versandort zu verfolgen, dann muß sie in diesem Orte auf einem toten Gleis landen. Da solche Gefährdung von vielen Seiten kommen kann, — entsprechend der Zahl der auswärtigen Verbindungen, — so ist es gut, den einzelnen Genossen nicht mit solchen Verbindungen zu überlasten. Es müssen also eine Reihe solcher Stellen eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, immer dieselben Verbindungen nach auswärts zu pflegen oder immer nach denselben Orten die Post zum Versand zu bringen. Jede dieser Stellen muß mehrere Deckadressen haben; nur diese eine Stelle ist der auswärtigen Verbindung bekannt, und nur bei dieser Stelle kann der auswärtige Genosse zu Besuch kommen. Diese Stelle benachrichtigt dann einen Genossen der Leitung vom Besuch, so daß der Zweck des Besuches, die Besprechung politischer oder örtlicher organisatorischer Möglichkeiten, auch erfüllt wird. Wir haben viele solcher Besuche gehabt, weil wir von auswärtigen Genossen, die eine größere Anzahl Schriften erhielten, niemals Geld dafür genommen haben, sondern den Genossen nahelegten, das für die Schriften eingemommene Geld zu sparen, bis es zu einem Besuche bei uns reichte. Nur auf diese Weise ließ sich eine Fühlungnahme mit weiter entfernt liegenden Orten erreichen²³.

Neben dieser Organisation haben wir eine zweite Organisation geschaffen, die den größeren Kreis der Genossen erfassen soll. Während die eben geschilderte Organisation streng als Kaderorganisation aufgebaut ist, hat diese zweite Organisation, die ebenfalls aus kleinen Gruppen besteht, die Anlage zur Massenorganisation. Es ist

²² Der Leiter der Gruppe nahm beispielsweise an der von der Sopade veranstalteten illegalen Konferenz in Antwerpen im Dezember 1934 (vgl. Textteil, VII) und an einer Konferenz illegaler Funktionäre aus dem Westen Deutschlands in Mannheim im März 1935 teil. Beide Sitzungen waren durch den in Antwerpen sitzenden Grenzsekretär Ernst Schumacher vorbereitet worden, der allerdings in Mannheim nicht selbst anwesend war.

²³ Die Verbindungen nach auswärts wurden der Gruppe schließlich, im Sommer 1936, zum Verhängnis. Nachdem die Gestapo in einer Reihe von Orten auf die „Sozialistischen Blätter“ gestoßen war, gelang es ihr, die Spuren nach Hannover zurückzuverfolgen, wo sie u. a. auch den Leiter der Organisation beobachten ließ. Der Kontakt zu ihm wurde durch einen Spitzel aus Berlin hergestellt, der sich als Sohn eines bekannten sozialdemokratischen Funktionärs einführte, mit Empfehlungen versehen war, verschiedene führende Persönlichkeiten des sozialistischen Widerstandes zu kennen vorgab und durch seine intime Kenntnis wichtiger Zusammenhänge über jeden Verdacht erhaben schien; es sollte angeblich überlegt werden, ob es nicht möglich sei, die Arbeit der wohlorganisierten und -abgesicherten „Sozialistischen Front“ auch auf die Reichshauptstadt auszudehnen. Dank seiner guten persönlichen Verbindungen zur Polizei wurde der Leiter noch rechtzeitig gewarnt, so daß er am Vorabend seiner für den 17. August 1936 geplanten Verhaftung fliehen konnte. Da nur er allein mit dem Spitzel verkehrt hatte, wäre die Weiterführung der illegalen Arbeit an sich durch sein Ausfallen nicht gefährdet gewesen. Die Gestapo, die keine konkreten Anhaltspunkte besaß, führte jedoch eine Gitteraktion durch, in deren Verlauf über 1000 Verhaftungen vorgenommen wurden. Diese Aktion erstreckte sich hauptsächlich auf Leute, die als ehemalige Funktionäre bekannt waren oder seit 1933 schon mit der Polizei zu tun gehabt hatten. Während bisher wahllose Massenverhaf-

auch bereits erwähnt worden, daß auf Wunsch der früheren Parteifunktionäre diese Organisierung der Genossen im Rahmen unserer Organisation vorgenommen wurde. Es ergab sich daraus, daß die Leitung beider Organisationen die gleiche ist; aber sowohl die Verbindung zur örtlichen Leitung dieser größeren Organisation wie besonders die unteren Gliederungen der Organisation weisen Verschiedenheiten gegenüber der ersten Form auf. Schematisch stellt sich der Aufbau dieser Organisation, der ebenfalls im Rahmen des früheren Ortsvereins der Partei erfolgte, so dar:



II. Schema einer Gruppenorganisation mit klarer Anlage zur Massenorganisation

tungen nie zu einem Ergebnis geführt hatten, gelang diesmal der Einbruch in die Organisation. Eine ganze Reihe von Verhafteten fiel auf gefälschte Vernehmungprotokolle mit angeblichen Aussagen des Leiters herein, von dem es hieß, daß er ebenfalls gefaßt worden sei und im Nebenzimmer sitze. Hinzu kamen die furchtbaren Mißhandlungen, die die Widerstandskraft zermürbten. In einem ab Oktober 1937 in drei Abschnitten (eine Verhandlung vor dem Volksgericht in Berlin und zwei zehntägige Verhandlungen des Sondergerichts Hamm in Hannover) durchgeführten Massenprozeß wurden – nach dem Bericht des „Neuen Vorwärts“, 31. 7. 1938 – insgesamt 231 Angeklagte zu Zuchthausstrafen verurteilt; das „Weißbuch der deutschen Opposition“, hggn. vom Vorstand der SPD, als Manuskript gedruckt, London 1946, S. 63, spricht von 240 Zuchthausurteilen. Vgl. auch Weisenborn, a. a. O., S. 194. Umfangreiches Material über die Organisation, das leider nicht zugänglich ist, befindet sich im Gestapo-Archiv in Ost-Berlin. Obgleich die Massenverhaftungen und der Prozeß, bei dem übrigens auch Angeklagte verurteilt wurden, die der Gruppe gar nicht zugehörten, die Kaderorganisation in ihren Grundfesten erschüttert hatten, setzten intakt gebliebene Teile der „Sozialistischen Front“ ihre illegale Tätigkeit, wenn auch in eingeschränktem Maße, fort. Auffallend ist, daß aus einigen Stadtteilen überhaupt niemand verhaftet worden war. Der nach Holland geflohene Leiter erhielt bis zum Kriegsbeginn Berichte aus der Organisation und schickte aus holländischen Quellen stammendes Geld zur Unterstützung der Angehörigen der Verhafteten nach Hannover. Selbst im Kriege sind noch Reste illegaler Aktivität der Gruppe festzustellen. Man bemühte sich jetzt beispielsweise um Kontakte zu den ausländischen Arbeitern; und die zum Strafbataillon 999 eingezogenen Gruppenmitglieder bildeten oppositionelle Zirkel. Wenn auch die organisatorischen Verbindungen größtenteils zerstört worden waren, so blieb doch der in den ersten Jahren der illegalen Arbeit gewachsene geistige Zusammenhang der Gruppenmitglieder erhalten. Es ist bezeichnend, daß sie nach Kriegsende eine Versammlung einberiefen, bei der dem alten Leiter der Organisation das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Diese etwas verunglückte Zeichnung kann hoffentlich erkennen lassen, wie der Aufbau der Organisation gedacht ist. Aus Platzmangel ist nur die Gliederung von A durchgeführt, die der anderen (B, C, D usw.) ist in gleicher Weise zu denken; ebenfalls die Untergliederung von b, c, d und e, da aus demselben Grund nur die Untergliederung von a durchgeführt worden ist. In dieser Skizze bedeuten A – H die acht Kreise des Ortsvereins. Jeder Kreis umfaßt fünf Abteilungen (a – e) und jede Abteilung fünf Bezirke (1 – 5). Jeder Bezirksführer (früher Unterkassierer) hat eine Gruppe von fünf Genossen, die mit x bezeichnet sind. Die Kreisleiter A – H bilden die örtliche Leitung der Organisation, den Ortsvereinsvorstand. Direkte Führung besteht zwischen dem Kreisleiter und seinen Abteilungsleitern a – e, zwischen dem Abteilungsleiter und seinen Bezirksführern 1 – 5 sowie zwischen dem Bezirksführer und den Genossen seiner Gruppe (5 x). Die acht Kreisleiter haben regelmäßig Besprechungen abgehalten, nur ausnahmsweise wurden diese Besprechungen in zwei Gruppen zu je vier Kreisleitern abgehalten.

Die Gruppen der Bezirksführer bestehen jeweils nur aus einander persönlich bekannten Genossen einer Straße oder einer Stadtgegend. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, die Bedenken gegen die Organisationszugehörigkeit aufzugeben. Nachdem ihnen gesagt worden war, daß weder Mitgliederlisten noch eine Kartothek vorhanden seien, sondern daß sie nur mit dem ihnen bekannten Bezirksführer im kleinen Kreise zu tun haben würden, empfanden sie die Organisationszugehörigkeit nicht mehr als so gefährlich. Die Zahl fünf der Gruppenmitglieder sollte die Regel sein, weil der Bezirksführer mit den Genossen seiner Gruppe einen persönlichen Verkehr haben soll; wenn ein Bezirksführer sehr vorsichtig ist, dann beschränkt er sich auf drei oder vier Genossen als Mitglieder. Andererseits ist es aber auch nicht selten, daß ein Bezirksführer, der in einem größeren Bekanntenkreise Vertrauen genießt, eine größere Gruppe, zehn oder zwölf Genossen, hat. In solchen Fällen hängt es von der Geschicklichkeit und Rührigkeit, aber auch von der Stadtgegend und der Atmosphäre ab, ob die Größe der Gruppe keine besondere Gefahr bildet. Am besten ist es jedoch, wenn die Durchschnittsgröße beachtet wird, da einmal der Genosse nicht mit Arbeit überlastet werden darf und außerdem eine intensive Arbeit möglich ist, die für den Ausbau der Organisation günstig ist.

Auf der ersten Stufe umfaßt die Organisation 8 Funktionäre, auf der zweiten 40, auf der dritten Stufe 200, auf der vierten 1000 Genossen. In einer Großstadt, deren Ortsverein früher annähernd 20000 Mitglieder zählte, ist dieser Umfang auch heute zu erreichen, – vorausgesetzt allerdings, daß man sich in den letzten Jahren etwas um die Genossen gekümmert hat; sonst wird es sehr viel langsamer gehen, weil man nicht von jedem früheren Genossen wissen kann, unter welchen Einflüssen er in diesen Jahren gestanden hat.

Aber eine Organisation nach diesem Muster aufzubauen, das ist in keinem Falle unmöglich. Man muß nur den Aufbau von oben nach unten vornehmen; anders ist es überhaupt nicht einmal denkbar. Es kommt also (sagen wir: in einer mittleren Stadt) darauf an, einen Genossen zu finden, der mit einem oder zwei Freunden den Anfang macht, indem sie sich jeder drei, vier oder fünf Freunde als Abteilungsleiter (a – c bzw. e) suchen . . . Es ist notwendig, daß alle Funktionäre den Plan der Organisation genau kennen, d. h. den schematischen Aufbau ohne konkrete Details (Namen usw.). Jeder Funktionär weiß, zu welchem Kreise er gehört, zu welcher Abteilung und zu welchem Bezirk. Das ist sehr wichtig, daß jeder Genosse seine Stelle in der Organisation kennt. Er weiß, daß er ein Glied in einer großen Kette ist, und wir haben immer die Erfahrung gemacht, daß den Funktionären diese planmäßige Arbeit wirklich Freude machte. Es gibt keinen, der ohne Interesse ar-

beitet, wenn er weiß, daß es von ihm abhängt, ob der Ausbau der Organisation an der Stelle, wo er steht, weiter durchgeführt werden soll.

Bis zu welcher Stufe der Ausbau der Organisation durchgeführt wird, das hängt von der allgemeinen Atmosphäre des Ortes, des Stadtteils sowie von dem Interesse ab, das die einzelnen Funktionäre haben. Der Ausbau wird niemals ganz gleichmäßig und schlagartig durchgeführt werden können. Die Ortsleitung muß aber davon unterrichtet sein, wie weit der Ausbau in den einzelnen Kreisen und Abteilungen gediehen ist, sie muß einen Gesamtüberblick haben und bei ihren Zusammenkünften oder in getrennter Zusammenkunft mit den betreffenden Funktionären lokale Schwierigkeiten besprechen und beheben. So stellt die Skizze das ideale Schema dar. Von allem Anfang an muß betont werden, daß die Organisierung nicht bei einer bestimmten Stufe stehen bleiben soll, sondern daß sie planmäßig nach unten erweitert werden soll. Nur diese Absicht kann die Funktionäre anspornen, da in dieser Absicht der politische Sinn liegt, der alle Gruppenbildungen über den Charakter von Freundeskreisen hinaushebt. Die Ausbildung der Genossen auf der vierten Stufe (also der mit x bezeichneten) muß ebenfalls wieder in der ausgesprochenen Absicht geschehen, diese Genossen so weit zu bringen, daß jeder von ihnen zu günstiger Zeit imstande sein soll, selbst eine Gruppe zu bilden. Es ist deutlich, daß auf diese Weise – und unserer Ansicht nach ist es nur auf diese Weise möglich – eine Organisation entsteht, die wirklich in den Massen weitverzweigt ist. Für eine solche Organisation trifft es auch nicht mehr zu, daß sie nur einen ganz kleinen oder jedenfalls doch sehr beschränkten Kreis der sozialistischen Arbeiter umfassen und erfassen kann; denn jeder einzelne dieser organisierten und in den illegalen Methoden der Agitation und Stimmungsbeflussung geübten Genossen verbreitet um sich eine Atmosphäre, sei es im Betriebe, im Wohnviertel, in der Verwandtschaft, beim Militär oder wo sonst immer. . .

Da diese Gruppen der größeren Organisationen nicht in der Art arbeiten wie die oben geschilderten Aktivgruppen, ist bei aller Straffheit des Aufbaus der Organisation doch nicht die ausgesprochene Disziplin erforderlich wie in den anderen Gruppen. Vielmehr ist es hier der Grundsatz, die Genossen selbst zu möglicher Selbständigkeit anzuregen. Es versteht sich, daß die Abgeschlossenheit jeder Gruppe und die anderen Grundsätze der illegalen Arbeit beachtet werden müssen. Geistig-politisch aber findet die Selbständigkeit ihren Ausdruck in der innerhalb der Gruppen geübten Kritik an den Blättern und dem Inhalt der Funktionärschriften, am gelesenen Material anderer Richtungen, das wir nicht von den Genossen fernhalten, sondern dessen Lektüre und Diskussion uns erwünscht ist, an Wünschen und Anregungen, über die oder jene Frage etwas in den Blättern oder Funktionärschriften zu schreiben usw. Diese Kritik und diese Wünsche werden freimütig geäußert, und zwar (meist sogar schriftlich) an den übergeordneten Funktionär, der sie weiterleitet. Bei jeder Besprechung der Ortsleitung gibt es also eine große Fülle solcher Berichte. Es ist auch zu erwähnen, daß diese Kritik und diese Wünsche sehr rege geäußert werden; es gibt nicht mehr die Einstellung, daß man aus Organisationsdisziplin etwas billigen muß, was man nicht billigen kann. Es kommt natürlich oft vor, daß Genossen sagen: Wir sind von vornherein einer Meinung, das weiß ich. – Und hier gerade zeigt es sich, ob eine Organisation und ihre leitenden Funktionäre politisches Verantwortungsgefühl vor den Genossen haben; das ist nicht vorhanden, wenn sie jede sachliche Kritik verhindern, aber es ist vorhanden, wenn jede Anregung dankbar begrüßt und auch verarbeitet wird. Es versteht sich von selbst, daß alle Kritik, wie schon erwähnt wurde, positiv und anregend ist und aus dem Bemühen um ernsthafte Klärung entspringt. Menschen mit anderen Motiven arbeiten überhaupt nicht unter Gefahren politisch, sondern lassen höchstens andere für sich arbeiten. Organisationsdisziplin

wird in allen organisatorischen und arbeitsmethodischen Fragen geübt, aber in politischen Fragen ist heute nur vollkommene Freiheit geboten, und es werden manchmal Fragen gestellt, die früher für einen Sozialdemokraten nicht diskutabel waren, aber auf die man heute doch eingehen muß, wenn man selbst zur Klarheit kommen und anderen Genossen dabei behilflich sein will, daß sie ebenfalls zur Klarheit kommen. Die durch die Illegalität vorgeschriebene Straffheit und Übersichtlichkeit der Organisation ist auf diese Weise mit der größtmöglichen Dezentralisation verbunden, welche die Grundlage des eigenen Lebens innerhalb der Gruppen ist.

Klarheit im Aufbau der illegalen Organisation ist notwendig; jede Überorganisation erleichtert nicht etwa die Arbeit, sondern erschwert sie und vergrößert das Risiko. Aus diesem Grunde haben wir seit Anfang dieses Jahres eine Vereinigung der beiden Gruppenorganisationen erwogen. Auch dabei waren wieder praktische Bedürfnisse die Ursache. Am wichtigsten ist, daß beide Organisationen bisher nicht dieselben Kreise erfaßten; die Leser der Schriften waren längst nicht alle Mitglieder der Organisation, und die Organisierten bekamen nicht alle die Blätter. Das kommt daher, weil die Organisationen ja nicht die Namen der Leser bzw. Mitglieder austauschen konnten. Es war bisher so, daß nicht einmal die Funktionäre beider Organisationen einander kannten. Es hat gewiß auch Vorteile, daß die beiden Organisationen verschiedene Kreise von Genossen erfaßten; aber um der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation willen haben wir uns entschlossen, wenigstens die Spitzenfunktionäre beider Organisationen miteinander Fühlung nehmen zu lassen, um die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Vereinigung der Organisationen zu beraten. Die Aktivgruppen können entweder vollständig in den anderen Gruppen aufgehen oder sie können auch im Rahmen der größeren Organisation ihre bisher geleistete Arbeit, von der sie etwas verstehen, weiterführen. Das erscheint aber erst dann ratsam, wenn tatsächlich die Leser der Schriften alle von der Organisation erfaßt sind, weil sonst die Verbindung zu vielen Nur-Lesern verlorengeht, und es war ja unsere Absicht, die bisherigen Leser nun auch fest zu organisieren. Es soll nicht verschwiegen werden, daß anfangs bei einigen Funktionären der Aktivgruppen sich Widerstände gegen eine Vereinigung mit der größeren Organisation meldeten, weil die Genossen der ersteren Gruppen die anderen Funktionäre, die zum weitaus größten Teile früher Partei- oder Verbandsfunktionäre waren, für „verkalkt“ hielten. Die Genossen sagten, daß sie – die ja früher auch sämtlich Funktionäre waren – doch schon früher angefangen oder eigentlich niemals aufgehört hätten, sich mit den aktuellen Fragen zu beschäftigen, und daß sie also in manchem bereits etwas weiter seien als die anderen. Diese Widerstände konnten leicht damit beseitigt werden, daß die Funktionäre der größeren Organisation ja auf ausdrücklichen Wunsch innerhalb unserer Organisation arbeiten wollten und daß sie sich mit den in unseren Schriften geäußerten Absichten ganz und gar einverstanden erklärt hatten. Ferner überzeugten die oben erwähnten Argumente für die Massenorganisation die Genossen davon, daß es notwendig sei, nicht nur ständig die Blätter zu vertreiben, sondern möglichst weite Kreise der Funktionäre zu organisieren und auf diese Weise in den Massen eine feste Verbindung herauszustellen und ein Gerüst zu schaffen, das den Massen einen Halt geben kann.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hermann Hammer, cand. phil., Berlin-Neukölln, Planetenstr. 37.

Dr. Anton Hoch, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München, Möhlstr. 26.

Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg, Rüngsdorferstr. 55.

Dr. Hans Meier-Welcker, Bonn, Argelanderstr. 105.